Nr. 66. 20. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für **1903** unter Nr. **8203**. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „**Kleine Anzeigen**" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Neue Einfuhrchicane.

Vor ein paar Monaten erst ist im Reichstage über den Fleischmangel und die Höhe der Fleischpreise interpelliert worden. Die Fleischnot ist nicht bloß hervorgerufen worden durch die Zölle auf ausländisches Vieh und Fleisch, sondern auch durch die Grenzsperren. Indem seit Jahren aus „sanitärem Interesse" die deutschen Grenzen gegen die ausländische Vieh- und Fleischzufuhr gesperrt wurden, schuf man auf dem deutschen Markte einen künstlichen Mangel an Fleisch. Je geringer der Auftrieb auf den Vieh- und Schlachthöfen war, je mehr füllte sich die Tasche der preußischen Viehjunker mit den Hungergroschen, die sich das arbeitende Volk vom Munde abdarben mußte, wenn es wenigstens am Sonntag ein Stück Fleisch auf dem Tische sehen wollte.

Gegenüber der socialdemokratischen Fleischnot-Interpellation verschanzte sich Graf Bülow hinter „Erhebungen", die er über den Umfang der behaupteten Fleischnot vornehmen lassen wollte. Für den preußischen Landwirtschaftsminister Podbielski existierte eine Fleischnot überhaupt nicht, und gleichzeitig ließ der Kampf gegen den Zolltarif die Klagen des Volkes über die Fleischnot und die hohen Fleischpreise verstummen.

Man hätte nun glauben sollen, daß die Regierung, nachdem sie ihren geliebten Agrariern das Millionengeschenk der erhöhten Viehzölle zugewendet hat, es nun genug sein ließe und daran dächte, die Volksmassen in andrer Weise zu entlasten, indem sie wenigstens in den Grenzsperren einige Linderung schäfe. Weit gefehlt! Das Junkerinteresse bleibt Trumpf! Die Regierung ist aber dabei, das System der Grenzsperren noch weiter auszubauen.

Der ungarisch-offiziöse „Pester Lloyd" bringt die Nachricht, daß das dortige Ministerium erfahren habe, die deutsche Regierung wolle vom 1. April d. J. ab für die Einfuhr von lebendem und geschlachtetem Geflügel aus Oestreich-Ungarn derartige Veterinär- und Kontrollmaßregeln zur Anwendung bringen, daß dadurch der ganze ungarische Export in einer Weise behindert werde, daß man von einer gänzlichen Unterbindung desselben sprechen könne. Handelte es sich hier um Maßnahmen im gesundheitlichen Interesse des deutschen Volkes, so sollten uns die drohenden Schädigungen östreichisch-ungarischer Geflügelzüchter wenig kümmern. Hier aber handelt es sich offenbar um eine Chicanierung der östreichisch-ungarischen Geflügeleinfuhr, von der unsre agrarischen Geflügelzüchter den Vorteil haben. Einen Vorteil, den die deutschen Geflügelkonsumenten, zu denen auch die Arbeiter gehören, aus ihrer Tasche bezahlen müssen. Ein Blick auf die Zahlen der statistischen Monatshefte des ungarischen Handelsministeriums zeigt uns, wie beträchtlich das Fernbleiben der ungarischen Geflügeleinfuhr nach Deutschland bei uns die Preise des Geflügels in die Höhe treiben würde. Der Export aus Ungarn nach Deutschland betrug:

pro 1901	lebendes Geflügel	3 687 828 Stück
1902	„ „	4 022 304 „
1901	geschlachtetes Geflügel ca.	1 900 000 „
1902	„ „ „	2 000 000 „

somit pro Jahr ca. 6 Millionen Stück im Werte von 9 Millionen Mark. Nach den angeführten statistischen Daten besteht die Hauptausfuhr Ungarns nach Deutschland aus lebendem Geflügel und dieses wird durch die geplante Maßnahme am härtesten betroffen werden. Vom 1. April ab sollen die Sendungen lebenden Geflügels an der deutschen Grenze einer achttägigen Quarantäne unterworfen sein und erst nach dieser Frist dem freien Verkehr übergeben werden dürfen. Das nach Deutschland eingehende und hier verbleibende geschlachtete Geflügel soll an der Grenze von eigens hierzu angestellten Organen eingehend untersucht und nur nach vollkommen einwandfreiem Befunde die Erlaubnis zur Einfuhr erhalten. In der Praxis würde diese Bestimmung bewirken, daß zahlreiche ungarische Exporteure sich hüten würden, ihre Waren und ihr Vermögen der ungewissen Entscheidung unsrer Grenzorgane auszusetzen. Sie würden lieber auf die Ausfuhr nach Deutschland verzichten. Eine Verringerung der ungarischen Zufuhr aber würde sofort eine Preissteigerung des heimischen Geflügels auf dem deutschen Markte bewirken. Die Preissteigerung des Geflügels würde weiter anziehend auf die Preise des übrigen Fleisches wirken und damit die ohnehin hohen Fleischpreise noch mehr in die Höhe treiben. Schmunzelnd stecken die deutschen Agrarier den Vorteil in die Taschen, den sie auf solche Weise wieder einmal vom konsumierenden Volke haben.

Die ungarische Regierung steht zur Zeit bereits mit der deutschen in Unterhandlung, um wenigstens eine Herabsetzung der Quarantänezeit auf 3 resp. 5 Tage und andre Erleichterungen zu erzielen. Sie soll in Vorschlag gebracht haben, in Deutschland selbst Quarantäneschlachthäuser für aus Ungarn kommendes Geflügel zu errichten.

Ob sie damit etwas erreichen wird, bleibt abzuwarten. Bisher hat man von gesundheitsschädlichen Eigenschaften ungarischen Geflügels nichts gehört. Ueber Nacht müßte sich dasselbe förmlich in seiner Beschaffenheit geändert haben.

Ist das aber nicht der Fall, was kann dann die Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt haben? Haben wir in demselben etwa den Anfang beginnender Zoll- und Grenzchikanen Deutschlands gegenüber dem Auslande zu sehen, durch welche die deutsche Regierung auf das Ausland einen Druck ausüben will zwecks schleunigen Abschlusses von Handelsverträgen auf Grund des erhöhten Zolltarifs?

Die deutsche Konsumentenmasse würde dadurch in eine schlimme Lage geraten. Giebt das Ausland nicht nach, dann müßte die deutsche Regierung, nachdem sie einmal den Weg betreten hat, schärfere Maßnahmen folgen lassen. Auch das Ausland würde zu Chikanierungen deutscher Waren greifen und die Grenzchikanierungen hüben und drüben, die lange Zeit währen können, könnten sich zu einem handelspolitischen Kriege auswachsen, der der deutschen Arbeiterklasse, in Form der Verteuerung ihrer Lebenshaltung, die ganzen Kriegskosten aufbürdete.

Den Vorteil hätten lediglich die agrarischen Beutepolitiker, die Wucherzöllner; sie heimsten den zeitigen und den künftigen Vorteil ein.

Was aber könnten uns Handelsverträge nützen, die mit solchen Mitteln der Grenzchikane zu stande gekommen wären? Sie würden durch den voraufgegangenen Kampf so viel Verbitterung bei dem ins Vertragsverhältnis eintretenden Lande schaffen, daß die deutsche Ware durch verminderte Einfuhr mehr geschädigt würde als alle Handelsverträge ihr nützen können!

Ist aber die deutsche Regierung bei ihren beabsichtigten Maßnahmen gegen die ungarische Geflügeleinfuhr nicht von dem Gedanken geleitet, eine Pression auf dieses Land in Sachen der Handelsverträge auszuüben, dann ist das ganze Vorgehen absolut unverständlich. Man muß dann fragen, welche agrarischen Hintertreppeneinflüsse wieder im Spiele sind, daß den Junkern dieser neue Vorteil, der sich für die Geflügelzüchter zu ein paar Millionen summieren kann, zugewendet werden soll?

Erst Zollerhöhung und dann obendrein Erschwerung der Einfuhr durch „sanitäre" Grenzplackerei! Fürwahr, die Agrarier können triumphieren.

Den Interessen der deutschen Konsumenten entspricht es, endlich einmal Bresche zu legen in die Mauer der Grenzsperren und Einfuhrerschwerungen, die uns unsern Lebensunterhalt in unerhörter Weise verteuern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. März.

Kaiserliche Reichstags-Kandidaten.

Es ist ein wundersames Bild der politischen Sitten unsrer Zeit, das die „Königsberger Hartungsche Zeitung" soeben enthüllt. Es wird erzählt von allerseltsamsten Geschehnissen in der Zeit der Wahlvorbereitungen bei der vorjährigen Nachwahl im Wahlkreise Elbing-Marienburg, die zu der nun jüngst vom Reichstag kassierten Wahl des Agrarierführers v. Oldenburg-Januschau führte.

Herr v. Oldenburg gelangte nicht leicht in den Besitz des gesetzwidrigen Mandats. Er hatte, wie sich zeigte, nicht nur die Zustimmung seiner konservativen Gesinnungsgenossen zu finden und nicht nur die politischen Gegner zu bekämpfen; in die Vorbereitung seiner Wahlkandidatur trat eine Macht, von der bisher wenigstens in der weiteren Oeffentlichkeit, unbekannt geblieben war, daß sie unmittelbaren Einfluß auf dem Wahlstreit in einzelnen Wahlkreisen zu üben trachte.

Das Königsberger Blatt erzählt:

„Es ist angesichts der abermaligen Kandidatur Dohna (Fürst Dohna-Schlobitten war 1890—1893 Vertreter von Elbing-Marienburg im Reichstag und kandidiert jetzt im Kreise Königsberg-Land-Fischhausen) recht interessant, sich mit der Vorgeschichte der vorjährigen Elbinger Wahl zu beschäftigen. Sie öffnet uns ein weites Gesichtsfeld über unsre eine „freie" Wahl illusorisch machenden Verhältnisse. **Drei Staatsdepeschen wurden damals versandt.** Die eine an den Fürsten Dohna, die ihm **auftrug, für den Wahlkreis Elbing-Marienburg zu kandidieren,** die zweite an den **Minister des Innern,** die **diesem** anbefahl, **den gesamten Regierungsapparat zu Gunsten des Schlobitters spielen zu lassen,** und eine dritte, die den Kammerherrn v. Oldenburg auf Januschau **aufforderte, seine Kandidatur zu Gunsten derjenigen des Fürsten zurückzuziehen.** Da jedoch Herr v. Oldenburg kurz vorher den Elbinger Konservativen und Bündlern versprochen hatte, ihnen unter allen Umständen treu zu bleiben, so lehnte er das ihm durch **dienstliche Vermittelung** des Oberstkämmerers Grafen zu Solms-Baruth zugegangene Ansinnen ab und wurde **infolgedessen in seiner Eigenschaft als Kammerherr nach Berlin berufen.** Dort las ihm Graf Solms die bekannte **Kabinettsorder gegen die Kanalrebellen** vor und versuchte wiederholt, ihn **im höheren Auftrage zum Rücktritt zu bewegen,** da es **der dringende Wunsch Seiner Majestät** sei, daß Fürst Dohna kandidiere und er als Kammerherr nicht gut gegen den Hofjägermeister vom Dienst auftreten konnte. Herr v. Oldenburg konnte sich nicht entschließen, den Bund und die Elbinger Konservativen im Stich zu lassen, und bat infolgedessen um seinen Abschied als Kammerherr. Schließlich erklärte er jedoch, daß er, wenn Fürst Dohna im amtlichen „Elbinger Kreisblatt" mit Namensunterschrift verkünden würde, **daß er auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers** die ihm angetragene Kandidatur für Elbing-Marienburg annehme, er — v. Oldenburg — seinerseits ebendort erklären würde, daß er **auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers zurücktrete.** Der Kaiser war anfangs bereit, diesen Ausweg einzuschlagen. Der darüber **entsetzte Reichskanzler Graf v. Bülow** stellte jedoch an höchster Stelle auf das eindringlichste vor, daß diese neue Kanalrebellen-Geschichte, nachdem die alte kaum erledigt sei, sehr viel böses Blut machen würde. Da zur selben Zeit auch ein Brief, den Fürst Dohna an Herrn v. Oldenburg mit der Bitte richtete, zur Vermeidung einer Doppelkandidatur zu seinen Gunsten zurückzutreten, höflich, aber ablehnend erwidert wurde, so blieb sowohl den höfischen Interessenten wie dem Herrn von Schlobitten nichts andres übrig, als diesmal auf seine Reichstags-Kandidatur zu verzichten. **Der Kaiser ließ sich in dieser Angelegenheit nicht mehr sprechen,** das Abschiedsgesuch des Herrn v. Oldenburg als Kammerherr wurde amtlich als nicht vorhanden angesehen, und das Ende vom Liede war, daß Herr v. Oldenburg, wenn auch unrühmlicherweise, in den Reichstag einzog."

Jeder Satz dieser kleinen Erzählung bietet eine Offenbarung von den politischen Auffassungen und Zuständen in den höchsten Reichsregionen. Es sei uns fern, diese Offenbarung irgendwie durch Zweifel an ihrer Wahrheit anzurempeln. —

Reichstag.

Die Novelle zur Seemanns-Ordnung wurde am Mittwoch in dritter Lesung erledigt. Genosse Molkenbuhr machte das Centrum darauf aufmerksam, daß ihm bei einer von dem Präsidenten Grafen zu Stolberg mit dem üblichen Ungeschick dirigierten Abstimmung ein Versehen passiert ist. Entgegen den bestimmten Erklärungen des Dr. Spahn wurde mit den Centrumsstimmen die obligatorische Bestimmung beseitigt, daß ein Schiffsmann zu den See-Schöffengerichten hinzugezogen werden muß. Das hat in Hamburg zum direkten Ausschluß der Schiffsleute von diesen Gerichten geführt und trägt jedenfalls nicht zur Erhöhung des Vertrauens zu diesen Gerichten bei. Der Centrums-Abgeordnete Kirsch gab ohne weiteres zu, daß seine Parteifreunde falsch abgestimmt hätten, wollte aber von einer Aenderung nichts wissen, da sonst das Inkrafttreten der Seemanns-Ordnung zum 1. April in Frage gestellt würde. Auch bei der Einzelberatung scheiterten unsre Versuche, für die Molkenbuhr und Herzfeld eintraten, bessere Bestimmungen über die Familienunterstützung erkrankter Seeleute und über die Musterrollen in das Gesetz mit aufzunehmen.

Die Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis gab zu einer kurzen Debatte Anlaß, in der der freisinnige Abg. Dr. Müller-Meiningen auf den ungenügenden Schutz der litterarischen Produktion Deutschlands in Amerika hinwies, und Staatssekretär Graf Posadowsky Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung zusagte, um die in Amerika ausgestellten Gegenstände des deutschen Kunstgewerbes und Buchhandels vor unbefugter Nachahmung zu schützen. Die Forderung für St. Louis wurde angenommen, nur ein Teil der Konservativen stimmte dagegen, um seinem Haß gegen die Union Ausdruck zu verleihen.

Auch der Etat der Expedition nach Ostasien gab zu keinen principiellen Debatten Anlaß. Staatssekretär v. Richthofen wiederholte die Erklärungen, die schon in der Kommission abgegeben worden sind und wonach die Regierung es nicht verantworten will, daß die deutschen Truppen sofort ganz aus China zurückgezogen werden. Der Abstrich von 3 Millionen, den die Kommission vorgenommen hat, wurde vom Plenum bestätigt.

Am Donnerstag steht der Kolonialetat und der Etat des Auswärtigen Amts auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch das Kapitel „Medizinalwesen" des Kultusetats. Die Debatte drehte sich um sehr verschiedene Fragen. Abg. Dr. Ruegenberg (C.) lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Mißstände im Hebammenwesen; er forderte mit Recht eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen und eine bessere Vorbildung derselben. Bemerkenswert ist seine Anregung, den Hebammen ein Mindesteinkommen zu garantieren und eine feste Gebührenordnung für Hebammen einzuführen. Auf diese Anregung blieb der Minister die Antwort ebenso schuldig, wie auf den Vorschlag, einen staatlichen Befähigungsnachweis für Krankenwärter einzuführen.

Lebhafte Klagen gegen die Thätigkeit der ärztlichen Ehrengerichte erhob Abg. Dr. Langerhans (frs. Vp.); er wies darauf hin, daß die Ehrengerichte den Aerzten oft ganz ungesetzliche Vorschriften über die Grundsätze machen, nach denen sie ihre Praxis ausüben sollen, und verlangte die vollständige Freiheit des ärztlichen Berufs als das beste Mittel gegen das Kurpfuschertum. Von andrer Seite wurden unter Bezugnahme auf den Fall Nardenkötter gesetzgeberische Maßnahmen gegen das Kurpfuschertum gefordert. Die Regierung ist nicht abgeneigt, hier einzugreifen, sie beabsichtigt, im Reichstage eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung einzubringen, durch die eine Einschränkung des Kurpfuschertums versucht werden soll. Auch die Apotheker sollen in Zukunft schärfer kontrolliert werden. Es scheint doch, als ob die im Prozeß Nardenkötter zu Tage getretenen Mißstände im Apothekergewerbe die Regierung zu einem Eingreifen veranlassen werden.

Einen großen Teil der Sitzung füllte eine von dem Abg. Dr. Graf Douglas (frk.) eingeleitete Alkoholdebatte aus. Im Verlauf derselben kündete der Minister Studt ein Trunksuchtsgesetz für die nächste Legislaturperiode an. Die Debatte selbst lief schließlich in ein rein persönliches Geplänkel zwischen dem Abg. Schulz-Berlin, dem bekannten Großdestillateur, und dem Abg. Pastor Schall (k.) aus, die sich in faulen Witzen förmlich zu übertrumpfen suchten.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. Voraussichtlich findet wieder eine Abendsitzung statt. —

Der Arbeiterkampf in Holland.

Wenn man noch vor kurzem erfolgten Meldungen annehmen mußte, daß die Regierung ihre außerordentlichen militärischen Maßnahmen nun nicht mehr für nötig erachtete, so erweist sich das jetzt leider als ein Irrtum. Von „durchgehends gut informierter Seite" hat der „Nieuwe Rotterd. Kourant" erfahren, daß den Generalstaaten ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, der es möglich macht, die **Aufgebote von 1900 und 1901 noch länger als die gesetzlich zulässigen 6 Monate unter den Waffen zu behalten.** Weiter wird mitgeteilt, daß der bleibende Teil des Aufgebots von 1902 noch nach Verlauf der ersten Dienstzeit im Dienst behalten werden soll. Die Regierung ist also

der Ansicht, daß es mit ihrer Autorität so schlecht bestellt ist, daß sie noch immer dieses außerordentlichen Schutzes, der doch wahrlich nicht dazu dient, die Gemüter der Arbeiter zu beruhigen, nicht entbehren kann.

Die Direktionen der Eisenbahn-Gesellschaften trachten noch immer danach, durch Begünstigung des sogenannten „Ordnungsbundes" die Angestellten der Organisation abtrünnig zu machen. Die Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahn-Personal mußte ihren für den 15. März geplanten Kongreß aussetzen, weil der Befehl erging, daß sowohl die Angestellten der holländischen Eisenbahn-Gesellschaft als auch die der Staatsbahn-Gesellschaft ihren Standplatz nicht verlassen durften. Jetzt kündigt nun der Ordnungsbund der holländischen Eisenbahn-Gesellschaften an, daß er am 22. März seinen Kongreß abhalten will. Für diejenigen, die diesem Bund angehören hat also wohl jenes Verbot keine Geltung.

An das einzige Mittel, was unbedingt gegen die jetzt bestehenden Zustände helfen würde, an eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder bestimmte Zusagen und Maßnahmen in dieser Richtung, scheinen die Direktionen der Gesellschaften noch immer nicht zu denken. Bei der Konferenz, die kürzlich der Vorstand der Eisenbahner-Organisation mit den Vertreter der einen Gesellschaft hatte, zeigte dieser ein im Vergleich zu den übrigen Handlungen der Direktion lobenswertes Entgegenkommen. Es handelte sich hierbei freilich nicht um Forderungen des Personals, sondern lediglich um Beschwerden gegen unverantwortliche Maßregelungen und Chikanierungen von Mitgliedern der Organisation.

Ueber die Konferenz, welche der Hauptvorstand des Allgemeinen Niederländischen Vereins von Eisenbahn- und Trampersonal mit Herrn van Hasselt, dem Delegierten der Holländischen Eisenbahn-Gesellschaft-Administration hatte, enthält das Wochenblatt des Vereins folgende Mitteilungen:

Herr van Hasselt wußte nichts von der Entlassung von sechs sog. zeitlichen Arbeitern am Central- und Güterbahnhof „de Rietlanden", er erklärte, er würde die Sache untersuchen. — Ungehörige Auslassungen seitens der Vorgesetzten gegenüber dem Personal verurteilte er. — Es war ihm unbekannt, daß verschiedenen Eisenbahnern kein Lohn ausbezahlt war für die Ausstandstage, was bei der Wiederaufnahme der Arbeit von der Direktion zugesagt war: Nachträgliche Ausbezahlung wurde zugesagt.

Dann schreibt der Hauptvorstand:

„Im ganzen kann gesagt werden, daß der Delegierte des Administrationsrats bis zur Besprechung mit uns nichts wußte von den Chikanen und den Abweichungen von dem von ihm gegebenen Wort, und wir können denn auch erklären, aus seiner Haltung sowohl, als auch aus dem, was er uns sagte, daß er das Versprochene strikt und ehrlich halten wird."

Hoffentlich ist dies Entgegenkommen nicht nur eine glattte Maske.

Die „Christlichen" setzen ihre Versuche, das Volk über seine wahren Interessen zu täuschen, fort. Unsre Genossen sind selbstverständlich eifrig bemüht, überall, wo sie Einlaß finden, diesen Handlangern der reaktionären Gewalthaber entgegenzutreten; da diese aber hierbei regelmäßig eine Niederlage erleiden, ziehen sie es jetzt meist vor, ausschließlich zu ihren unentwegten Anhängern zu sprechen, oder sie suchen wenigstens eine Debatte zu verhindern.

Unsre Protestbewegung hat — im Gegensatz zu der „christlichen" Dämpferaktion — stets einen ausgezeichneten Verlauf, der das Beste erwarten läßt, falls die Regierung gegen Erwarten doch noch ihren Staatsstreich durchzuführen trachtet. Diese Versammlungen finden jetzt meistens auf dem Lande statt in vollbesetzten Sälen und vor einem sehr sympathisch gestimmten Publikum. —

* * *

Deutsches Reich.

Eine Antwort der Kronprinzessin?

Das „Bureau Laffan" meldet aus Leipzig:

„Den Aufruf des Königs Georg von Sachsen an sein Volk wird die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen, wie der Leipziger Korrespondent des „Bureau Laffan" von der Prinzessin nahestehender Seite erfährt, **mit einer Gegenpublikation beantworten, worin sie die Verhältnisse am sächsischen Königshofe von ihrem Standpunkt aus erörtern wird."**

Es sei dahingestellt, ob die Nachricht sich bewahrheiten wird. Man hat doch den Eindruck, als ob die Frau durch die Hetzjagd, die man gegen sie losgelassen, so ermattet ist, daß sie nicht mehr die Kraft zu energischer Gegenwehr finden mag.

Aus Salzburg wird denn auch gemeldet: Der Erlaß des Königs von Sachsen hat in toskanischen Hofkreisen, sowie auf die Prinzessin Luise einen höchst peinlichen Eindruck gemacht. Letztere konnte nur mit Mühe davon abgehalten werden, eine entschiedene öffentliche Antwort zu geben, in welcher sie überraschende Enthüllungen machen wollte.

An sich wäre natürlich eine Antwort auf die unerhörte Herausforderung eine unerweisliche Pflicht ihrer moralischen Selbsterhaltung. —

Die „Post" und die Sittlichkeit bringt aus Anlaß der königlich sächsischen Kundgebung eine Bußpredigt über „Zucht- und Zügellosigkeit", die Herr v. Hammerstein, der einstige „Kreuz-Zeitungs"-Mann, nicht besser geschrieben haben könnte. Da wird von der „pflicht- und ehrvergessenen Prinzessin" geschrieben, es wird bedauert, daß „solche die Sittenlosigkeit und Pflichtvergessenheit verherrlichende Ergüsse" — dem „Post"-Schreiber — „nur Empörung und Widerwillen erregen", es wird über „die wahre Verheerung des sittlichen Empfindens" gezetert und schließlich über „socialdemokratische Moral" gefaselt.

Nun, wir sind stolz auf unsre socialdemokratische Moral, die auf dem Grundgesetz aller Sittlichkeit beruht, daß es nur einerlei Moral giebt; die jene Moral verachtet, welche der Frau ein Verbrechen daraus macht, was bei dem Manne als liebenswürdige Schwerenöterei geduldet oder bewundert wird; jene Moral, die „im Stillen längst tief gefallene Frauen" ruhig im Glanze fürstlicher Erhabenheit weiter strahlen läßt und die erst dann aufschäumt und steinigt, wenn die längst vorhandene Ehe-Irrung zum öffentlichen Skandal wird.

Weil es aber gerade die „Post" ist, die von solchen Sittlichkeitskrämpfen heimgesucht wird, so möchten wir ihr eine Frage vorlegen. Wie denkt die „Post" über folgenden „sittlichen" Fall? Ein Mann bricht in die Ehe einer befreundeten Familie ein und zeugt mit der Frau zwei Kinder, die ruhig als Sprößlinge des legitimen Ehemannes durchgeschmuggelt werden, bis später dann doch die Scheidung und die Adoption notwendig wurde. Wir empfehlen der „Post" zur Beantwortung dieser Frage sich bei einer ihr sehr nahe stehenden, sehr bekannten Persönlichkeit Rat zu holen. —

Im Haß gegen den „Vorwärts" ist die gesamte bürgerliche Presse ein Herz und eine Seele, und dieser Haß verschmäht keine Niedertracht und keine Lächerlichkeit, um sich zu bethätigen. Wir hatten nach dem „Baseler Volksblatt" mitgeteilt, daß dem verstorbenen katholischen Kunsthistoriker Franz Xaver Kraus aus Reichsmitteln eine Subvention von 12 000 M. gegeben worden sei. Daß uns bei dieser Mitteilung keinerlei Abneigung gegen den verstorbenen Gelehrten leitete, ist für jeden ohne weiteres klar. Kraus war in seiner Weise ein bedeutender Mann und außerdem antiklerikal. Man könnte also eher uns eine Tendenz zu Gunsten des Professors zutrauen. Wir übernehmen die Behauptung des Basler Blattes einfach deshalb, weil es ein dringendes öffentliches Interesse ist, über die Verwendung von Reichsmitteln Rechenschaft zu fordern.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." brachte daraufhin ihre sehr unklare „Aufklärung" des Falles. Bezeichnend aber ist, daß sie unsre Quelle, das Basler Blatt, unanständigerweise in den Hintergrund drängte und den „Vorwärts" vorschob, um die Empfindlichkeit des Centrums zu schonen; denn der klerikale Haß gegen Kraus hatte die Enthüllung des katholischen Baseler Organs diktiert. Der „Norddeutschen" folgt der übrige Zeitungstroß. Immer ist es der „Vorwärts", der angegriffen wird. Und das Lustigste ist, daß selbst die Centrumspresse sich so stellt, als habe da der „Vorwärts" einem braven Katholiken eine üble Nachrede angehängt, während die Mitteilung, wie man natürlich sehr wohl weiß, ein echtes und rechtes Centrumsgeschoß war. Es ist nett, daß die klerikale Presse jetzt sogar den „Vorwärts" für ihre eignen Manöver verantwortlich macht. So schwindelt man! —

Marine-Experimente. Der „B. Z." wird geschrieben: „Die deutsche Reichs-Marine verhielt sich bisher gegenüber allen Versuchen, die namentlich in Frankreich und England mit Unterseebooten, Turbinenbooten usw. angestellt wurden, völlig ablehnend. Nunmehr scheint man jedoch, wenigstens was den Betrieb mit Turbinen anbelangt, auch bei uns die Zeit für gekommen zu erachten, handelnd einzugreifen. Die Firma Schichau in Elbing hat nämlich vom Reichs-Marine-Amt den Auftrag erhalten, versuchsweise ein **Turbinen-Torpedoboot** zu bauen; die Turbinenmaschinen selbst werden jedoch von einer auswärtigen Firma bezogen werden, da die Schichau-Werft in der Konstruktion dieser Maschinen noch keine Erfahrung besitzt. England hat mit solchen Booten bisher sehr schlecht abgeschnitten, da kurz hintereinander zwei Turbinenboote auf hoher See mitten entzwei brachen."

Wir dürfen wohl annehmen, daß die Firma Schichau die Kosten dieser Experimente trägt. Denn dem Reicht-Marine-Amt ist Geld dazu nicht bewilligt worden. —

Hoensbroechs Kandidatur und das Erdbeben. Auch wir hatten nach der nationalliberalen „Ausburger Abendzeitung" die Notiz übernommen, daß der ultramontane „Regensburger Anzeiger" das Erdbeben in Reichenbach auf die Kandidatur des Grafen Hoensbroech zurückgeführt habe — und zwar allen Ernstes. Wie die ultramontane Presse jetzt konstatiert, hatte die betreffende Notiz folgende Fassung:

„So, jetzt weiß man doch, weshalb vorgestern in Reichenbach die Erde gebebt hat und Reichenbach das Centrum des Erdbebens war. Wenn ein Graf Paul Hoensbroech zum Reichstags-Kandidaten gewählt wird, muß zum mindesten die Erde beben. Sagt doch schon ein alter Dichter: „Es kreisen die Berge und hervorschlüpft ein lächerliches Mäuschen."

Danach handelte es sich wirklich um einen bloßen Scherz, dessen Absicht auch die intelligente Redaktion des Augsburger nationalliberalen Organs sofort hätte wittern dürfen. —

Ueber amtliche Beeinflussung zu Gunsten der Agitation gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes beklagt sich die katholische „Lothringische Volksstimme". Angestellte der Eisenbahnverwaltung hätten auf dem Metzer Bahnhof während der Dienststunden unter den Beamten Unterschriften gesammelt.

Das wäre allerdings ebenso ungehörig, wie etwa die Wahlagitation durch den Beichtstuhl. —

Der Agitator des Bundes der Landwirte Dr. Mühlpfordt, Sekretär der Handwerkskammer in Halle ist, wie uns ein Privattelegramm meldet, nach Unterschlagung von 12 000 M. und unter Hinterlassung von Schulden flüchtig geworden. Der Herr, der früher radikale Neigungen zeigte, war eifrig an der agrarischen und ordnungsparteilichen Agitation beteiligt. Ein Steckbrief ist erlassen. —

Die unglückliche Hand des Fiskus. Der „Morgenpost" wird aus Bromberg mitgeteilt, daß dort ein Kommerzienrat am 7. März ein Grundstück für 100 060 M. kaufte und es zwei Tage später, am 9. März, für 205 535 M. an den Eisenbahn-Fiskus weiter verkaufte.

Die 100 000 M. Gewinn des glücklichen Kommerzienrats muß der Steuerzahler für den unglücklichen Fiskus verdienen. —

Duell. Ein neuer Duellmord ist in Bamberg verübt worden. Dort fand zwischen einem Offizier und einem Civilisten ein Pistolenduell statt. Der **Civilist blieb tot am Platze.** Näheres fehlt noch, da das Duell vorerst geheimgehalten wird. —

Wieder ein Soldaten-Selbstmord.

Der Trainsoldat Friedrich Heyer vom Magdeburgischen Trainbataillon Nr. 4 hat sich wegen Mißhandlungen durch Ertränken das Leben genommen. Friedrich Heyer war zum Militärdienst eingezogen worden, trotzdem er ein **Krüppel** war und wegen Quetschung des rechten Unterfußes und der rechten Wade **Unfallrente bezog.** Wahrscheinlich waren infolge dieses körperlichen Gebrechens seine Leistungen nach Ansicht seiner unteren Vorgesetzten unbefriedigende, wodurch er sich, nach seinen Aeußerungen seinem Vater gegenüber, **Mißhandlungen** zuzog. Daß die ihm zu teil gewordene Behandlung eine ihm unerträgliche gewesen sein muß, beweist, daß er desertierte und den Tod durch Ertränken suchte.

Heyer wurde seit dem 28. Januar vermißt. Am 3. Februar wendete sich, wie die „Magdeb. Volksstimme" mitteilt, sein Vater an den Bataillonskommandeur, um unter Mitteilung der Aeußerungen seines Sohnes die Vermutung zu äußern, daß diese Mißhandlungen zur Desertierung getrieben hätten. Trotz eines sehr verbindlichen Schreibens des Rittmeisters und eines ebenfalls entgegenkommend gehaltenen Briefes des Bataillonskommandeurs wurde indes das Verfahren gegen die von dem Vater des verschwundenen Trainsoldaten bezichtigten unteren Vorgesetzten vom Kriegsgericht niedergeschlagen, da die Angaben des angeblich Mißhandelten nicht als ausreichendes Belastungsmaterial anzusehen seien.

Am letzten **Sonnabend** wurde dann die Leiche des Vermißten aus dem Wasser gezogen. Erst am **Montag** erhielt der Vater durch die Militärbehörde Kenntnis hiervon, trotzdem die Leiche bereits am Sonnabend agnosciert worden war. Noch auffälliger aber ist, daß der Wachtmeister des auf so traurige Weise ums Leben gekommenen Soldaten Heyer den Vater desselben am Sonntag hier getroffen, ihn gegrüßt, aber nichts von der Auffindung seines Sohnes gesagt hat.

Ferner: Die Anklagen des Vaters des in den Tod getriebenen Unfallrentners richteten sich besonders gegen den Unteroffizier Karl Wiedemann, dem zur Last gelegt wurde, daß er Heyer gezwungen habe, in der Stellung „Fersenheben und Kniebeuge" ein Pferd zu putzen und dann mit dem Gesicht gegen den After des Pferdes zu drücken versucht habe. Trotzdem für diesen Fall das nach der Mitteilung des Kriegsgerichts „glaubwürdige Zeugnis" eines Zeugen Namens Mindrum vorlag, wurde auch dieser Anklagepunkt niedergeschlagen. Wes' Geistes Kind aber der Unteroffizier war, wird durch folgende Mitteilung der „Magdeb. Volksstimme" vom 18. März beleuchtet:

„Der Unteroffizier der Reserve Karl Wiedemann vom 4. Trainbataillon hatte sich gestern wegen nicht weniger als 22 **Fällen vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung** und Beleidigungen, teilweise in Ausübung des Dienstes, zu verantworten.

Der Vertreter der Angeklagebehörde hielt nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Mißhandlungen für **schwere** und zum Teil **sehr schmerzhafte,** meinte indes, daß der Soldat Heyer, der sich in Rothensee das Leben nahm, nicht allein wegen dieser Mißhandlungen in den Tod gegangen sei. (Nicht allein, d. h. doch zum Teil!) Es beantragte 6 Monate Gefängnis, Degradation und sofortige Verhaftung des Angeklagten. So der Ankläger — anders, ganz anders der Richter!

Das Urteil lautete nämlich nicht auf 6 Monate Gefängnis, auch nicht auf 2 Monate Gefängnis, sondern auf — — 5 **Wochen und 1 Tag Mittelarrest.** Und dabei **nicht einmal Degradation!!**

Wenn der Vertreter der Anklage nicht an das Ober-Kriegsgericht geht und dort ein andres Urteil erzielt, so bleibt jener wegen Mißhandlung bestrafte Mann Unteroffizier, Vorgesetzter der Soldaten, die ihm zum Gehorsam verpflichtet bleiben."

Wir haben diesem militärischen Drama nichts hinzuzufügen! —

Stuttgart, 18. März. In der Generaldebatte zum Etat gab der **Ministerpräsident** namens der Staatsregierung die Erklärung ab, daß die württembergische Regierung, obwohl sie in der Gewährung von Diäten eine schwerwiegende Verfassungsänderung erblicke, im Bundesrat doch **nicht dagegen** stimmen werde.

Die Kassierung des Emmelschen Landesausschuß-Mandates. Aus Straßburg i. E. wird uns vom 17. März geschrieben: Der kaiserliche Rat verhandelte heute über den Rekurs, den unser Parteigenosse Emmel-Mülhausen, das erste und einzige socialistische Mitglied des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, gegen die Entscheidung des oberelsässischen Bezirksrates eingelegt hatte, durch die die im Mülhauser Gemeinderat erfolgte Wahl Emmels in den Landesausschuß für ungültig erklärt worden war. Der Wahleinspruch war damit begründet worden, daß das Wahlgeheimnis verletzt worden sei, indem im Mülhauser Gemeinderat gedruckte Stimmzettel auf die Plätze der einzelnen Mitglieder gelegt wurden, so daß die einzelnen Abstimmenden kontrolliert werden konnten, ob sie auch wirklich den gedruckten, auf den Namen Emmels lautenden Zettel abgaben, ohne ihn abzuändern. Die Rekursschrift Emmels bestreitet jede Gefährdung des Wahlgeheimnisses und seinen Kausalzusammenhang mit dem Ergebnis der Wahl. Im Hinweis darauf beantragte der Vertreter Emmels die Gültigkeitserklärung der Wahl. Die Analogien, die das Urteil des Bezirksrats aus der geheimen Wahl zum Reichstage und ähnlichen Wahlen gezogen habe, könnten für den vorliegenden Fall nicht zutreffen. Denn die Sitzungen der reichsländischen Gemeinderäte bei der Landesausschuß-Wahl seien nicht öffentlich und andrerseits hätten die Mitglieder des Gemeinderats wohl das Recht, aber nicht die Pflicht, öffentlich zu stimmen. Emmel bemerkte noch persönlich, daß auf jedem Platz der Gemeinderäte nebem dem gedruckten Zettel Papier gelegen habe, um eventuell einen andern Namen darauf schreiben zu können. Eine Kontrolle des Wahlaktes sei nicht ausgeübt worden, auch nicht möglich gewesen. Der kaiserliche Rat zeigte sich allen diesen Argumenten unzugänglich und verwarf nach halbstündiger Beratung den Rekurs Emmels.

Damit ist das Mandat des einzigen Arbeitervertreters im reichsländischen Rentner- und Bürgermeister-Parlament definitiv kassiert und das heiße Sehnen der vereinigten Reaktionäre gestillt. Die Freude wird jedoch nicht lange dauern, da alle Aussicht besteht, daß der Mülhausener Gemeinderat unsren Genossen Emmel, der die kurze Spanne Zeit, die er das Mandat ausüben konnte, in bester Weise im Sinne des arbeitenden Volkes ausnutzte, von neuem in den Parlamentspalast am Kaiserplatz in Straßburg schicken wird.

Principielle Kirchenpolitik. Aus Baden wird uns geschrieben: Wie unser Ministerium der „Gradheit und Gerechtigkeit" „principielle Politik" macht, dafür bringt das sich guter Beziehungen zu Hofkreisen rühmende Heidelberger Centrumsorgan, der „Pfälzer Bote", einen äußerst charakteristischen Beitrag. Staatsminister v. Brauer sei, so erzählt das Blatt, wegen seiner Behandlung der Frage der Karlsruher Bahnhofsverlegung in Differenzen mit dem Landesfürsten geraten und habe aus Anlaß derselben die Kabinettsfrage gestellt. Es kam jedoch nicht zu seinem Sturze, und um nun auch noch die gefährliche Klippe des Landtages glücklich zu umschiffen, der sich schon früher im Sinne des Brauerschen Bahnhofsverlegungs-Projektes festgelegt hatte, habe der **Staatsminister den Führern des Centrums hinsichtlich der Orden „gewisse Versprechungen" gemacht,** für die er sich vorher die **Zustimmung des Großherzogs** eingeholt hatte. Nun hätten die liberalen Gegner v. Brauers, denen es nicht gelungen war, das centrumsfreundliche Ministerium über die Bahnhoffrage zu Fall zu bringen, die Ordensfrage zu diesem Zwecke auszunützen versucht, indem sie also kalkulierten: Wenn Herr v. Brauer daran gehindert wird, das dem Centrum gegebene Versprechen einzulösen, so ergiebt sich die innere Notwendigkeit seines Sturzes von selbst. Daher die verzweifelten Anstrengungen gewisser Kreise bei Hofe und in der liberalen Partei, dem Landesherrn die Bewilligung der Männerklöster zu verleiden. An demselben hätten auch Leute aus der nächsten Umgebung des Hofes teilgenommen, und die Situation des Ministers sei infolgedessen, besonders auch wegen der „beschämenden Vorgänge anläßlich der Verabschiedung des Erbgroßherzogs aus dem Militärdienst und durch die teilweise damit zusammenhängenden Schwierigkeiten des Herrn v. Jagemann in Berlin" wieder eine höchst prekäre geworden. Viel werde jetzt von den kommenden Landtagswahlen abhängen und davon, wie der nächste Landtag, insbesondere die Centrumsfraktion in demselben, die Lage beurteilt.

Die Enthüllung des herrlichen Kuhhandels in einer Frage, hinter deren Behandlung das naive Volk allerhand principielle und hochpolitische Erwägungen vermutete, ist für das Centrum wie für das Ministerium der „Gradheit und Gerechtigkeit" gleich schmeichelhaft. —

Wahlvorbereitungen.

Aus dem Wahlkreise Potsdam-Spandau-Osthavelland schreibt man uns: Immer mehr gewinnt es den Anschein, daß in dem behördlichen Verbot jeder öffentlichen Versammlung, die unsre Parteigenossen in den verschiedenen Dörfern mangels geeigneter Säle „unter freiem Himmel" einberufen hatten, ein bestimmtes System liegt; triumphierend berichtet die Pauli-Presse, daß auch in Zukunft konsequent sämtliche derartige Versammlungen verboten werden sollen. Die unsrerseits eingelegten Beschwerden sind noch nicht in letzter Instanz entschieden. Inzwischen gelüstet es dem Ordnungsstaat offenbar, seine „Unparteilichkeit" in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gerichtlich beleuchtet zu sehen, wenigstens ist auf Betreiben des überaus schneidigen Oberwachtmeisters in Nauen gegen eine Anzahl unsrer Parteigenossen ein Ermittelungsverfahren wegen „Abhaltens einer verbotenen Versammlung" (?) oder irgend ein ähnliches Delikt anhängig gemacht! Auf dem Lande veranstalten die Gendarmen eine wahre Hetzjagd auf unsre Flugblattverbreiter. In der Nähe von Fehrbellin veranstaltete ein Gendarm sogar ein Wettrennen mit einem unsrer Flugblattverbreiter — — per Rad; den Preis aus dieser Wettfahrt trug jedoch unser Genosse davon, denn — er war schneller als der Gendarm. Um so ungenierter betreiben die staatserhaltenden Parteien die Wahl-„Propaganda". In Groß-Ziethen, einem Dorfe der Fehrbelliner Gegend, verwandte man sogar den Dorf-Nachtwächter dazu, um von Haus zu Haus zu gehen — Gelder für die schlappe Kriegskasse der Ordnungsmänner zu sammeln. Ob diese Hauskollekte eine ordnungsmäßig genehmigte war? Auch der „Bund der Landwirte" glaubt für sich etwas herausschlagen zu können und veranstaltet überall im Kreise Wanderversammlungen, die jedoch nur sehr schwach besucht zu sein pflegen. — Demgegenüber verhält sich der Freisinn völlig mäuschenstill, so daß das Gerücht immer mehr Wahrscheinlichkeit gewinnt, der Freisinn würde diesmal gänzlich auf eine eigne Kandidatur verzichten!

*

Hanau. Das Centrum hat den Abg. Müller-Fulda, der jetzt den Wahlkreis Wiesbaden-Obertaunus vertritt, aufgestellt. Der Wahlkreis Hanau ist jetzt socialdemokratischer Besitz. Herr Müller-Fulda scheint also reichstagsmüde zu sein.

Dresden. Die Nationalsocialen beabsichtigen, eine Zählkandidatur des Pfarrers a. D. Naumann aufzustellen. Die Kartellparteien haben noch immer keinen Kandidaten, nachdem der Antisemit Dr. Hädel verzichtet hat.

•

Im zweiten anhaltischen Wahlkreise (Bernburg-Köthen) haben sich die „Ordnungsparteien" geeinigt, um den Socialdemokraten Albrecht zu verdrängen. Ihr gemeinsamer Kandidat ist der Generaldirektor der Solvaywerke, der Geheime Kommerzienrat Karl Wessel in Bernburg. Wessel gehört zur Partei Drehscheibe, den Nationalliberalen, ist aber bis jetzt politisch nicht hervorgetreten. Er sitzt zwar im Bernburger Gemeinderat, läßt sich aber dort wenig blicken.

Ausland.

England.

Eine neue konservative Niederlage. Bei der Ersatzwahl im Wahlbezirk Rye (Essex) wurde der Liberale Hutchinson mit 4910 Stimmen gewählt, während der konservative Gegenkandidat Boyle 4376 Stimmen erhielt. Der frühere Inhaber des Sitzes war der Konservative Oberst Brookfield, welcher im Jahre 1895, ohne daß ein Gegenkandidat aufgestellt war, und im Jahre 1892 mit einer Mehrheit von 711 Stimmen gewählt worden war. Diese Niederlage der Regierung erregt angesichts des jüngsten für sie ebenfalls ungünstigen Wahlausfalls in Woolwich Aufsehen. —

Rußland.

Ein mißglückter Polizei-Ueberfall.

Ein Brief aus Lodz (Russ. Polen) vom 7. März enthält folgende Schilderung eines mißglückten Polizei-Ueberfalles:

Heute mittag sollte hier eine kleine Versammlung jüdischer Arbeiter stattfinden. Ein Bewohner des betreffenden Hauses bemerkte, daß mehrere Arbeiter sich in ein und dasselbe Zimmer begaben, und dachte sich gleich, daß sie „Achdissim" seien. (Mit diesem Worte, abgeleitet vom hebräischen achdiss = Vereinigung, werden von der Lodzer Gesellschaft die organisierten Arbeiter bezeichnet, denn das Wort „Socialdemokrat" haben die meisten in ihrem Leben noch nicht gehört.) Es ist natürlich die Pflicht jedes ordentlichen Menschen, die Achdissim auf Schritt und Tritt zu verfolgen, diese Elenden, die an den lieben Gott nicht glauben und der guten Regierung sowie dem Kaiser, welcher alle beschützt, feindlich sind. So ging denn auch dieser anständige Mensch sofort zu dem wachthabenden Schutzmann in derselben Straße und teilte ihm seine Wahrnehmungen mit. Dieser holte sich einige „Dwornikes" (Portiers, die in jedem Hause zur Unterstützung der Polizei vorhanden sind, um ihr Spionen- und andre Dienste zu leisten), ging in das betreffende Haus hinein und schloß es von innen zu. Er wollte die darin befindlichen Arbeiter abgesperrt halten, bis noch mehr Polizisten und Kosaken ankämen, um sie zu verhaften. Die Arbeiter waren also gefangen wie Hühner in der Steige. Diesen Vorgang hatten aber einige Arbeiter von der Straße aus beobachtet und eingesehen, daß hier schnell Rettung geschafft werden müsse, bevor die Kosaken eintrafen. Sie rannten also eiligst davon, um Hilfe zu holen. Wenige Minuten später kamen sie mit einem größeren Trupp von Arbeitern wieder. Sie versuchten zunächst, die geschlossene Hausthür auszubrechen. Da dies nicht gelang, rissen sie Steine aus dem Trottoir und schleuderten sie gegen Thür und Fenster, um die Hausbewohner zu veranlassen, die Thür zu öffnen. Als nun der Hauswirt merkte, daß dies kein Spaß wäre und sein Eigentum Schaden leiden könnte, ließ er die Thür aufschließen. Jetzt sah der Schutzmann den wichtigen Fang aus seinen Händen gleiten, und er hatte sich doch schon so schön ausgedacht, wie er für seine Treue und Tüchtigkeit gewiß als Belohnung ein höheres Amt bekommen würde. Er zog deshalb den Säbel aus der Scheide und stellte sich in den Eingang, bereit, jeden der heraus oder hinein wollte, niederzuschlagen. Als die Arbeiter sahen, daß der Schutzmann nicht gutwillig die Anwartschaft auf sein höheres Amt aufgeben wollte, mußten sie sich entschließen, auch ihn mit Steinen zu bombardieren, um größeres Unheil zu verhindern. Der Schutzmann lag bald ohnmächtig am Boden, die Dwornickes wurden unschädlich gemacht, und nun endlich konnten die gefangenen Arbeiter ungehindert ins Freie gelangen. Sie schwenkten die Hüte, riefen: Es lebe die Arbeiterorganisation! Es lebe die Socialdemokratie! Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Absolutismus! und zerstreuten sich dann unter Absingung revolutionärer Lieder. Die kurz danach ankommenden Kosaken fanden das Nest leer. —

Asien.

Peking, 17. März. Die Gesandten der Mächte berieten heute über die Note der chinesischen Regierung, welche die Weigerung ausspricht, die Obligationen zur Bewirkung der Entschädigungszahlung auszugeben, so lange die Gesandten nicht die Frage der Zahlung der Zölle auf der Goldbasis ihren Regierungen unterbreitet hätten. Die Mehrheit der Gesandten erklärte die Forderung bezüglich der Obligationen aufrecht zu erhalten, ehe über die die Goldzahlungen betreffenden Bestimmungen des Protokolls beraten werde. Der französische und der russische Gesandte erklärten, die Forderung Chinas betreffend die Zahlung in Gold anzunehmen. —

Afrika.

Marokko. Ein Telegramm des „Heraldo" aus Tanger bestätigt, daß der Aufstand immer weitere Fortschritte macht und daß es immer unwahrscheinlicher werde, daß es dem Sultan gelingt, die Bewegung zu unterdrücken. Der Prätendent sammelt neue Anhänger und trifft Vorbereitungen für einen baldigen Angriff. —

Amerika.

Revolution in Uruguay. „Daily Telegraph" meldet aus Washington, daß nach einem Bericht des amerikanischen Konsuls in Montevideo 8000 Mann im Aufruhr gegen die Regierung seien. In der Umgegend von Montevideo nehme die Rebellion einen bedenklichen Charakter an. Das südatlantische Geschwader der amerikanischen Flotte, das sich zur Zeit in Montevideo befindet, habe Befehl erhalten, die amerikanischen Interessen zu schützen. — In der Nähe der Stadt fand ein Gefecht zwischen Regierungstruppen und Aufständischen statt. Eine Abteilung des Roten Kreuzes wurde nach dem Kampfplatze geschickt. Vier Abgeordnete wurden von hier entsandt, um über den Frieden zu unterhandeln. Die Regierung will die Nationalgarde einberufen. Der Belagerungszustand ist erklärt; alle Telegramme sind der Censur unterworfen. —

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom Mittwoch, den 18. März, 10 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt.

Die zweite Beratung des **Kultusetats** wird beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen" fortgesetzt.

Beim Kapitel **„Medizinalwesen"** weist

Abg. Dr. **Rügenberg** (C.) darauf hin, daß ein großer Teil der **Todesfälle von Frauen im Wochenbett** auf das Conto der Hebammen zu schreiben sind, die es an den nötigen Vorsichtsmaßregeln haben fehlen lassen. Es ist eine **Reform des Hebammenwesens** zu fordern in dreifacher Richtung: hinsichtlich der Auswahl des Materials, der Ausbildung und der socialen Verhältnisse der Hebammen. Der Beruf ist heute auch wenig verlockend: die Hebammen unterstehen nicht einmal der Alters- und Invalidenversicherung und müssen oft mit den Gemeinden um ihr Gehalt feilschen. Die Hebammen müssen ein Minimalgehalt garantiert erhalten, und sie müssen gegen Unfälle und Invalidität versichert werden. Weiterhin muß für die Hebammen der Befähigungsnachweis eingeführt werden, und Central-Ausbildungsinstitute müssen geschaffen werden.

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) verlangt Beseitigung der Ausnahmestellung der beamteten Aerzte vor den Ehrengerichten, und spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die Berliner Polizei energisch gegen das **Kurpfuschertum vorgehe.**

Abg. **Eckart** (k.): Die Aerztekammern verlangen heute, daß jeder, der einmal den Titel „approbierter Arzt" erlangt hat, bis an sein Lebensende Beiträge zur Aerztekammer zahlt, auch wenn er seinen Beruf längst aufgegeben hat. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand.

Kultusminister Dr. **Studt:** Von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der weiteren Ausgestaltung des Hebammenwesens ist die Regierung durchdrungen und hofft baldigst mit Reformvorschlägen auf diesem Gebiete an das Haus kommen zu können. Auf die Reform des ärztlichen Ehrengerichtswesens wird bei der Beratung des betreffenden Antrages des Abg. Dr. Langerhans Gelegenheit sein, näher einzugehen.

Abg. Graf **Douglas** (frk.) dankt der Regierung dafür, daß sie energische Maßnahmen ergriffen habe im Sinne seiner Resolution zur **Bekämpfung des Alkoholgenusses.**

Kultusminister **Studt:** Was mein Ressort anlangt, so ist fast allen Forderungen des Alkohol-Antrages Graf Douglas eine weitere Folge gegeben. Das weitere wird der Gesetzgebung vorbehalten bleiben müssen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, **in der nächsten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf** in diesem Sinne vorzulegen. Wenn nicht an dem Krebsschaden des Alkoholismus bald die bessernde Hand angelegt wird, so werden wir traurigen Zuständen entgegengehen. **Der Prozentsatz der durch übermäßigen Alkoholgenuß geistig Erkrankten ist geradezu erschreckend.** Die Agitation, die von einigen Seiten gegen die edlen und ethischen Tendenzen der Anträge Douglas insceniert worden ist, war vielfach direkt frivol. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. **Schulz**-Berlin (frs. Vp.): Die Gastwirte befanden sich gegenüber diesen Anträgen im Zustande der Notwehr und der Abwehr. Ich erkenne vollständig an, daß die Branntweinpest in unserm Volke schlimme Verheerungen anrichtet. (Heiterkeit und Hört! hört! rechts.) Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß jeder, der mit dem Artikel „Branntwein" zu thun hat, **wenn er nicht gerade Brenner ist,** als Schädling an der Volksgesundheit gebrandmarkt werden sollte. Sonst müßten wir **aus moralischen Gründen die ganze Branntweinbrennerei einstellen.** Sie (nach rechts) verstehen es am besten, zu schreien, wenn Sie nicht aus den Taschen der andern die erwünschten Liebesgaben entgegennehmen können! (Große Unruhe und Oho-Rufe rechts.) Den Arbeitern, die nur am Abend Zeit haben, kann der Genuß eines Glases Bier nicht verwehrt werden. Die Aussicht auf ein neues Trunksucht-Gesetz läßt die Gastwirte mit Recht um ihre Existenz fürchten. Die persönlichen Interessen haben stets höher gestanden als die der Allgemeinheit, und am allermeisten bei Ihnen (nach rechts). (Laute ironische Bravorufe rechts.) Sie haben vom Bunde der Landwirte, dem Schreibunde, das Schreien sehr gut gelernt! (Wiederholte ironische Rufe rechts: Sehr gut! Bravo!) Manche Anregungen des Antrags Douglas sind gut, andre sind zwecklos und erreichen das Gegenteil des Erstrebten.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (f.): Was Herr Schulz für die Gastwirte anführte, paßt glänzend auf die Bestrebungen des Bundes der Landwirte. Der Unterschied ist nur der, daß wir allgemein für den Mittelstand eintreten, Sie (nach links) aber nur, wenn es in Ihre Politik paßt. (Widerspruch links.) Wenn von Agitatoren behauptet ist, der Antrag Douglas bezwecke die Einschränkung der Wirtschaftskonzessionen, so ist das eine elende freche Lüge. Es soll nur bei neuen Konzessionen streng nach dem Bedürfnisse verfahren werden. Das schädigt nicht die jetzigen Gastwirte, sondern fördert ihre Interessen. Der ganze Antrag richtet sich nur gegen den übertriebenen Mißbrauch des Alkohols.

Abg. Dr. **Martens** (natl.) betont, daß auch seine politischen Freunde nach wie vor auf dem Boden des Antrags Douglas stehen, und tritt weiter für die Vermehrung der vollbesoldeten Kreisarztstellen ein. Schließlich verbreitet sich Redner über das Apotheken-Konzessionswesen. (Im einzelnen bleiben die Ausführungen auf der Tribüne unverständlich.)

Ministerialdirektor **Förster** teilt mit, daß infolge der Erfahrungen, die der Prozeß Nardenkötter gezeitigt habe, eine **Revision der Apotheken** stattgefunden habe und Erhebungen veranstaltet worden sind. Das Material liege jetzt dem Minister vor, es werde geprüft und die Entscheidungen würden danach getroffen werden.

Abg. **Schall** (l.): In der Frage der Alkoholbekämpfung sollten alle einig sein. Leider hat Herr Schulz die Frage zu einer politischen gemacht. Ich habe einmal einen Mann, der ein ehebrecherisches Verhältnis hatte, beerdigt und bin in meiner Leichenrede vielleicht etwas deutlicher geworden als nötig war. Da bekam ich am nächsten Tage einen Brief: Oller Onkel, von Ihnen werde ich mich nicht beerdigen lassen. (Große Heiterkeit.) Herr Schulz fabriziert in seinem Geschäft hauptsächlich zwei Dinge: „Lippentriller" und „Burenkeile". Ich nehme an, daß Sie Burenkeile austeilen wollten, daß es aber nur Lippentriller war. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn Sie den ganz verständigen Standpunkt, daß während der Stunden des Hauptgottesdienstes der Alkoholverkauf inhibiert werden soll, nicht teilen, so kann ich nur sagen: Du gleichst dem Geist, den Du begreifst. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Abg. **Schmitz**-Düsseldorf (C.) erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Es fällt keinem der Befürworter des Antrages Douglas ein, gegenwärtig bestehende Konzessionen einzuziehen. Wir wollen nur der Erteilung übermäßig viel neuer Konzessionen Einhalt gebieten.

Abg. Dr. **Eckels** (natl.) fordert ein **gesetzgeberisches Einschreiten gegen das Kurpfuschertum** unter Hinweis auf den Fall Nardenkötter.

Ministerialdirektor **Förster:** Der Minister und der Herr Reichskanzler sind schon vor einiger Zeit in Verbindung getreten, um über die Ausdehnung des **§ 35 der Gewerbe-Ordnung (Entziehung der Konzession** bei unzuverlässiger Ausübung des Gewerbes) auf die Kurpfuscher zu verhandeln. Es kann so gut als sicher angenommen werden, daß **bei der nächsten Novelle zur Reichs-Gewerbe-Ordnung diese Ausdehnung vorgelegt werden wird.**

Abg. **Schulz**-Berlin (frs. Vp.): Die Gastwirte sind völlig objektiv vorgegangen. (Lachen rechts.) Herr v. Zedlitz warf mir vor, die Agitation, die ich betriebe, sei nicht anständig. Ich verbitte mir diese Censur des Herrn v. Zedlitz ganz entschieden. (Sehr richtig! links.) Allerdings werden heute bestehende Konzessionen entzogen. Die Konzessionen werden nämlich dem erteilt, der zuerst kommt. Zieht heute ein Gastwirt aus, so erlangt er nur sehr schwer eine neue Konzession, zumal wenn in der betreffenden Gegend erst vor kurzem eine Gastwirtschaft eröffnet ist. Herrn Schall, der gegen den Alkoholgenuß so scharf kämpft, möchte ich an ein Wort aus der Bibel erinnern, 1. Mose Kap. 5 Vers 23: „Trinket nicht mehr Wasser, sondern ein wenig Wein". (Große Heiterkeit. Rufe rechts: Wein! Wein!) Der Wein gehört auch zu den alkoholischen Getränken. (Sehr richtig! links. Zuruf des Abg. Pappenheim: Maiwein!) Herr Pappenheim weiß selbst, daß ich in dem Prozeß nur wegen der Bezeichnung „Maiwein" zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt bin, nicht wegen Nahrungsmittel-Fälschung. (Lachen rechts.) Das Land weiß besser, was es von den sogenannten Nahrungsmittel-Prozessen zu halten hat. (Erneutes Lachen rechts.) Wenn es sich um den Kartoffelstärke-Syrup handelt, sind Sie derselben Meinung wie ich. (Sehr gut! links.) Der Herr Pastor Schall — —

Präsident **v. Kröcher:** Es ist nicht üblich, Abgeordnete mit ihrem Berufe zu bezeichnen.

Abg. **Schulz:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Präsident, daß es mir vorhin aber so gegangen ist.

Präsident **v. Kröcher:** Ich habe nicht gehört, daß Sie jemand Herr Destillateur Schulz genannt hat. (Heiterkeit.)

Abg. **Schulz:** Die Witze, die der Abgeordnete Schall macht, sind so schal, — — (Heiterkeit links. Unruhe rechts.)

Präsident **v. Kröcher:** Die Bezeichnung „schale Witze" ist nicht parlamentarisch. Abgeordnete machen keine schalen Witze. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Schulz:** Die guten Witze des Herrn Schall werden mich nicht veranlassen, seiner Kirche einen Besuch zu machen. Ich habe mich bemüht, so sachlich wie möglich zu sein. (Lautes Lachen rechts.) Gegenüber den unwürdigen Angriffen des Vorredners war es aber nicht immer möglich. (Beifall links.)

Präsident **v. Kröcher:** Unwürdige Angriffe habe ich nicht gehört, sie sind also auch Ihnen gegenüber nicht gefallen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (frk.): Herrn Schulz und seinen Maiwein brauche ich wohl nicht weiter zu berühren. (Rufe rechts: Nein! nein! Heiterkeit.) Aber noch einmal will ich den Schwindel kennzeichnen, der von den Agitatoren in den Versammlungen getrieben worden ist. Die Behauptung, daß die Gastwirtskonzessionen beschränkt werden sollen, ist Schwindel. Die reellen Gastwirte wollen wir schützen, die unreellen Elemente darin nicht.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt; auch ist eine Abendsitzung in Aussicht genommen.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Am Mittwoch arbeitete die Kommission die Reste **der verschiedenen** Etats auf, die ihr nachträglich bezw. zum zweitenmal zugewiesen worden sind. Eine erhebliche Debatte entspann sich nur über die Nachforderung für den Truppen-Uebungsplatz in Neuhammer. Bekanntlich waren die Kosten für diesen Platz ursprünglich auf 6 Millionen Mark geschätzt und diese Gelder auch vom Reichstage bewilligt worden. In diesem Jahre erklärte aber die Heeresverwaltung, daß die Kosten um 3 Millionen höher sein werden, und forderte für das nächste Jahr $1^1/_2$ Millionen Mark. Die Kommission sprach einstimmig ihre Mißbilligung über diese erstaunliche Ueberschreitung des Voranschlages aus und beschloß, um die Militärverwaltung diese Mißbilligung fühlen zu lassen, von den verlangten $1^1/_2$ Millionen Mark $^1/_2$ Million zu streichen und dem Reichskanzler die Annahme der folgenden Resolution zu empfehlen: „Den Reichskanzler zu ersuchen, bei künftigen Anforderungen für neue Truppen-Uebungsplätze zuvor genaue Entwürfe und Kostenanschläge feststellen und den in Betracht kommenden Grunderwerb durch Vorverträge sichern zu lassen." Nachdem aber der Kriegsminister bei der Verhandlung im Plenum des Reichstags die Entschuldigungsgründe wiederholt hatte, welche bereits in der Kommission vorgetragen worden waren, wurde diese ganze Angelegenheit an die Budgetkommission noch einmal verwiesen. Abg. Roeren versicherte, daß nach den Darlegungen des Kriegsministers im Plenum die Angelegenheit in einem ganz andren Lichte erscheine. Davon, daß die Heeresverwaltung es an der nötigen Sorgfalt bei der Wahrung der finanziellen Interessen des Reiches habe fehlen lassen, könne gar keine Rede mehr sein. Auch stehe jetzt fest, daß durch die Streichung, welche die Kommission seiner Zeit beschlossen habe, die Reichsfinanzen und ganz unschuldige Privatleute geschädigt würden. Deshalb müßte die **volle** Summe bewilligt werden. In der Sache selbst sei nichts mehr rückgängig zu machen, nachdem die Heeresverwaltung bereits 4,1 Millionen Mark auf die Herrichtung des Platzes verwendet habe. Kriegsminister v. Goßler wiederholte seine Versicherung, daß die Heeresverwaltung in dieser Sache gar nicht anders habe vorgehen können, als es thatsächlich geschehen sei. Abg. Müller-Fulda stellte fest, daß die Heeresverwaltung **noch** bevor der Ankauf des Grund und Bodens perfekt geworden war, zu der Ueberzeugung gekommen sein mußte, daß die bewilligten Gelder nicht reichen, die Gesamtkosten vielmehr erheblich höhere sein würden, als seiner Zeit dem Reichstage mitgeteilt worden war. Deshalb wäre es die Pflicht der Heeresverwaltung gewesen, **vor Abschluß des Kaufes** mit der Sache noch einmal an den Reichstag zu kommen und die Zustimmung zu der Erwerbung des Landes unter den ungünstigeren Bedingungen einzuholen. Dies wäre **um so notwendiger** gewesen, als seiner Zeit in der Kommission **keine besondere Neigung zur Bewilligung** der 6 Millionen Mark für den Truppen-Uebungsplatz bestanden habe. **Einzig und allein** der Umstand, daß der Preis für den Grund und Boden **billig zu sein schien,** habe die Mehrheit der Kommission damals veranlaßt, sich für jenen Plan zu erklären. Zu Wahrheit aber sei schließlich das Land zu **enorm hohen Preisen gekauft.** Der berühmte Wald sei elendes Buschwerk gewesen, dessen Wert geringer gewesen sei, als die Kosten für das Abholzen. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann wäre der Wald schon längst heruntergeschlagen worden. Kürzlich sei von der Besitzung Buchau, die dicht an dem Uebungsplatze liege, Land verkauft worden und zwar **für 120 M. pro Hektar,** während die Heeresverwaltung **über 600 M. bezahlt habe.** Er müsse daher den **Vorwurf aufrecht erhalten,** daß in dieser Angelegenheit das finanzielle Interesse des Reiches **nicht mit der nötigen Sorgfalt gewahrt worden sei.** Er schlage daher folgende Resolution vor: „Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Wertabschätzung der Grundstücke, welche für die Zwecke der Militärverwaltung erworben werden sollen, unter Mitwirkung des Reichs-Schatzamtes erfolge." Kriegsminister von Goßler führte aus, daß der Wald zum Theil 70jährigen Bestand aufweise, daher die Bezeichnung „elendes Buschwerk" nicht verdiene. Abg. Müller-Fulda antwortete darauf, daß für die Qualität des Holzes auch die Art des Bodens in Betracht komme. Der Boden sei zum Teil der denkbar schlechteste, so daß es erklärlich sei, daß der jüngere Bestand sich nur als elendes Buschwerk darstelle. Abg. Büsing: Die Heeresverwaltung habe ursprünglich den Plan gehabt, das Holz allmählich im Laufe mehrerer Jahre niederzuschlagen. Wäre dies geschehen, dann hätten sich die Unkosten niedriger und die Verkaufspreise des Holzes höher gestellt. Von diesem Plane sei die Heeresverwaltung ohne zwingenden Grund abgewichen und habe dadurch die Reichs-Finanzen fraglos geschädigt. Ebenso sei es nicht zu billigen, daß die Heeresverwaltung nicht bereits vor 2 bezw. 1 Jahre dem Reichstage Mitteilung von der veränderten Sachlage gemacht habe. Abg. v. Normann schließt sich dem an. Abg. Hoch konstatierte, daß alle die Entschuldigungsgründe, welche der Kriegsminister in dieser Sache im Plenum vorgebracht habe, auch bereits bei der ersten Beratung in der Kommission von seinem Stellvertreter ins Feld geführt worden seien. An der Sachlage habe sich also in Wahrheit inzwischen nichts geändert. Er erinnerte an die früher aufgestellte Behauptung, daß die beteiligten Bauern in dieser Sache ganz besonders schlecht fortgekommen seien und bittet um Auskunft darüber, welche Preise den Bauern bezahlt worden seien. Der Kriegsminister v. Goßler antwortete, daß die Bauern ganz gewiß keinen Grund zur Unzufriedenheit hätten, da ihnen 43 000 M. mehr bezahlt worden seien, als der Schätzungswert des Landes betrage. Abg. Müller-Sagan: Nur für einen Teil des Waldes treffe die Bezeichnung des Abg. Müller-Fulda zu.

Darauf wurde die Forderung des Etats gegen die Stimmen der Socialdemokraten und die Resolution des Abg. Müller-Fulda einstimmig angenommen.

Ueber die **militärische Hochschule** entspann sich eine sehr lange Debatte. Auf der einen Seite stand wieder das Centrum, das die Anstalt bewilligen wollte unter der Voraussetzung, daß der Unterricht in den allgemein technischen Fächern von den Lehrern der technischen Hochschule erteilt werde. Auf der andren Seite wollten die Abgg. Paasche und Hasse eine möglichst weitgehende Angliederung der neuen Anstalt an die Hochschulen für die Civiltechniker. Die Regierung hatte zu ihrer Hilfe den Professor Müller-Breslau mitgebracht, der denn auch mit Nachdruck betonte, daß der Vorschlag Paasche-Hasse undurchführbar sei. Schließlich wurde der Antrag des Centrums mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Phosphorzündholz-Kommission kam am Mittwoch zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs. Seitens der Regierungsvertreter wurde gegenüber dem Hinweis auf die Feuergefährlichkeit der neuen Zündhölzer beim Eisenbahntransport angeführt, daß die mit chlorsaurem Kali und Weißphosphor hergestellten Zündhölzer, die weit explosiver sind als andren, bisher ohne jede Beanstandung mit der Eisenbahn transportiert wurden. Schließlich wurden die §§ 1 und 2 des Entwurfs gegen 3, § 3 gegen 4, das ganze Gesetz gegen 4 Stimmen angenommen. Die Abgg. Müller-Meiningen und Wiemer bringen eine Resolution ein: Den Reichskanzler zu ersuchen: a) auf die Bundesregierungen einzuwirken, geeignete Maß-

regelt zu treffen, um in den durch das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors zur Herstellung von Streichhölzern besonders betroffenen Gegenden anderweitige günstige Arbeitsgelegenheit zu schaffen; b) über die betreffenden Maßregeln und ihren Vollzug dem Reichstage Mitteilung zu machen. Absatz a wurde einstimmig angenommen, Absatz b mit 7 gegen 11 Stimmen abgelehnt. — Bei der Debatte über die Frage, was mit den Zündholz-Arbeitern in abgelegenen Waldgegenden werden solle, die jetzt trotz des Verbots Weißphosphor-Zündhölzer herstellen, schlug Wurm vor, daß dort vielleicht Genossenschaften mit Staatshilfe geschaffen werden können, bei denen die Regierung (es handelt sich um Sachsen-Meiningen) für geeignete Arbeitsstätten sorgt. Reißhaus teilt mit, daß die meiningensche Regierung beabsichtigt, die Glasbläserei dort einzuführen, speciell die Anfertigung von Thermometer-Röhren (ohne Quecksilberfüllung).

Nächsten Donnerstag wird der Bericht festgestellt; die Plenarberatung beginnt nach den Osterferien. —

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Mittwoch über eine Petition betreffend Erlaß eines Flußschutz-Gesetzes, welches die fortgesetzte Verunreinigung der Flußläufe verhindern soll. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, zu beantragen, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Der deutsche Handlungsgehilfentag zu Hamburg petitioniert **um Erweiterung des Vereinigungsrechts der Handlungsgehilfen**; Aufhebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung; Einführung von Gehilfenausschüssen in kaufmännischen Betrieben, in denen mehr als 20 Gehilfen beschäftigt werden, und Erlaß eines Gesetzes betreffend die Berufsvereine. Die Petition soll dem Reichskanzler, soweit sie die Berufsvereine betrifft, zur Berücksichtigung, im übrigen als Material überwiesen werden.

Eine Petition des 41 000 Mitglieder zählenden Werkmeister-Verbandes fordert die Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes in dem Sinne, daß die Gewerbegerichte für die gewerblichen Streitigkeiten der Werkmeister und Betriebsbeamten mit ihren Arbeitgebern zuständig sein sollen, wenn der Jahresverdienst der genannten Angestellten 3000 Mark nicht übersteigt. Das jetzt geltende Gesetz hebt die Zuständigkeit der Gewerbegerichte schon auf, wenn der Jahresverdienst 2000 Mark übersteigt. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Ueber eine Petition, welche fordert, daß zur **Ausbildung von Lehrlingen** nur solche Gewerbetreibende berechtigt sein sollen, welche das Recht haben, **den Meistertitel** zu führen, beschloß die Kommission mit 9 gegen 7 Stimmen, zur Tagesordnung überzugehen.

Die **Einführung des Befähigungsnachweises** im Bauhandwerk fordern mehrere Petitionen, welche dem Reichskanzler als Material überwiesen werden sollen. —

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über die an sie zurückverwiesene bekannte Beschwerde des Abg. Hegelmaier (Sp.). Die Kommission wiederholte in etwas veränderter Form ihren ersten Beschluß. Sie ließ sich dabei nicht auf principielle Erörterungen ein, sondern beurteilte den Einzelfall in seiner Eigenart. Von diesem Standpunkte aus wurde die Beschwerde für unbegründet erklärt.

Aus Industrie und Handel.

Deutscher Handelstag. Unter starker Beteiligung von Vertretern deutscher Handelskammern sowie kaufmännischer und industrieller Vereine begannen heute vormittag im Langenbeck-Hause hier die Beratungen des Deutschen Handelstages. Unter den Erschienenen befand sich auch Handelsminister Möller und Graf Posadowsky. Letzterer hielt nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Frentzel folgende Begrüßungsansprache:

Geehrte Herren! Der Deutsche Handelstag versammelt sich diesesmal zu einem Zeitpunkt, in welchem sich nach schwierigen Verhältnissen für Industrie und Handel wieder günstigere Aussichten zeigen und neue Hoffnung und Unternehmungslust sich in unserm wirtschaftlichen Leben zu regen beginnt. Immerhin dürften die Erfahrungen der letzten Jahre lehren, daß auch bei steigenden Konjunkturen sowohl die Produktionskraft und der Bedarf des eignen Landes wie des Auslandes vorsichtigste Schätzung erfordert, um die Festlegung heimischer Kapitalien und die allzu schnelle Vergrößerung industrieller Anlagen für eine nur ausnahmsweise und vorübergehende Nachfrage zu vermeiden.

Mit der Steigerung des Lebensstandes der gebildeten Völker, mit der Verfeinerung ihres Geschmacks, mit dem Fortschritt der technischen Wissenschaften steigt naturgemäß auch der Bedarf an verfeinerten Waren, an Specialitäten, und gerade auf diesem Gebiete dürfte die deutsche Industrie ihre Aufgabe suchen im Wettkampfe mit den Völkern, welche nach ihren Verhältnissen vorzugsweise auf die Herstellung von gröberen Massenartikeln angewiesen sind. Für diese Aufgabe sind wir aber auch vorzugsweise gerüstet, da die vielfachen technischen Schulen Deutschlands ein hervorragendes Personal von Dirigenten und Technikern, von Ingenieuren und Mechanikern, von Physikern und Chemikern herangezogen haben, da sich ferner dank unserm Schulwesen und unsrer socialpolitischen Fürsorge der Arbeiterstand in seiner persönlichen Leistungsfähigkeit und Verwendbarkeit ganz wesentlich gehoben hat.

Meine Herren! Wir stehen jetzt vor dem schwierigen Stadium der Erneuerung unsrer Handelsverträge, für deren Ausgestaltung die Wünsche der Beteiligten naturgemäß außerordentlich weit auseinander gehen. In diesem Kampfe der Interessen wird deshalb jeder zu Gunsten des andren ehrliche Selbstbeschränkung üben müssen. Aber eine Ueberzeugung sollten alle Erwerbsstände teilen, daß die heimische Regierung die Interessen unsres Erwerbslebens mit derselben Sachkenntnis und mit demselben Nachdruck vertreten wird, wie dies von den fremden Regierungen zum Besten ihres Landes vorausgesetzt wird. Nüchterne und sachverständige Beurteilung der thatsächlichen Verhältnisse kann uns allein ohne wirtschaftliche Erschütterungen in den neuen Zeitabschnitt unsrer handelspolitischen Beziehungen hinüber führen. Der Vorstand des Deutschen Handelstages hat uns kürzlich eine sehr schätzenswerte Vorarbeit geliefert und ich ergreife gern die Gelegenheit, ihm hierfür an dieser Stelle meinen Dank auszusprechen. Möchte der Deutsche Handelstag auch in Zukunft dazu beitragen, das große Vertragswerk wirksam zu fördern.

Hierauf sprach Generaldirektor Dr. Soetbeer-Berlin über die Erneuerung der Handelsverträge. Er wandte sich gegen die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft und befürwortete folgende Erklärung:

„Der Deutsche Handelstag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die von ihm zum neuen Zolltarif-Gesetz geäußerten Wünsche in sehr erheblichen Punkten nicht berücksichtigt worden sind. Für die neuen Handelsverträge, die mit allen für den deutschen Außenhandel bedeutsamen Staaten zu schließen sind, hält er an den bereits in den Vollversammlungen vom 14. März 1898, 8. Januar 1901 und 30. September 1901 aufgestellten Forderungen fest, daß die auswärtigen Staaten für eine längere Reihe von Jahren Ermäßigung und Bindung der Zölle auf die hauptsächlich von uns bei ihnen eingeführten Waren und allgemeine Meistbegünstigung uns gewähren."

Die Erklärung wird nach kurzer Debatte über die einzelnen Forderungen, die sich im wesentlichen auf die Gleichstellung der deutschen Gewerbetreibenden mit den Angehörigen der Vertragsstaaten innerhalb deren Gebiete beziehen, einstimmig angenommen.

Dann wird der zweite Punkt der Tagesordnung, die Beratung über die „Abgrenzung des Handwerks", vorläufig zurückgestellt und zunächst der Antrag des Vorsitzenden der Leipziger Handelskammer beraten, an die Regierung das Ersuchen zu richten, daß in Zukunft Gesetzentwürfe, die von einschneidender Bedeutung für Industrie und Handel sind, erst den gesetzlichen Vertretungen dieser Erwerbsstände zugängig gemacht würden. (Fortsetzung folgt.)

Vom oberschlesischen Kohlenmarkt berichtet die „Bresl. Morgen-Ztg.": Nachdem die Gruben durch die Resultate der März-Periode der Vorjahre etwas verwöhnt worden sind, läßt sich von den letzten acht Tagen vom Kohlenmarkt nichts besonders Erfreuliches berichten, denn, wenn auch die Verladungen verhältnismäßig noch ganz ansehnliche blieben, so bewegten sie sich doch unter denjenigen der entsprechenden Zeit des Vorjahres und dokumentierten damit ein beständiges Zurückgehen seit dem Jahre 1899, in welchem selbst in dem sonst immer schwachen März man ein Nachlassen der Nachfrage nicht verspürt hat. Nun muß zugegeben werden, daß die Jahre 1899 bis einschließlich 1901 als keine normalen bezeichnet werden können, weil außergewöhnliche Einflüsse sich in denselben geltend machten. Wie falsch es wäre, die heutigen Absatzverhältnisse als unbefriedigend hinzustellen, geht aus der Thatsache hervor, daß beispielsweise in der ersten Hälfte des Monats März 1898 fördertäglich nur etwas über 5000 Waggons zur Verfrachtung kommen, während dieselbe sich jetzt durchschnittlich immer noch auf etwa 5400 Waggons hält und man damals mit dem Absatze außerordentlich zufrieden war, ja seitens der Gruben der Nachfrage nicht einmal genügt werden konnte. Abgesehen davon, daß zur damaligen Zeit Grubenbestände nicht vorhanden waren, wird im Vergleich mit der augenblicklichen Berichtszeit zur Genüge illustriert, wie enorm die Gruben ihre Förderungen seit fünf Jahren gesteigert haben, wenn sie trotz einer Mehrverladung von ca. 400 Waggons pro Fördertag zu Fördereinschränkungen und Stapelungen heute gezwungen sind.

Verrechnungspreise des Kohlensyndikats. Der Vorstand des Syndikats schlägt vor, auf Grund der am 8. Dezember vom Beirat festgesetzten Richtpreise (Normalpreise) eine neue Feststellung der Verrechnungspreise (d. h. der Preise, die den Zechen für ihre verschiedenen Kohlensorten bei ihren Lieferungen angerechnet werden) vorzunehmen, und zwar zunächst entsprechend der Festlegung der Cokspreise für die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 30. Juni 1904. Die Zechenbesitzer sollen ihre Zustimmung bis zum 25. d. M. anzeigen oder angeben, ob sie Einspruch erheben, da dann die Verrechnungspreise unter Anhörung der Zechenbesitzer gemäß § 5 des Kartellvertrages festgesetzt werden sollen. Die vom Vorstand in Vorschlag gebrachten Verrechnungspreise für 1903/4 schließen sich womöglich noch enger an die Richtpreise an, wie im verflossenen Jahre, und sind vielfach um 25 oder 50 Pf. pro Tonne niedriger als bisher; so sollen z. B. fortan kosten:

Fettkohlen.

	1903/04 Mark	1902/03 Mark
Förderkohlen	9,—	9,—
½ gesiebte Stückkohle	11,50	12,—
doppelt gesiebte Stückkohle	12,50	13,—
gew. Nuß I	12,50	12,75
gew. Nuß II	12,50	12,75
gew. Nuß III	11,—	11,25
gew. Nuß IV	10,—	10,—
Coalskohlen	9,50	9,50
Gas- und Gasflammkohlen.		
Gasförderkohlen	11,50	11,50
Gasflammförderkohlen	10,—	10,25
doppelt gesiebte Stückkohle	12,50	13,50
gew. Gasflamm-Nuß I	12,50	12,75
gew. Gasflamm-Nuß II	12,50	12,75
gew. Gasflamm-Nuß III	11,—	11,25
gew. Gasflamm-Nuß IV	10,—	10,—

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin. In dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Gesellschaft, die 10 Prozent Dividende verteilt, werden über die industriellen Unternehmungen, an denen sie beteiligt ist, unter andern folgende Einzelheiten berichtet: Die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf a. N. war nur mäßig und zwar fast ausschließlich für die deutsche Heeresverwaltung beschäftigt. Für das laufende und das folgende Jahr ist eine bessere Beschäftigung zu erwarten. Die Dividende für das abgelaufene Jahr betrug 4 Proz. Die Fabrique Nationale d'Armes de Guerre in Herstal hat einen erheblichen Gewinn abgeworfen. Die Dürener Metallwerke in Düren haben nicht nur die vorjährige Unterbilanz beseitigt, sondern darüber hinaus einen namhaften Gewinn erzielt, doch wurde zwecks Kräftigung des finanziellen Standes von der Ausschüttung einer Dividende abgesehen. Der Besitz an Aktien der Waffen- und Maschinenfabriks-Aktien-Gesellschaft in Budapest ist mit Nutzen veräußert worden. Die Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin in Marienfelde ist in die Daimler-Motoren-Gesellschaft zu Kamstatt aufgegangen. Als Gegenwert für nom. 525 000 M. Aktien der Motorfahrzeug- und Motorenfabrik Berlin erhielt die Munitions- und Waffenfabrik nom. 262 000 M. Aktien der Daimler-Motoren-Gesellschaft und 500 M. bar.

Die Rentabilität der Großindustrie im vergangenen Jahre. Daß der Geschäftsgang während des Jahres 1902 die Rentabilität der gewerblichen Unternehmungen noch weiter herabdrücken mußte, als dies schon im Jahre 1901 der Fall war, ging schon aus den vielen einzelnen Nachrichten über die Erträgnisse gewerblicher Aktiengesellschaften hervor. Nachdem nunmehr die geordnete Rentabilitätsberechnung in dem soeben erschienen 3. Jahrgang von Calwers „Handel und Wandel" (Jena, Gustav Fischer) vorliegt, zeigt sich, daß der Durchschnitt der Rentabilität der großen Unternehmungen, gemessen an den Dividenden der Aktiengesellschaften, von 7,98 Proz. im Jahre 1901 auf 6,69 Proz. im Jahre 1902 gefallen ist. Die Abnahme beträgt 1,29 Proz. und ist damit weit geringer als der Rückgang, der dem abnorm günstigen Jahre 1900 folgte. Gegenüber diesem Jahre betrug 1901 der Rückgang nicht weniger als 3,02 Proz. Auch im Jahre 1902 haben einzelne Industriezweige noch ganz gut abgeschnitten, so vor allem die Porzellan- und Glasindustrie, bei der die Rentabilität von 12,93 Proz. im Jahre 1901 auf 12,98 im Jahre 1902 stieg. Die Dividendenziffer der chemischen Industrie zeigt zwar einen Rückgang, aber nur von 0,4 Proz. Sie betrug nämlich 1902 10,39 Proz.

Einen starken Rückgang zeigt die Rentabilität der Berg- und Hüttenwerke. Die Rentabilität betrug im Bergbau und in der Hüttenindustrie 7,73 Proz. gegen 9,66 im Jahre 1901. Etwas stärker noch als im Bergbau ist in der Zuckerindustrie die Gewinnziffer zurückgegangen. Sie fiel von 10,88 auf 7,64 Proz. Auch die Dividende der Brauereien, Brennereien und Mälzereien ist zurückgegangen und zwar von 9,40 auf 8,86 Proz. Relativ gut abgeschlossen hat auch die Textilindustrie, in der sich die Dividendenziffer von 2,91 im Jahre 1901 auf 4,69 im Jahre 1902 erhöhte. Auch die Metallindustrie zeigt einen kleinen Ansatz zur Besserung, insofern die durchschnittliche Dividende um 0,07 Proz. zunahm. Dagegen ist in der Maschinen- und Elektricitäts-Industrie die Rentabilität weiter gefallen. Im Maschinengewerbe fiel die Dividendenziffer von 6,13 auf 4,77, in der Elektricitätsindustrie von 5,92 auf 4,13 Proz.

Wie nicht weiter nachgewiesen zu werden braucht, geben die Dividenden keinen genauen Anhalt für den Grad der Rentabilität, denn bei ihrer Festsetzung sprechen häufig die verschiedenartigsten Rücksichten mit; die vorstehende Berechnung giebt deshalb nur ein ungefähres Bild der Rentabilitätsbewegung.

Sociales.

Die Gefahren der Wurmkrankheit sollten nach einer Behauptung des Ministers Möller, die er gegenüber unserm Genossen Sachse machte, nicht so arg sein, weil man unterscheiden müsse zwischen Wurmkranken und Wurmbehafteten. Die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung" macht demgegenüber auf eine Abhandlung des Dr. Bruns in Gelsenkirchen aufmerksam, der das dortige Institut für Hygiene und Bakteriologie leitet. Dr. Bruns sagt in seiner Arbeit:

„Mit dieser Unterscheidung zwischen „Wurmbehafteten" und „Wurmkranken" ist endgültig zu brechen, wenn man im Kampfe gegen die Wurmkrankheit auch nach der Richtung der Vorbeugung Erfolge erzielen will."

Zur Reform der Berg-Inspektion. Bekanntlich ist in den fiskalischen Gruben des Saarreviers seit kurzer Zeit eine Art Betriebskontrolle durch Arbeiter eingerichtet. Ueber die Art der Handhabung dieser Kontrolle wird jetzt der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung" eine Mitteilung gemacht, die, wenn sie sich bewahrheiten sollte, die neue Einrichtung als vollständig wertlos erscheinen lassen müßte. Danach hätte einer der Kontrolleure in das Kontrollbuch geschrieben, daß die Sicherheitsvorschriften vielfach außer acht gelassen würden. Darauf hätte ihm sofort der Obersteiger Vorhaltungen gemacht und dann hätte er ein Verhör beim Inspektor gehabt. Das Resultat sei, daß bei der zweiten Revision im Februar sämtliche Kontrolleure die Eintragung „Alles in Ordnung" gemacht hätten. Es wird zwar nicht gesagt, daß dem verhörten Kontrolleur Nachteile angedroht worden seien für seine Eintragung, aber man kann das zwischen den Zeilen lesen. Es wäre erwünscht, wenn über den Vorfall eine amtliche Aufklärung gegeben würde.

Ueber die Lungenheilstätte Sulzharze im Harz bringt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" in ihrer Nr. 62 Mitteilungen, die der Aufmerksamkeit der Versicherungsanstalten empfohlen seien. Es werden darin eine ganze Reihe von Mißständen in dieser Anstalt geschildert, die, wenn sie sich als unanfechtbar erweisen, die Anstalt als zur Aufnahme Lungenkranker ungeeignet erscheinen lassen müssen.

Düngerhaufen als Familienasyl. Von einer Dame, die dem Komitee der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft angehört, erhält die „Wiener Arbeiter-Zeitung" folgende Schilderung einer grauenhaften Thatsache: Wer vorigen Mittwoch zufällig um 7 Uhr abends in der Kanzlei der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft IX Maria Theresienstr. 8 anwesend war, hatte Gelegenheit, zwei von der Polizei eingebrachte Kinder in Begleitung ihrer Mütter zu sehen, in einem Zustande, den zu beschreiben man sich sträubt: die Mutter vor Schmutz starrend, die Kinder nur notdürftig in Fetzen gehüllt und halb verhungert, eine Atmosphäre um sich verbreitend, die man sonst nur in der Nähe einer Jauchgrube verspürt. Woher so viel Hunger und Elend? — Der die Leute begleitende Wachmann, ein echter, gutherziger Wiener, gab die Aufklärung: „Ja, die Frau ist mit ihren Kindern schon drei Wochen ohne Unterstand und seit vierzehn Tagen verkriechen sie sich des Nachts in der Brigittenau in einen Düngerhaufen, um nicht zu erfrieren." Die Gärtner klagen dort schon, daß die armen Leute, die in den überfüllten Asylen kein Obdach mehr finden, in die Düngerhaufen kriechen und sie dadurch zerstören.

Die Oestreicher müssen sich unsre glorreiche Socialreform anschaffen, dann haben sie eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter, und kein Gärtner wird sich mehr über Benutzung seiner Düngerhaufen als Wohnung zu beklagen brauchen.

Kaution, nicht Lohn. Der Rollkutscher R. beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht von der Speditions-Aktiengesellschaft 5 M., die ihm in wöchentlichen Raten von 1 M. als Kaution von seinem Lohn zurückbehalten worden waren. Direktor Brücker, der die Beklagte vertrat, wandte ein, die Firma sei berechtigt, sich an der Kaution schadlos zu halten, weil ihr durch Schuld des Klägers in Gestalt von Standgeld ein Schaden von 5 M. entstanden sei. Er habe gelegentlich einer bestimmten Tour 25 Säcke Mais vom Hamburger Speicher abholen sollen und diesen Auftrag am fraglichen Tage nicht ausgeführt, obwohl die Zeit dazu reichte. Der Kläger lehnte dagegen jedes Verschulden seinerseits ab. Er hätte 15 Sack Mehl auf dem Wagen gehabt, die ein Bäcker in einem Vororte ihm nicht abgenommen habe. Seine Pferde seien so „mies" gewesen, daß die Beamten des Tierschutzvereins ihn bereits zweimal notiert hätten. Dann sei es noch dazu infolge Frostes auf den Straßen etwas glatt gewesen, so daß er mit den schlechten Pferden unterwegs liegen geblieben wäre, wenn er noch zu den 15 Sack Mehl die 25 Sack Mais hinzugeladen hätte. Deshalb sei der Mais nicht mehr abgeholt worden. Uebrigens habe er einen Versuch zur Erfüllung des Auftrages gemacht, indem er nach dem Speicher gefahren sei, um zu sehen, ob nicht ein Kollege mit einem leeren Wagen dort wäre. Das sei nicht der Fall gewesen. Auch sonst räume er der Firma kein Recht ein, ihm den verdienten Lohn vorzuenthalten. — Diese Sachdarlegung vermochte der Direktor nicht zu bestreiten.

Der Gerichtshof riet zu einem Vergleich und Gewerberichter Dr. Meier führte dazu aus: Der Kläger könne sich nicht auf den § 364 des Bürgerlichen Gesetzbuches berufen, wonach Schadenaufrechnungen gegen verdienten Lohn nicht zulässig seien, denn hier handle es sich nicht um die Zurückbehaltung verdienten Lohnes, sondern um die einer Kaution. Eine Kaution sei aber rechtlich ganz anders zu behandeln wie der Lohn. Lohn würden die 5 M. darstellen, wenn der Kläger jede Woche die 1 M. verlangt hätte. Das habe er aber nicht gethan, sondern sei mit ihrer Rückbehaltung zwecks Ansammlung einer Kaution einverstanden gewesen. Eine Kaution sei aber die Sicherheit für einen vom Angestellten eventuell verursachten Schaden. Allerdings müsse der Arbeitgeber, wolle er die Kaution später behalten, den Nachweis führen, daß der Arbeiter für einen Schaden in der betreffenden Höhe verantwortlich sei, daß ihn ein Verschulden treffe. Ein solcher Nachweis fehle hier nun gänzlich, es sei deshalb ein Vergleich in Höhe der Klageforderung angebracht. — Der Direktor der beklagten Gesellschaft zahlte darauf im Vergleichswege dem Kläger die 5 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der östreich-ungarische Ausgleich.

Wien, 18. März. (W. T. B.) In der fortgesetzten ersten Lesung der Ausgleichsvorlage erklärt Ministerpräsident v. Körber, ihm erscheine der wahre, von aufrichtiger Freundschaft getragene Friede als Lebensbedürfnis beider Staaten. Bei der Festsetzung des Zolltarifs habe die Regierung mit den Forderungen Ungarns rechnen müssen, wenn die Monarchie ein einheitliches Zollgebiet bleiben sollte. „Alle Staaten", fährt der Ministerpräsident fort, „welche mit Deutschland in engerer handelspolitischer Beziehung stehen und bleiben wollen, mußten in irgend einer Weise vom deutschen Zolltarif Notiz nehmen, vornehmlich wir, die wir den größten Verkehr mit Deutschland haben. Wenn unsre Zolltarife beim Abschluß neuer Handelsverträge unversehrt erhalten werden, so hat die östreichische Industrie wahrlich nicht viel Grund zu klagen, aber auch der Landwirtschaft, der es zweifellos nicht gut geht, muß soviel als möglich geholfen werden hier wie in Ungarn." Der Ministerpräsident erklärt schließlich, soweit er die handelspolitische Situation zu überblicken vermag, trete deutlich die Absicht der Mächte, zu Handelsverträgen zu gelangen, hervor, wofür die Nichtkündigung der wichtigsten Handelsverträge spreche.

Aus Holland.

Haag, 18. März. (W. H.) Wie von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, beabsichtigt die Regierung, ein **Kompromiß** in der Eisenbahnarbeiterfrage vorzuschlagen, wonach ein Schiedsgericht ernannt werden soll, welches die Differenzen zwischen den Arbeitern und den Direktionen zu schlichten hat. Ministerpräsident Kuyper hofft, hierdurch die Opposition für seine Streikgesetze günstig zu stimmen.

Haag, 18. März. (W. T. B.) Durch königliche Verordnung ist bestimmt worden, daß die Miliz der Jahresklasse 1902 auf **unbegrenzte Zeit** bei der Fahne behalten wird.

Haag, 18. März. (W. T. B.) Der Bericht der Abteilungen der zweiten Kammer, welcher sich mit den Maßregeln zur Verhütung der Ausstände beschäftigt, ist erschienen. Danach hat sich die Mehrheit mit der zur Unterdrückung von Ausständen von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln für einverstanden und sich bereit erklärte, für die Einrichtung einer militärischen Eisenbahnbrigade zu stimmen. Die staatliche Untersuchung zur Prüfung der Beschwerden des Personals wurde gutgeheißen. Den im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Strafbestimmungen für den Fall eines Ausstandes stimmte eine Anzahl Kommissionsmitglieder zu; ein Teil verhielt sich ablehnend.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

286. Sitzung. Mittwoch, den 18. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Zunächst wird der Eisenbahnvertrag zwischen dem Reich und Luxemburg in dritter Beratung genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zur Seemannsordnung, durch die im § 52 ein Druckfehler berichtigt werden soll.

In der Generaldiskussion erhält das Wort

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.):

In dem Augenblick, wo der Reichstag daran geht, einen Druckfehler zu beseitigen, bevor er irgend welche Folgen gehabt hat, sollte er auch **andre Versehen und Fehler des Gesetzes verbessern.** So ist z. B. durch ein Versehen des Centrums bei der Abstimmung ein Antrag zu § 5 der Seemanns-Ordnung abgelehnt worden, wonach die Heranziehung eines Schiffsmannes zu den See-Schöffengerichten obligatorisch gemacht werden sollte. Die Folgen dieses Versehens haben sich bereits gezeigt. Man hat in Hamburg **keinerlei Schiffsleute für das See-Schöffengericht in Vorschlag gebracht,** und zwar hat der Vertreter der Deputation für Handel und Schiffahrt erklärt, dies sei nicht angängig, weil die Seeleute in den Schöffengerichten doch auch Untergeordnete der Kapitäne seien. Das bedeutet also ganz im **Gegensatz zum Willen des Reichstages** den direkten Ausschluß der Schiffsleute aus den See-Schöffengerichten. Herr Dr. Spahn trat damals warm für unsren Antrag ein und meinte, das Zutrauen zu den Gerichten würde erhöht werden, wenn auch Schiffsleute als Beisitzer fungierten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Bei der Abstimmung aber hat das Centrum aus Versehen dagegen gestimmt. Ich möchte daher beantragen, daß die Specialberatung dieser Novelle noch ausgesetzt wird, damit wir dieses Versehen berichtigen können.

Abg. **Kirsch** (C.):

Ich gebe zu, daß ein **Versehen** bei der Abstimmung seitens meiner politischen Freunde seiner Zeit stattgefunden hat. Ob, wenn wir anders gestimmt hätten, eine andre Majorität erzielt worden wäre, ist aber zweifelhaft. (Lachen bei den Soc.) Wollten wir diese Aenderung vornehmen, so gehört dazu auch die Zustimmung des Bundesrats, und es ist sehr zweifelhaft, ob diese Aenderung bis zum 1. April möglich wäre. Aus diesem Grunde bin ich gegen eine Vertagung der Specialberatung. In der Sache hat der Reichstag seinen Willen dahin ausgesprochen, daß es absolut nicht ausgeschlossen werden soll, daß Schiffsleute als Beisitzer zugezogen werden. Ich hoffe, daß sich die beteiligten Kreise in Zukunft danach richten werden.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Der Antrag Molkenbuhr auf Aussetzung der Specialdiskussion wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt und in die Specialberatung eingetreten.

Artikel 1 der Novelle, welche die Berichtigung des Druckfehlers enthält, wird angenommen. Als Artikel 1a beantragten die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soc.) einzufügen:

Der zweite Satz des § 61 Abs. 2 der Seemanns-Ordnung, der von der Heuer eines in der Heilanstalt befindlichen Seemanns handelt, soll folgende Fassung erhalten:

„Ist er verheiratet, oder hat er Kinder im Alter von unter 15 Jahren zu ernähren, oder hat er, falls keine dieser beiden Voraussetzungen zutrifft, andre Angehörige, deren Unterhalt er bisher ganz oder überwiegend bestritten hat, so ist ein Viertel der Heuer zu zahlen.“

Abg. **Molkenbuhr** (Soc.) begründet den Antrag. Die Familienunterstützung komme den Seeleuten nur in sehr geringem Maße zu gute, da ein größerer Teil von ihnen unverheiratet ist, als dies bei den andern Arbeitern der Fall ist.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Als Art 1b beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soc.) folgenden Zusatz zu § 137: Sind in den vor dem 1. April 1903 ausgefertigten Musterrollen Bestimmungen enthalten, welche in Widerspruch stehen mit Vorschriften dieses Gesetzes, deren Abänderung durch Vertrag nicht ausdrücklich zugelassen ist, so treten vom 1. April 1903 ab an deren Stelle ohne weiteres die Vorschriften der Seemanns-Ordnung.“

Abg. Dr. **Herzfeld** (Soc.) begründet den Antrag. Die neue Seemanns-Ordnung muß allen Seeleuten zu gute kommen. Es sind aber in den gedruckten Musterrollen heute vielfach Bestimmungen enthalten, welche die Vorschriften der Seemanns-Ordnung z. B. in Bezug auf die Sonntagsruhe einfach durch Vereinbarung wieder aufheben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Semler** (natl.): Es ist nicht zweifelhaft, daß die neue Seemannsordnung loyal durchgeführt werden wird, wenn auch viele Bestimmungen von den Reederkreisen als schwere Belastung empfunden werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt.

Die Novelle wird hierauf in der Gesamtabstimmung angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats fortgesetzt bei einigen erst jetzt von der Budgetkommission erledigten Titeln des Etats des Reichsamtes des Innern.

Zu Titel 23 des Kapitels 8 des Extraordinariums werden als Kosten zur Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis 1904, erste Rate, 1 500 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt die Bewilligung dieser Summe.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.): In den Motiven wird darauf hingewiesen, daß in St. Louis vor allem die deutsche Kunst, das deutsche Kunstgewerbe und der deutsche Buchhandel vertreten sein sollen. Es besteht aber gerade in diesen Kreisen eine tiefe Unlust zur Beschickung der Ausstellung. Der Grund dafür liegt in den amerikanischen Urheberrechts-Verhältnissen, die einer civilisierten Nation geradezu unwürdig sind. Der sogenannte Vertrag vom 15. Januar 1892 gewährt den deutschen litterarischen Produkten so gut wie gar keinen Schutz. Ich frage den Staatssekretär: Ist mit der amerikanischen Regierung ein Specialvertrag abgeschlossen worden, durch den die in St. Louis auszustellenden Werke der Kunst und des Buchhandels einen besonderen Schutz genießen?

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Durch den Litterarvertrag vom 15. Januar 1892 genießen allerdings die deutschen Verleger gegenüber dem amerikanischen Nachdruck nur einen sehr geringen Schutz. Was speziell den Schutz auszustellender Werke anlangt, so haben sich bei der Ausstellung in Chicago irgend welche besonderen Nachteile für die Verleger nicht ergeben, wenigstens sind uns solche Fälle nicht bekannt geworden. Es ist aber zu bemerken, daß nach dem in Amerika geltenden, allerdings moralisch anfechtbaren Rechte jedermann Nachahmungen herstellen kann, gleichgültig ob die Objekte ausgestellt sind oder nicht, wenn nicht ein ausdrückliches Verbot erlassen wird. Es soll nun aber nach dem Reglement für die Ausstellung in St. Louis verboten werden, ausgestellte Gegenstände ohne Zustimmung der Ausstellungsleitung oder der Aussteller nachzuahmen. Ich bin gern bereit, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes die Frage nochmals zum Gegenstande eines Schriftwechsels mit der amerikanischen Regierung zu machen, kann aber selbstverständlich keine Verpflichtung dafür übernehmen, daß Amerika alle Forderungen der deutschen Verleger erfüllt.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.): Ich habe die Sache angeregt, weil der Stuttgarter Verlegerverein in den letzten Tagen beschlossen hat, in St. Louis nicht auszustellen, und zwar mit der Motivierung, daß durch den Litterarvertrag von 1892 dem Nachdruck deutscher Werke und Photographien in Amerika Thür und Thor geöffnet werde.

Abg. **v. Waldow-Reitzenstein** (k.): Ein Teil meiner politischen Freunde wird für, ein Teil gegen die Forderung stimmen. Die ungünstige Finanzlage nötigt zur sorgfältigen Prüfung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben. Ich halte nach den uns in der Kommission gemachten Mitteilungen die Beteiligung Deutschlands für notwendig.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Meine Freunde werden einstimmig für die Forderung stimmen, obwohl nach Paris und Düsseldorf hier von der deutschen Industrie aufs neue große Opfer gefordert werden zu Gunsten eines Landes, das uns nicht gerade freundlich gegenübersteht.

Abg. **Frese** (frs. Vg.) spricht sich gleichfalls für die Bewilligung aus, obgleich manche Industrielle ausstellungsmüde seien. Um so erfreulicher sei die starke Beteiligung, die das Kunstgewerbe in Aussicht gestellt habe.

Abg. Dr. **Spahn** (C.): Meine Freunde werden der Forderung zustimmen in der Hoffnung, daß die Kosten nicht 2½ Millionen übersteigen werden.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Müller-Meiningen möchte ich bemerken, daß es am wünschenswertesten wäre, wenn Amerika durch ein Specialgesetz den ausgestellten Gegenständen vollen Patentschutz zusicherte. Zum wenigsten werden wir versuchen müssen, die Zusicherung der Vereinigten Staaten dazu zu erhalten, daß die ausgestellten Gegenstände während der Ausstellung und für eine kurze Schutzfrist nach derselben vor Nachbildung geschützt werden. In dieser Richtung werden unsre Bemühungen ansetzen und ich hoffe, wir werden bei der amerikanischen Regierung wohlwollendes Gehör finden.

Damit schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt.

Ohne Debatte werden ferner bewilligt: als zweite Rate zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das Aufsichtsamt für Privatversicherung 900 000 M.; als zweite Rate für das Dienstgebäude für die biologische Abteilung für Land- und Forstwirtschaft am Reichs-Gesundheitsamt 600 000 M.; zum Erwerbe eines Grundstücks zur Erweiterung des Statistischen Amtes 345 000 M.; als erste Rate zur Errichtung von Laboratorien des kaiserlichen Gesundheitsamtes für bakteriologische Arbeiten und Protozoen-Forschungen 75 000 M.

Zur Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und untere Beamte in den Betrieben des Reiches werden vier Millionen gefordert.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.) tritt für die Erhöhung dieser Summe im nächsten Etat ein.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern erledigt.

Es folgt der Etat der Expedition nach Ostasien.

Berichterstatter Dr. **Stockmann** (Rp.): Die Kommission hat bei diesem Etat drei Millionen gestrichen und bestimmt, daß die Titel 1 bis 31 unter einander deckungsfähig sind. Dadurch ist der specificierte Etat gewissermaßen beseitigt und es soll an seine Stelle wieder wie im vorigen Jahre ein Pauschquantum gesetzt werden, das diesmal 15½ Millionen beträgt.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhr. **v. Richthofen**: Als im Sommer 1901 die eigentliche militärische Aktion der fremden Mächte in China ihren Abschluß erreicht hatte, waren die verbündeten Regierungen sich darüber einig, daß sie nicht ohne weiteres China sich völlig selbst überlassen könnten. Man war vielmehr der Meinung, daß einerseits für die Erfüllung der von China übernommenen Verpflichtungen eine gewisse Zeit gewährt werden müsse, und andrerseits, daß die chinesische Regierung in ihrer Autonomie gegenüber ihren eignen Unterthanen gestärkt werden müsse. Deswegen haben die Mächte eine allmähliche Verminderung der fremden Besatzungen in China für das Gebotene erachtet. Dies System hat sich im allgemeinen auch bisher bewährt. Das deutsche Oberkommando ist aufgelöst, das Gros des deutschen Expeditionscorps ist zurückbefördert und endlich ist um die Neujahrszeit dieses Jahres Shanghai von den europäischen Truppen geräumt worden. Diese Reduktion der Besatzung äußert sich auch in den von Ihnen für Ostasien geforderten Summen; 1901 wurden 120 Millionen gefordert; 1902 34 Millionen und im jetzigen Etat nur noch 15 Millionen. Jedenfalls hat die Regierung in der Evaluation Chinas durchaus ihre Schuldigkeit gethan. Wir können es aber **im gegenwärtigen Moment noch nicht verantworten, China völlig von deutschen Truppen zu entblößen.** Auch militärische Autoritäten haben sich gegen eine vorzeitige Räumung ausgesprochen. Es kommt hinzu, daß die Besetzung Chinas durch internationale Abmachungen geregelt ist, deren Lösung auf einseitigem Wege nicht möglich ist. Ob neue Vereinbarungen zu stande kommen, hängt von der Gestaltung der politischen und lokalen Verhältnisse ab. Man kann sogar zweifelhaft sein, ob wir in der Evaluation Chinas nicht schon etwas zu schnell vorgegangen sind, da China den Versuch gemacht hat, ich will nicht sagen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, aber doch ihre Erfüllung etwas in Frage zu stellen. Das ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die Stärke der deutschen Besatzungstruppen etwas zu rasch vermindert worden ist. Ich kann deshalb nur dringend empfehlen, dem Abstrich der Kommission nicht beizutreten, da wir uns sonst nicht verpflichten könnten, daß Etatsüberschreitungen vermieden werden.

Abg. Dr. **Spahn** (C.) bittet, entsprechend dem Kommissionsbeschluß den Abstrich von 3 Millionen doch vorzunehmen.

Damit schließt die Diskussion, der Antrag der Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ferner wird eine von der Kommission vorgeschlagene Anmerkung zum Etat debattelos angenommen: „Bestände und Restausgaben aus den für das Rechnungsjahr 1903 bestimmten Mitteln sind über das Rechnungsjahr 1904 hinaus nicht zu übertragen. Sofern späterhin noch Ausgaben und Aufwendungen aus dem Jahre 1903 erübrigen, sind sie auf den Reichshaushalts-Etat zu bringen.“

Bei den Einnahmen bemerkt

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Es ist bei der Vereinbarung über die Kriegsentschädigung mit China eine Zahlung in Gold ausgemacht. Jetzt aber machen die Chinesen Miene, in Silber zu zahlen. Das müßte auf den Stand des Silberpreises in Deutschland ungünstig einwirken. Jedenfalls sollte die deutsche Regierung dahin wirken, daß die Eingangszölle, die deutsche Importeure in China zu zahlen haben, nicht in Gold zu zahlen sind.

Der Etat wird bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Kolonialetat und Etat des Auswärtigen Amts).

Schluß 4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Zeitungs-Fremdwörter und politische Schlagworte ist der Titel eines Büchleins, das soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist. Wiederholt haben sich unsre Parteitage mit Anträgen zu beschäftigen gehabt, welche die Ausmerzung der Fremdwörter aus unsrer Parteipresse verlangten. Der Verfasser, Genosse Adolf Braun, setzt im Vorwort zu der vorliegenden Broschüre auseinander, daß es unmöglich ist, gänzlich auf den Gebrauch fremder Wörter zu verzichten, wenn auch eine Beschränkung auf die notwendigsten Fremdwörter wünschenswert ist. Der Verfasser hat nun in dem Büchlein die am häufigsten in der Tagespresse vorkommenden Fremdwörter und politischen Schlagworte zusammengestellt und nach ihren Begriffen erläutert. Das Format ist so eingerichtet, daß das Büchlein im Taschenkalender untergebracht werden kann, damit es der Arbeiter immer bei der Hand hat. Der Preis ist 25 Pf. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69, zu richten.

Welcher Aufmerksamkeit sich der „Vorwärts“ bei den Behörden erfreut, mag folgender Fall beweisen. In der Nummer vom 28. Februar berichteten wir unter „Wahlvorbereitungen“, daß die Thüringer Agitationskommission ein Flugblatt in einer Auflage von 130 000 Exemplaren herausgegeben hat und der Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück eine Wahlzeitung herausgeben wird. Ende voriger Woche stellte sich bei dem Vorsitzenden des Erfurter Wahlkreises ein Herr ein, der sich als Kriminalbeamter vorstellte und von dem Flugblatt sowie von der Wahlzeitung für gutes Geld einige Exemplare zu haben wünschte. Auf zwei Foliobogen waren beide oben erwähnten Notizen aufgeklebt, die jedenfalls von der Berliner Behörde an die Erfurter gesandt waren. Wir nehmen nicht an, daß die Erfurter Kriminalpolizei auf den „Vorwärts“ abonniert ist. Von dem Flugblatt wurden dem Beamten die gewünschten Exemplare eingehändigt, auf die Wahlzeitung mußte er noch einige Tage warten, da sie erst am 15. März zur Ausgabe gelangte. Wie man sieht, interessieren sich die Behörden für alles und darum lesen sie auch mit Aufmerksamkeit nicht nur den „Vorwärts“, sondern alle andern Zeitungen.

Der Prozeß Rothe.

Der Prozeß gegen das „Blumenmedium“ Anna Rothe, der am Montag, den 23. d. M., vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II seinen Anfang nehmen wird, erregt das allgemeine Interesse weit über Berlin hinaus. Verspricht er doch sensationelle Enthüllungen über das Treiben betrügerischer Geisterbeschwörer und werden Thatsachen zur Sprache kommen, die man im 20. Jahrhundert nicht für möglich halten sollte. Die Angeklagte ist die Witwe eines vor mehreren Jahren verstorbenen Kesselschmieds. Sie hat stets in ärmlichen Verhältnissen gelebt, bis sie darauf verfiel, auf die Leichtgläubigkeit des Publikums zu spekulieren. Schon als Kind will sie die

Gabe des Hellsehens

besessen und Gestalten gesehen haben, die den Augen ihrer Umgebung verborgen blieben. Dadurch will sie in späteren Jahren zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß ihr eine magnetische Kraft innewohne, die sie zu Heilzwecken verwenden könne. Dann will sie die Fähigkeit in sich entdeckt haben, als „Medium“ den Verkehr Lebender mit Verstorbenen zu vermitteln. Sie begann damit, in ihrem früheren Heimatsort Chemnitz und dessen nächsten Umgebung „Séancen“ abzuhalten, die trotz des ziemlich hohen Eintrittspreises gut besucht waren. In den spiritistischen Kreisen galt sie bald als eine „Leuchte“ und ihre Anhänger nahmen täglich an Zahl zu. Ihr Ruf als Hellseherin und Geistervermittlerin wuchs derartig, daß ein

Sprachlehrer Namens Jentsch

sich ihr als Impresario anbot. Dieser verstand es, das Geschäft im kaufmännischen Stil zu betreiben. Er unternahm mit dem berühmten Medium weite Reisen und erzielte kolossale Erfolge. Zu den Sitzungen drängten sich eine große Menge Menschen, die zu den besten Gesellschaftsklassen gehörten; sie wollten alle etwas von ihren verstorbenen Angehörigen, bisweilen auch etwas von früheren großen Geistern, wie Luther, Melanchthon und andern erfahren. Die Sitzungen erhielten auch einen religiösen Anstrich, indem sie mit Gebet und Gesang eingeleitet wurden. Darauf wurde geheimnisvolle Dunkelheit hergestellt und das Medium verfiel in den sogenannten „Traumzustand“. Die Zuschauer verharrten eine Zeitlang in atemloser Stille, dann begannen die angerufenen Geister durch den Mund des Mediums zu reden. Dabei machten sich in der Nähe des Mediums Bewegungen der Tische bemerkbar. Vielfach erschienen auch kurze schriftliche Grüße von den Verstorbenen. Den Höhepunkt der Sitzungen bildeten die sogenannten

„Apporte“.

Diese wurden gewöhnlich durch den Mund des besonderen „Schutzgeistes“ des Mediums, „des kleinen Friedchen“ angekündigt. Sobald diese Ankündigung erfolgt war, flogen Blumen, Früchte, Nippsachen, Kleeblätter und andre Kleinigkeiten durch die Luft. Diese wurden von dem Medium den Anwesenden als Andenken von den Geistern der Verstorbenen überreicht und ehrfurchtsvoll in Empfang genommen. In Berlin und den Vororten wurden zahlreiche derartige Sitzungen abgehalten. Der Zulauf zu dem Unsinn war ein ganz enormer, zumeist war aber das weibliche Geschlecht vertreten. Das Eintrittsgeld betrug 3 bis 20 M. pro Person. Vom Oktober 1901 bis März 1902 wurden 60 Sitzungen abgehalten, die eine Einnahme von über 3000 M. ergeben haben sollen. Die Polizei war inzwischen auf den Schwindel aufmerksam geworden. Am 1. März 1902 fand wieder eine Sitzung statt. Es sollte die letzte sein. Zu den Zuschauern gehörten drei Ungläubige, der Kriminalkommissar v. Kracht-Berlin, der Kriminalkommissar Leonhard-Schöneberg und der Kriminalagent Bingenheimer. Sie verfolgten den Verlauf der Sitzung mit Aufmerksamkeit. Als der Haupteffekt stattfand und die Grüße der Verstorbenen in Form von Blumen usw. durch das Zimmer flogen, traten die Beamten aus der Reserve heraus und bereiteten der Sitzung ein jähes Ende. Das Medium wurde gepackt und untersucht. In ihrem Unterrock fanden die Beamten noch

153 Blumen, 4 Apfelsinen und 3 Citronen.

Vorher schon hatten die Beamten beobachtet, daß das Medium die Klopftöne mit den Stiefelabsätzen hervorbrachte und daß es mit offenen Augen die Zuschauer aufmerksam musterte, während es sich angeblich im Traumzustande befinden sollte. Mit einer ähnlichen Geschicklichkeit, wie vor Jahren ein dummer Bauernjunge durch Werfen mit Schlukenknochen und andren Gegenständen den „Spuk von Resau“ bewerkstelligte, verstand es die Rothe, die in ihrem Unterrocke verborgenen Gegenstände ungesehen gegen die Decke zu werfen, so daß es auf die befangenen Zuschauer den Eindruck machte, als seien sie plötzlich von der Decke aus durchs Zimmer geflogen. Kriminalkommissar v. Kracht stellte fest, daß eine einem Besucher als Gruß eines Verstorbenen überreichte Kette, die angeblich aus den ägyptischen Königsgräbern stammen sollte, in einem

Berliner Bazar für 50 Pfennig

gekauft worden ist. Ein in gleicher Weise überreichtes sogenannwobenes Notizbuch stammte aus einer Papierhandlung in Chemnitz. Auch der Blumenlieferant der Frau Rothe wurde leicht ermittelt. Die Rothe wurde sofort in Haft genommen. Nach einigen Tagen sollte ihr Impresario Jentsch von demselben Schicksal betroffen werden. Es zeigte sich, daß er das Weite gesucht hatte; er ist nicht ermittelt worden. Die aufgetauchten Zweifel, daß die Rothe unzurechnungsfähig sein könne, haben durch die ärztliche Untersuchung keine Bestätigung gefunden. Sie hat sich nun wegen vollendeten und versuchten Betruges zu verantworten. Die Verhandlung wird im großen Schwurgerichtssaale stattfinden. Die Presse wird zahlreich vertreten sein. Die Eintrittskarten für die Zuhörer sind schon seit Wochen vergeben. Den Vorsitz wird der Geheime Justizrat Landgerichtsdirektor Garz führen, die Anklagebehörde wird vom Staatsanwalt Friedmann vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Dr. Willy Thiele. Es sind sechs Tage für die Verhandlung angesetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Verhältnisse der Milchkutscher von der Meierei Schweizerhof, deren Differenzen mit der Direktion des Betriebes wir am Sonntag berichteten, wird uns vom Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter folgendes mitgeteilt:

Obwohl die Direktion bei der Verhandlung bezüglich der Wiedereinstellung der 5 gemaßregelten Kutscher dem Vertreter des Ver-

bandes gegenüber äußerte, daß den Kutschern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbande nichts in den Weg gelegt würde, und daß die Direktion auch nicht abgeneigt sei, mit einer Kommission der Kutscher und einem Vertreter vom Verbande bezüglich der Mißstände, über welche sich die Kutscher beklagten, zu verhandeln, werden der Organisation doch Schwierigkeiten bereitet. Von einigen Vorgesetzten und einem Teil der Kutscher, welche sich dem Verbande nicht anschließen wollen, wird alles mögliche aufgeboten, um die Versammlungen, welche für die in Frage kommenden Angestellten einberufen und in welchen die Wünsche und Forderungen festgelegt werden sollten, illusorisch zu machen.

So wurde zunächst eine Versammlung, welche am Sonntag vor 8 Tagen bei Peters, Alt-Moabit, stattfinden sollte, dadurch vereitelt, daß man die Einladungszettel auf das Polizeirevier trug. Der Lieutenant des Reviers 64 verbot die Versammlung, weil sie nicht angemeldet sei, trotzdem derselbe darauf hingewiesen wurde, daß es sich um eine Betriebsversammlung handelte und es daher einer Anmeldung nicht bedürfe. Beschwerde ist natürlich eingelegt worden. Auch die später einberufenen Versammlungen wurden durch die indifferenten Kutscher im Bunde mit ihren vorgesetzten Oberkutschern und Kontrolleuren dadurch hintertrieben, daß sie sich in der Nähe des Lokals postierten und aufpaßten, wer von den Organisierten zur Versammlung gehen würde, um sie sofort am nächsten Morgen der Direktion anzeigen zu können.

Daß es der Direktion nicht ernst mit ihrem Versprechen war, geht auch daraus hervor, daß sie zwei entlassenen Kutschern, welche bei einem Konkurrenzunternehmen in Stellung treten wollten, eine Empfehlung dahin lautend gab, daß beide „Hetzer und Aufwiegler" seien, die an der Spitze einer Agitation ständen.

Allem Anschein nach ist die Direktion in großer Besorgnis vor einem Streik, an welchen die Kutscher selbst nicht denken. Es handelt sich hauptsächlich für diese darum, die größten Mißstände im Arbeitsverhältnis zu beseitigen, welche geradezu im schreienden Widerspruch zu den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung stehen. Die Mehrzahl der Kutscher ist organisiert und sind diese sich einig darüber, daß die Direktion ihre Wünsche erfüllt hätte, wenn sich nicht eine Anzahl von indifferenten Kutschern im Betriebe gefunden hätten, welche sich als die guten Kinder hinstellen und mit allem zufrieden sind, auch wenn sie mit Ausdrücken belegt werden, welche geeignet sind, das Ehrgefühl eines Menschen zu verletzen.

Die Kutscher beschlossen daher in einer ihrer letzten Versammlungen, sich an die Arbeiterschaft Berlins zu wenden und diese zu bitten, bei Entnahme von Milch die Kutscher auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen und zwar um so mehr, da besonders die Arbeiter in großen Fabriken sich immer mehr dem Konsum von Milch zuwenden, und daß gerade die Kutscher vom Schweizerhof in den Fabriken ein bedeutendes Absatzgebiet haben.

Achtung, Metallarbeiter! Folgende Werkstätten sind gesperrt: die Gießerei von Eitner für Former und Gießereiarbeiter; die Gießerei von Gradenwitz für Former und Gießereiarbeiter; die Fabrik von Keiser u. Schmidt (Inhaber Dr. Goldschmidt) für Mechaniker, Dreher und Schlosser; die Maschinenfabrik von Göde, Chausseestraße, für Schlosser, Dreher, Schmiede und Modelltischler.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Kupferschmiede in Stettin haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die Wiederherstellung ihrer früheren Löhne. Im Laufe der Zeit haben die Kupferschmiedemeister die vor einigen Jahren festgelegten Lohnbedingungen durchbrochen und nach und nach Lohnkürzungen vorgenommen. In Betracht kommen rund 22 Mann. Sämtliche Stettiner Kupferschmiede gehören ihrer Organisation an.

Wie uns mitgeteilt wird, suchen die Stettiner Meister in Berlin Arbeitswillige zu werben. Es wird deshalb ersucht, jede derartige Werbung abzulehnen und den Zuzug nach Stettin fernzuhalten.

Die Tapezierergehilfen Hamburgs haben, wie schon telegraphisch gemeldet, beschlossen, in einen Streik einzutreten. Es handelt sich um Neuregelung des Lohntarifs. Vor einigen Tagen haben unter Vorsitz des Senatssyndikus Dr. Schäfer Sitzungen zwischen Innung und Gehilfen stattgefunden. Die Meister wollten zugestehen einen Mindestlohn von 27 M. bei 54stündiger Arbeitszeit, für die ersten beiden Gesellenjahre jedoch nur 24,30 M. Mindestlohn, weiter einen Aufschlag von 40 Proz. für Ueberstunden und verlangten eine Festlegung dieses Tarifs auf drei Jahre. Die Gehilfen fordern einen Mindest-Wochenlohn von 28,60 M. bei 52stündiger Arbeitszeit und 50 Proz. Aufschlag für Ueberstunden. Auch wollen die Gehilfen nur in eine zweijährige Festlegung dieses Tarifs willigen. Da sich die Verhandlungen zerschlugen, wurde der Streik erklärt.

Die streikenden Maler und der „rücksichtsvolle" Gastwirt. Die Maler in Königsberg, welche sich bekanntlich zur Zeit im Streik befinden, wollten am Dienstag eine Versammlung in der „Jubiläumshalle" abhalten. Alle Vorbereitungen zur Versammlung waren bereits getroffen, da verweigerte der Wirt im letzten Augenblick „mit Rücksicht auf andre Bevölkerungsklassen" die Hergabe des Saales. Die Malermeister dagegen, die ebenfalls über den Streik verhandelten, erhielten den Saal. Diese rechnet der Gastwirt wahrscheinlich zu denjenigen Bevölkerungsklassen, auf die er Rücksicht zu nehmen hat, und denen zu Liebe er den Arbeitern die Ausübung des Versammlungsrechts glaubt erschweren zu müssen.

Reaktionäre Innungshelden an der Arbeit. Aus Königshütte in Oberschlesien wird uns geschrieben: Als hier im Juni vorigen Jahres vom Verband der Bäcker eine Mitgliedschaft errichtet wurde, gerieten die Häupter der Bäckerinnungen im ganzen Bezirk aus dem Häuschen. Sie sannen sofort auf Maßregeln, um der neugegründeten Arbeiterorganisation das Lebenslicht auszublasen, wobei sie von den Behörden thatkräftig unterstützt wurden. Diese vereinten Bemühungen hatten den Erfolg, daß die Mitgliedschaft des Bäckerverbandes kein Lokal mehr bekam, um Versammlungen abzuhalten. In Zusammenkünften bei einzelnen Mitgliedern mußten die gemeinsamen Angelegenheiten erledigt werden. Die Unterdrückungsmaßregeln der Zünftler und Behörden erreichten jedoch das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollten. Die Organisation der Bäcker nahm zu und ihre Agitation erstreckte sich auf die weiteste Umgebung von Königshütte. Erschreckt durch diesen Erfolg, geht nun die Bäcker-Innung in Kattowitz auf ihre Weise gegen die verhaßte Arbeiter-Organisation vor. In verschiedenen oberschlesischen Blättern erschien unter der Ueberschrift: „Die socialdemokratischen Hetzapostel an der Arbeit" ein Artikel, der die Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisation in den schwärzesten Farben malt, und die Meister auffordert, „mit vereinten Kräften und Waffen gegen die Maulwurfsarbeit der Hamburger Genossen vorzugehen". Eine Versammlung aller Innungsvorstände des oberschesischen Industriebezirks ist zum 18. d. M. nach Kattowitz einberufen. Daselbst sollen jedenfalls die Waffen gegen die „Maulwurfsarbeit" geschmiedet werden. — Die Organisation der Arbeiter wird auch gegen diese Waffen die erforderlichen Abwehrmittel zu finden wissen und die reaktionären Unterdrückungsmaßregeln der Bäckermeister zu Schanden machen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mainz, die am Montag stattfand, erhielten die Arbeitnehmer 3131 Stimmen gegen 2834 bei der vorigen Wahl. Von den Arbeitgebern wurden 150 Stimmen abgegeben, gegen 142 bei der letzten Wahl. Auf die Kandidaten des Mainzer Gewerkschaftskartells entfielen 2649 Stimmen (1901: 2374); die „vereinigten christlichen Gewerkschaften" erzielten 485 Stimmen (1901: 457). Das Gewerkschaftskartell hat somit einen Stimmenzuwachs von 275, die vereinigten christlichen Arbeiter einen solchen von nur 28 Stimmen zu verzeichnen.

Das Gewerkschaftskartell für Krimmitschau hat am 1. Februar eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen, die sich auch auf die benachbarten kleinen Ortschaften erstreckte. Arbeitslos waren 441, verkürzt gearbeitet haben 159 und verlängert gearbeitet haben 12 männliche Personen. Davon waren 241 organisiert. Die Kinderzahl der Arbeitslosen betrug 886, während die Arbeitslosigkeit 3758 Wochen sowie 18 einzelne Tage betragen hat. Außerdem waren auf der Herberge 16 Arbeitslose anwesend. Die Mehrzahl der Arbeitslosen waren im Alter von 40 bis 50 Jahren.

Der Jahresbericht des Kölner Gewerkschaftskartells verzeichnet ein erhebliches Wachstum der dortigen Gewerkschaften. Es bestehen in Köln 37 Zahlstellen von Centralverbänden. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 1978 im Jahre 1897 auf 2438 in 1898, 3176 in 1899, 2927 in 1900, 3442 in 1901 und 5800 im Jahre 1902. An dem Aufschwung sind besonders beteiligt: Bau- und Erdarbeiter 1900: 170, 1901: 172, 1902: 800; Buchdrucker: 1900: 103, 1901: 118, 1902: 298; Handels- und Transportarbeiter 1900: 36, 1901: 75, 1902: 140; Holzarbeiter: 1900: 554, 1901: 524, 1902: 664; Maler und Anstreicher: 1900: 114, 1901: 129, 1902: 176; Maschinisten und Heizer: 1900: 16, 1901: 58, 1902: 109; Maurer: 1900: 184, 1901: 328, 1902: 913; Metallarbeiter: 1900: 281, 1901: 630, 1902: 1012. Dagegen ist die Zahlstelle des Bäckerverbandes, die von 42 Mitgliedern im Jahre 1899 auf 9 im Jahre 1901 herabging, eingegangen. Im Vorort Köln-Ehrenfeld stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 337 im Vorjahre auf 550; in Mülheim von 295 in 1900 auf 710 in 1901 und 933 Ende 1902. Ein noch ungewöhnlicheres Wachstum verzeichnen die Gewerkschaften in Koblenz, wo es 1068 Organisierte giebt.

Die Gewerkschaften in Nürnberg haben sich im vergangenen Jahre — wie der Bericht des Arbeitersekretariats konstatiert — trotz der verschärften Krise ziemlich auf dem Stande, den sie im Jahre 1901 einnahmen, erhalten. Im allgemeinen ist ein kleiner Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Einzelne Gewerkschaften haben nicht unerhebliche Verluste, andre dagegen einen nennenswerten Zuwachs an Mitgliedern erfahren. Für einige Berufe wurden im Berichtsjahre neue Zahlstellen errichtet. In der Hauptsache mußten sich die Gewerkschaften darauf beschränken, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren, jedoch ist auch das nicht in allen Berufen gelungen. — Dem Nürnberger Gewerkschaftskartell sind 50 Organisationen angeschlossen. Dieselben hatten zusammen am 1. Januar 1902 11 056 männliche und 1120 weibliche, am Schluß des Jahres 10 882 männliche und 1049 weibliche Mitglieder. — 34 Organisationen gaben für Reise-Unterstützung insgesamt 19 616 M. aus, 36 Berufe zahlten für Arbeitslosen-Unterstützung zusammen 42 112 M., für Kranken-Unterstützung wandten 19 Organisationen zusammen 11 523 M. auf und für Streik-Unterstützung wurden von 18 Berufen insgesamt 16 931 M. ausgegeben.

Ausland.

Der Straßenbahnarbeiter-Streik bei der Firma Siemens u. Halske in Helsingborg ist zu Gunsten der Arbeiter durch einen Vergleich beendet worden. Der Stundenlohn wurde auf 30 Oere festgesetzt, während er früher nur 27 Oere betrug.

Lohnbewegung in Bergen (Norwegen). Auf sämtlichen Schiffswerften und mechanischen Werkstätten in Bergen haben die Arbeiter ihre Kündigung eingereicht, weil die Unternehmer ihre Forderung auf Erhöhung der Stundenlöhne um 2—3 Oere abgelehnt haben.

Der Granithauerstreik in Kopenhagen, der seit April vorigen Jahres dauerte, ist jetzt endlich durch einen Tarifvertrag mit den Unternehmern beendet worden. Die Arbeit wurde am 18. März wieder aufgenommen. Die Unternehmer haben jedoch erklärt, daß sie nicht im stande seien, alle Streikenden zur Zeit wieder einzustellen. Aus diesem Grunde wird auch jetzt noch vor Zuzug von Granithauern nach Kopenhagen gewarnt. —

Aus der Frauenbewegung.

Dem Verein der gewerblich thätigen Frauen in Rixdorf waren kürzlich auf Anordnung des Untersuchungsrichters eine ganze Menge Vereinsutensilien beschlagnahmt worden, die als Beweis dafür dienen sollten, daß der Verein Politik getrieben habe. Jetzt sind die beschlagnahmten Gegenstände bis auf das Kassenbuch nebst Mitgliederverzeichnis wieder herausgegeben worden. Die Zeugenvernehmungen dauern aber noch fort.

Versammlungen.

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin). Eine von ca. 4500 Personen besuchte außerordentliche Generalversammlung tagte am Dienstag im Lokal „Neue Welt", Hasenheide. Ueber die Stellungnahme zum 1. Mai sprach der Vorsitzende Cohen einige einleitende Worte, worauf die Versammlung ohne Debatte folgender bereits im Vorjahre gefaßten Resolution zustimmte:

1. In allen Betrieben, wo drei Fünftel der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch je eine Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entscheidet sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens 10 Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben. 2. Eine Beschlußfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden. 3. Aussperrungen und Maßregeln wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsrerseits beantwortet werden. 4. Bei Aussperrungen oder Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai erhalten die davon betroffenen Mitglieder der Verwaltungsstelle Maßregelungs-Unterstützung gemäß § 3 des Ortsstatuts.

Des weiteren wurde beschlossen, auch in diesem Jahre Maimarken herauszugeben, deren Ertrag den Gemaßregelten zu gute kommt.

Sodann entspann sich eine rege, ausgedehnte Debatte über die zum Verbandstage zu stellenden Anträge, von denen eine größere Anzahl eingelaufen war. Zur Annahme gelangten: 1. ein Antrag Wiesenthal: auf die Tagesordnung des diesjährigen Verbandstages anstelle des Punkt 4) der über Tarifverträge und Tarifgemeinschaften handelt, zu setzen: „Unsre Taktik bei Streiks." Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis auf die zu erwartenden Lohnkämpfe in der Eisen- und Metallindustrie und die bisher vielfach mangelhafte Streiktaktik in den verschiedenen Gauen; 2. ein von Roesle, Diesner und Weitzel eingebrachter Antrag betreffend die bessere Ausgestaltung der Arbeitslosen-Unterstützung und die damit notwendigerweise verbundene Erhöhung der Beiträge. Demnach ist der in Betracht kommende Passus in § 4 des Statuts folgendermaßen gedacht: Der wöchentliche Beitrag beträgt für männliche Mitglieder 40 Pf.; für weibliche 15 Pf. (bisher 30 respektive 10 Pf.) — § 7 Absatz 2 würde alsdann folgende Fassung erhalten: Die Ortsunterstützung wird in 52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 60 Tage (bisher 42) gewährt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	Männliche Mitglieder pro Tag Mark	Männliche Mitglieder pro Woche Mark	Weibliche Mitglieder pro Tag Mark	Weibliche Mitglieder pro Woche Mark
52 Wochen	1,30	7,80	0,65	3,90
104 „	1,50	9,—	0,73	4,40
156 „	1,65	9,90	0,82	4,90
208 „	1,80	10,80	0,90	5,40
260 „	2,—	12,—	0,98	5,90

Bislang beträgt der Mindestsatz für männliche Mitglieder 1 M., für weibliche 50 Pf., und der Höchstsatz 1,70 M. resp. 83 Pf. Dementsprechend würden sich auch die im Absatz 3 festgelegten Mindestsätze von 42 resp. 21 M. auf 78 resp. 39 M. und die Höchstsätze von 70 resp. 35 M. auf 120 resp. 59 M. erhöhen.

3. Ein Antrag Piechel: Die Generalversammlung wolle beschließen, dem § 27 Absatz 2 folgende Fassung zu geben:

Der Vorstand ist berechtigt, Arbeiter, welche bereits einer Organisation angehören usw., auch den Kollegen, die Mitglied der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft sind, zu gewähren.

Dieser Antrag ist von dem Gedanken getragen, den Mitgliedern der Gewerkschaft ein Entgegenkommen zu zeigen und denselben bei einem eventuellen Uebertritt zum Verbande sofort die Rechte ordentlicher Mitglieder einzuräumen. — Vorstehende Anträge werden dem Hauptvorstande nunmehr als Anträge der Verwaltungsstelle Berlin übermittelt. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Beratung der übrigen noch vorliegenden Anträge bis zur nächsten General-Versammlung vertagt.

Die Vergolder hielten am 15. März in den „Arminhallen" eine gutbesuchte Filial-Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden dazu ermuntert hatte, sich möglichst bei den Wahlarbeiten der Partei zur Verfügung zu stellen, sprach man über die systematischen Preisdrückereien! Otto stellte fest, daß manche Fabrikanten sich ihren Arbeitern gegenüber darauf beriefen, daß die Firma August Werkmeister sie in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfolgreich bedränge, weil die Kollegen dort bestimmte Leisten billiger machten. Das dürfte nicht sein, die Arbeiter müßten auf eine Einheitlichkeit der Preise hinwirken. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der verschiedene Redner sich im Sinne Ottos äußerten, während einige Kollegen von August Werkmeister betonten, daß dieser Fabrikant dasselbe Klagelied anstimme, wie die andren Fabrikanten. Das machten sie alle, man könnte darauf nichts geben. Alle Redner waren sich darin einig, daß eine Einheitlichkeit der Preise, die jeder für wünschenswert hält, sich nur erzielen lasse, wenn eine besondere Kommission mit der Kontrolle und Festsetzung der Accordpreise betraut werde. Es wurde die Schaffung einer solchen Kommission beschlossen, die sich aus Delegierten der Arbeiter der namentlich in Betracht kommenden Werkstellen zusammensetzen soll. Die Wahlen sind in Werkstatt-Versammlungen vorzunehmen.

Zur Frage der Maifeier beschloß die Versammlung, wie bisher auch diesmal den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Dann wurde die in der letzten Versammlung abgebrochene Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung des Verbandes fortgesetzt. Die Versammlung erklärte sich gegen den Antrag Schnorre, den Posten des Verbandsvorsitzenden mit dem des Hauptkassierers zu verbinden.

Verband der Brauerei-Arbeiter, Sektion I. In der Versammlung vom 15. d. Mts. hielt Davidsohn einen interessanten Vortrag über „Die englische Revolution", wofür ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. In der Frage des § 18, Abs. II des Verbandsstatuts in Bezug auf die Vereinbarung (§ 616 des Bürgerl. Gesetzb.) nahm die Versammlung den Standpunkt ein: Der Hauptvorstand im Verein mit dem Verbandsausschuß möge den Absatz II des § 18 (Verbandsstatut) bis zum nächsten Verbandstage außer Kraft setzen. Tröger erläuterte noch die Zahlungsweise der Entschädigungen (§ 616). Danach beginnt der Tag der Entschädigung, an dem der Kranke vom Arzt arbeitsunfähig geschrieben ist. Die Woche rechnet zu 6 Tagen. Vice haben über ihre 14 Tage hinaus keine Ansprüche. Bezüglich ungerechter Entlassungen soll dem Einigungsamt freie Hand gelassen werden. Die Praxis solle erst lehren, wie sich die Institution bewährt.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger sowie Brettschneider wählte in seiner letzten Versammlung Grüger als Mitglied der Lohnkommission. Ferner wurde beschlossen, daß der 1. Mai in derselben Weise wie im vorigen Jahre gefeiert werden soll und wurde eine rege Beteiligung der Kollegen gewünscht.

Von dem Denkspruch des Meisters Menschel, der im Versammlungsteil der gestrigen Nummer enthalten ist, hat der Druckfehlerteufel die erste Zeile unterschlagen, wodurch der Sinn des Verses verloren geht. Der Denkspruch lautet vollständig: Weß Brot man ißt, deß Lied man singt — Wie lächerlich das heut doch klingt — Wo jeder Knirps die Nase rümpft — Und über seinen Brotherrn schimpft.

Steglitz. Als Einleitung zur Agitation für die diesjährige Reichstagswahl hatte der socialdemokratische Wahlverein zum Montagabend eine Volksversammlung nach dem „Gambrinus" einberufen. In überfülltem Saale sprach Genosse Zubeil; in zweistündiger, mit Beifall aufgenommenen Rede entrollte er das ganze Sündenregister unsrer Reichsregierung und der Reichstags-Mehrheit. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, Männer sowohl wie Frauen, in dem bevorstehenden schweren Wahlkampf gegen die Reaktion unermüdlich thätig zu sein, um den Kreis gleich im ersten Wahlgang für die Socialdemokratie zu erringen, schloß der Redner seinen wirkungsvollen Vortrag. Nach kurzer Diskussion und der Aufforderung des Vorsitzenden, in den Wahlverein einzutreten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung erklärt nach den Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Zubeil, daß es für die gesamte erwerbsthätige Bevölkerung nicht mehr zweifelhaft sein kann, für welche Partei sie bei den diesjährigen Reichstagswahlen ihre Stimmen abzugeben hat. Die Versammelten erachten es deshalb für ihre Pflicht, mit allen Kräften dahin zu streben, bei der diesjährigen Reichstagswahl dem Kandidaten der Arbeiter, dem Abgeordneten Zubeil, gleich im ersten Wahlgange zu einem glänzenden Siege zu verhelfen und damit den Brotwucherer die einzig richtige Antwort zu geben.

Birkenwerder. Am 15. d. M. fand hier im Paradiesgarten eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Waldeck Manasse einen Vortrag hielt über das Thema: „Volksfreunde und Volksfeinde." Seine Ausführungen fanden bei den zum Teil auch aus den umliegenden Dörfern erschienenen Besuchern lebhaften Beifall. In der Diskussion ermahnte Genosse Reske zum Lesen der Parteipresse, sowie zum Eintritt in die politische Organisation, was zur Folge hatte, daß sich mehrere der Anwesenden in den Wahlverein für Weißensee und Umgegend aufnehmen ließen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Hütte". Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Wallisch) ist soeben das 24. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Polenz. Schluß. — März-Träumerei. Von Wilhelm Bölsche. — Lütt Jan. Gedicht von Otto Ernst. — Moderne illustrierte Jugendbücher. Von ms. — Aus einem japanischen Tagebuche. Von E. Otten. — Hasel. Altes Volkslied. — Die Anemonen. Von Karl Ewald. — Wilhelm Bölsche. Von Franz Diederich. — „Franzosen sind auch Menschen". Von Ernst Almslos. — Thomas More als Humanist und Kommunist. Von Gustav Jaeckh. — Kunstbeilage: Hans Holbein d. J.: Thomas Morus.

Von der Märznummer des **„Süddeutschen Postillon"** ist das grelle, schreiende Rot früherer Jahre verschwunden. Sie ist auf dem gewöhnlichen gelblich-weißen Papier hergestellt und bringt auf dem Titelblatte ein blutiges Bild mit Beil und Messer: „Man sagt, er wollte sterben", das Mittelbild zeigt uns den Kapitalismus in seiner ganzen Abscheulichkeit und abschreckenden Wirkung, zum Schlusse tritt Ferdinand der Bulgarenfürst auch noch an die Arbeit und „will dem Kinde nur den Kopf abhauen!" Von den Gedichten seien genannt: Am 18. März. — Am Grabe Liebknechts von Otto Krille. — Totenfeier. — Kulturkampf-Reveille. — Ein unbekannter Mann. — Truppen-Uebungsplatz von Lieutenant von Schneidewitz. — Eheirrungen von Thella v. W.

Pariser Weltausstellung 1900.
Von der Internationalen Jury wurden den
Singer-Nähmaschinen
der
GRAND PRIX
der **höchste Preis** der Ausstellung zuerkannt.
Die Nähmaschinen der **Singer Co.** für den Familiengebrauch, Kunststickerei sowie industrielle Zwecke jeder Art verdanken ihren Weltruf der mustergültigen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnen.
Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunststickerei.
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5172*
ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
Goldene Medaille der Handwerkerkammer Dortmund 1902.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 19. März.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Bajazzi. (Pagliacci.) — Cavalleria rusticana. (Bauernehre.)
Schauspielhaus. König Heinrich der Fünfte.
Deutsches. Der Schleier der Beatrice
Berliner. Viel Lärm um nichts.
Lessing. Der blinde Passagier.
Neues. Die Kreuzelschreiber.
Residenz. Lutti. (Loute.)
Westen. Der Postillon von Lonjumeau.
Central. Gräfin Pepi.
Thalia. Der Camelienonkel.
Belle-Alliance. Er. Die Dame aus Trouville.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Don Gil.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Der Meister von Palmyra.
Carl Weiß. Der Liebe Gebot.
Buntes. Logenbrüder.
Luisen. Lumpacivagabundus.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Notbrücke.
Casino. Berliner Herzen. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Apollo. Frau Luna.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Palast. Die Gräfin von der Nadel. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Das Land Tirol.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Luisen-Theater.

Lumpacivagabundus
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Zum 1. Mal: Der Raub der Sabinerinnen.
Sonnabend: Der Fall Clémenceau.
Sonntag 3 Uhr: Lumpacivagabundus.
8 Uhr: Preciosa.
Montag: Preciosa.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7½ Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Veber.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Seine Kammerzofe.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Straße 132.
Anfang 8 Uhr.
Der Liebe Gebot.
Schauspiel in 5 Akten nach ihrem gleichnamigen Roman von Elsbeth Borchert und Ernst Ritterfeld.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.

Trianon-Theater.

Georgenstraße,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grésac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebesschaukel.

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Letzte Woche:
Die Gräfin von der Nadel.
Lebensbild mit Gesang v. Jacobsohn.
Das Elite-März-Programm.
Mary Elly. Hermann Norden.
The Stoudtons.
Sonnabend: Gr. Frühlingsfest
nach der Vorstellung: Freitanz.
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3, Wochent. 5,
Ende 11 Uhr.
Anf. Abendvorstellung 8 Uhr.
Boxkampf
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis.
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin zerbricht sich noch immer den Kopf über AGA die schwebende Jungfrau.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

Central-Theater

Täglich Gastspiel
der Wiener Operetten-Gesellschaft.
Abends 7½ Uhr:
Gräfin Pepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Schöne von New York.
Abends 7½ Uhr: Gräfin Pepi.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7½ Uhr.
Der Camelien-Onkel.
Posse mit Gesang u. Tanz in 3 Akten von L. Leipziger.
Morgen und folgende Tage: Der Camelienonkel.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Veilchenfresser. — In Vorbereitung: Der Posaunen-Engel. Posse mit Gesang und Tanz.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid Frid, Flora Siding, Wini Grabitz.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.

Heute und morgen geschlossen.
Sonnabend zum 1. Male 7½ Uhr:
mit vollständig neuer Ausstattung
„Pick und Pocket".
Schwank mit Gesang und Tanz in drei Akten.

Apollo-Theater.

Heute: **Frau Luna.**
Um 9½ Uhr: Die glänzend. Specialit. Novellos. 4 Garganis. Rob. Steidl.
Cake-Walk { 1. im Salon 2. in Amerika 3. in der Hölle
Die 5 Barfusstänzerinnen.
Freitag: Nakiris Hochzeit.
Sonnabend und Sonntag: Die schöne Galathée.
Sontagnachmittag: Lysistrata.

Wintergarten

Vollständig
Neues Programm:
Humberty, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
She, die 4 Elemente.
Littke Carlsen, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sidy Nirvana, Lebende Bilder.
Circling the Circle.
Annie Dirkens, Operetten-Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser Soubrette.
Neues Ballett-Divertissement,
„Das Fest des Lucullus"
in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph".

Cirkus Schumann

Donnerstag, den 19. März 1903,
abends 7½ Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Nur die hervorragendsten
Sport-Nummern.
Neuester Sport-
Doppel-Jonglier-Akt
zu Pferde, von
Geschw. Hodgini.
Neuester Draht-Sport-Akt
von Geschwist. Jungmann
sowie die beliebte Pantomime
Die lustigen
Heidelberger.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser
Bock-Truhel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambrinus mit Gefolge.

Buntes Theater.

Logenbrüder.
Sonnabend, 21. März:
Subskriptions-Redoute
(Alt-Heidelberg).

Casino-Theater

Lothringerstr. 37.
9½ Uhr:
Berliner Herzen.
Auftreten sämtlicher Specialitäten.
Anfang Sonnt. 7½, Wochent. 8 Uhr.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Lenore, die Gradesbraut. Dazu Auftreten sämtl. Specialitäten.

Bernhard Rose-Theater-Ensemble

Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 19. März:
Die schöne Ungarin.
Gr. Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt und A. Weller.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Jongleur.
Freitag: Berlin, wie es weint und lacht. Sonnabend: Der Dornenweg.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.

Sanssouci.

Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanz-Kränzchen.
Neu!
Stoß' Dir bloß nich'n Kopp an die Hochbahn.
Säle zu Festlichkeiten.

Steidl-Theater

Linienstraße 132. Oranienburger Thor.
Novität! Bomben-Erfolg!
Das Beste was die
Steidl-Sänger
bisher geboten! Das Steidlsche Lebensbild
Wasserratten.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pfg. (Vorverkauf 40).
Sperrsitz 1,00. Loge 1,50.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten-Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
März-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz.-Buchholz.
Heute: Bockbierfest.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Reste

spottbillig für elegante Herrenanzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Roßstr. 2.

Möbel,

bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
empfiehlt 8422*
Otto Piehl, Brunnenstr. 120.
Teilzahlung gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Komödie in 4 Akten, nach den Motiven des Tirso de Molina von Fr. Adler.
Freitagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Don Gil.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Aufz. v. Fr. Schiller.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wohlthätige Frauen.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. März cr., nachmittags 2½ Uhr:

Metropol-Theater.
5./6. Abteilung.
Helden.
Von Bernhard Shaw.

Lessing-Theater.
12./13. Abteilung.
Dämmerung.
Von Ernst Rosmer.

Die vertagte Vorstellung der 1./2. Abteilung findet am 13. April (2. Osterfeiertag) statt.
228/12 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Protest

an Seine Excellenz Minister von Rheinbaben
in Sachen der Siebengebirgs-Lotterie.

Bei der Siebengebirgs-Lotterie sind die Nummern **271 001 bis 272 500 ohne Treffer geblieben.** Es ist **fast anzunehmen,** daß dies nur dadurch gekommen, daß 1500 Nummern nicht eingeschüttet worden. (Siehe „Kölnische Zeitung" vom 16. März.)

Um eine genaue Untersuchung herbeizuführen, wird Unterzeichneter eine detaillierte Eingabe an den Minister ausarbeiten und bittet alle diejenigen, die durch ihre Unterschrift diese Eingabe unterstützen und eine neue Ziehung herbeiführen wollen, **genaue Adresse und Loosnummer** dem Unterzeichneten baldigst einzusenden und als Beitrag zu den Kosten, die durch Inserate und Eingabe entstehen, eine 10 Pfennig-Marke beizufügen. 8912*

Peter Bauer, Rechtskonsulent und Auskunfts-Bureau, Frankfurt a. M., X. Fahrgasse 115.

!!!! Alle Briefe in dieser Angelegenheit müssen auf dem Couvert den Vermerk „betr. Siebengebirg" tragen.

Institute für elektromagnetische Therapie

System Trüb

Berlin W., Bülowstrasse 20	Berlin N., Oranienburgerstr. 14
Hochbahn Bülowstrasse	Stadtbahn Börse
Tel. VI. 4476.	Tel. VII. 4636.
Anstaltsarzt Dr. James Loewy.	Anstaltsarzt Dr. Hugo Neumann.

Täglich geöffnet von 9–5 Uhr. Sprechst. d. Anstaltsärzte v. 12–2.

Behandlung von
Nervenkrankheiten u. Rheumatismen
mittels elektromagnetischer Strahlung, besonders:
Neuralgien, Jschias, Schreibkrampf, Migräne, Schlaflosigkeit, Neurasthenie, Rheumatismus, chronische Schmerzzustände etc.
Prospekte gratis und franco. 67/1*

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer — Stralauerstr. 1.

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstll. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Achtung, Vortrag! 2981b
Freitag, d. 20. März, abds. 8½ Uhr, im Fürstenhof, Köpnickerstr. 137. Referent: H. Müller, Besitzer der Kuranstalt Gr. Frankfurterstr. 87, spricht über Entstehung, Verhütung und Heilung der akuten wie chron. Gonorrhoe, der Lues ꝛc., im weiteren die Quecksilberkuren u. ihre Gefahr d. Volksgesundheit — ist überhaupt Quecksilber ein Heilmittel? Aufklärung verhütet viel Unheil. — Nur Hrn. hab. Zutr. Eintr. frei.

Roh-Tabak 2302*
Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Elegante Costümröcke

in ganz Wolle; in neuen Fassons;
vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten und Längen stets in grosser Auswahl vorrätig 3.50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
in Damast u. Merveilleux . . . . . 25 Mk.
Blusen in den neuesten Fantasiestreifen . . . . . 1.50 Mk., 2.50 Mk.
Seidenblusen, entzückende Streifen- u. Fantasiemuster, elegante Fassons . . . . . 5.50, 7.50, 10 Mk.
Eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Kleider 20, 25 Mk.
Frühjahrs-Costüme in Sacco- u. Blusenform in mittelfarbigen neuen Noppé-Stoffen . . . . 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Frühjahrs-Saccojacketts u. Paletots in den neuesten Modellen . . . . 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Maassanfertigung.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis

Nachruf.
Am 12. d. M. verschied unser altes Mitglied, der Cigarrenmacher
Hermann Ernst
Swinemünderstr. 108, im Alter von 70 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
216/19 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feilenhauer
Karl Schülke
am 16. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 2½ Uhr, vom Hause Kastanienallee 42 nach dem Zions-Kirchhof Nieder-Schönhausen statt.
Rege Beteiligung erwartet
113/12 Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Maurer Berlins u. Umg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Hermann Muchow
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause Moabit, Birkenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
129/7 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Sortierer und gewerbl. Hilfsarbeiter zu Berlin.

General-Versammlung
am Freitag, den 27. März,
abends 8½ Uhr,
im Café Hempel, Rosenthalerstr. 11/12.
Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des Jahresberichts. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes an Stelle des zum Bureau-Arbeiter gewählten Mitgliedes. 3. Bericht vom Krankenkassen-Kongreß. 4. Verschiedenes. 2990b
Der Vorstand.

Seidenstoffe

Weltbekannt
ist unsre 839L*
Schwarze
Reinseidene Robe
in glatt und gemustert.
10 Meter Mark 25,00.
Seidenhaus
Pauldrach & Ott,
II. Geschäft: Oranienstr. 153.
I. „ Rosenthalerstr. 20-21.
Man verlange Proben.

Neueste Erfindung.

Kopierpresse, Tisch und Buch nebst Register 16 Mark franko, Nachnahme u. Garantie, Eiche oder Nußb. imitiert.
Vertreter gesucht. 67/7
Standfuss, Dresden-N. 22.
Herbststr. 1. Patentinhaber.

Elixir Suédois

Schwedischer Magenbitter
nur aus edlen Kräut., u. ein. 200 J. alten Vorschr. hergestellt. Schützt vor Influenza und tägl. genomm., vor sonstigen Krankh., bef. Verdauung, macht gesunde Gesichtsfarbe bis ins hohe Alter. 2925b
Arm und reich trinkt Elixir Suédois, d. Wohlth. erkennen Sie bald.
Preis 1 Mark.
Vert. Friedrichstrasse 245, II.

Gross-Fischerei-Export-Artikel.

Neueste, wahre, billigste Preise.
Per Nachnahme.
Feinste Salzfettheringe ½ Faß, 100 St. 10 M., ½ Faß, 200, 5 M.; schöner Fisch, größerer zu empf., 300 St. 11 M., 150 St. 5½ M.; zarter Fisch. ½ Faß.
Vollhering, Milch und Rogen, groß. ½ Faß 11 M., ½ Faß 5½ M.
8 Liter-Dose Bratheringe 3½ M.
Per Post überall franco hin.
4 Liter-Dose, 100 St. Delikateßher., Bismarckher. 3 u. 3½ M., 70 Bratheringe 2½ u. 3 M., bis 100 Rollmopse 3 u. 3½ M.
Salzheringe, 70 St., zart, 2.70, größere, 60 St., 3 M., große Vollheringe 3 M.
Kiste Gold-Bücklinge, fein, 120 St., 3 M., gr. Voll- u. Fett-Bücklinge 3½ M. 2932*
Kiste Sprotten 2½, 2 Kisten 4½ M.
W. Schwandt, Swinemünde.
Räucherei, Brat- u. Marin.-Anst.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16/17 Ecke Leipziger Strasse | **Belle Alliance-Strasse 1/2** Am Blücherplatz | **Grosse Frankfurter Strasse 113** Ecke Andreas-Strasse

Besonders preiswertes Angebot!

Donnerstag, den 19. bis Sonnabend, den 21. März soweit der Vorrat reicht:

Ein Posten
Blusen-Kostüme
modernste Stoffe und Façons **9.75, 12.75**

Ein Posten
Damen-Paletots
kurzes Façon, grau meliert mit karrierter Innenseite, geschmackvoll garniert **6.95**

Ein Posten
Kostüm-Röcke
neueste Stoffe und Façons
2.85, 3.75, 5.75, 8.50

Ein Posten
Frühjahrs-Blusen
neue moderne Streifen **1.85, 2.45**

Ein Posten
Sacco-Kostüme
ganz auf Futter, moderne Stoffe und Façons **13.50, 16.50**

Ein Posten
Damen-Paletots
langes Façon, grau-meliert, elegant garniert **12.75**

Ein Posten
Damen-Paletots
schwarz, kurzes Façon, gefüttert, mit geschmackvoller Garnierung **7.25, 9.75**

Ein Posten
Unterröcke
in vielen Farben mit gebranntem, hübsch gemustertem Volant **1.85**

Ein Posten **Golf-Capes** neueste Stoffe und Façons **7.25, 8.75**

Kostüm-Rock „Roland“ grau meliert, ganz auf Futter mit Besenborde und eleganter Garnitur **4.85 M.**

Kinderkleidchen „Victoria“
Cheviot, marine oder rot, ganz gefüttert, mit Atlasbändchen garniert.

Länge ca.	48	50	56	62	68 cm
Mark	2.30	2.65	3.15	3.65	4.15

Die Nordseestürme sind vorüber, und die demzufolge reichlicher ausfallenden Fänge gestatten uns, zu nachstehenden billigen Preisen zu offerieren;

Cabliau ohne Kopf, im Anschnitt Pfd. **30** Pf. in der Grösse von 2—4 Pfd. à Pfd. **25** Pf.

Schellfisch in allen Grössen Pfd. **20—35** Pf.

Austernfisch sehr fein Pfund **30—40** Pf.

Seelachs	Pfd. **30—35** Pf.	**Adlerlachs**	Pfd. **40—50** Pf.
Grosse Schollen (Goldbutt)	Pfd. **45—50** „	**Seekarpfen**	„ **45—50** „
Bratflundern	„ **30—25** „	**Seehecht**	„ **38—45** „
Knurrhahn	„ **25—30** „	**Seeforellen**	„ **70—75** „
Rotzungen	„ **40—45** „	**Rougets**	„ **45—50** „

Lebende Karpfen u. Schleie, Seezungen, Heilbutt, Steinbutt ebenfalls billig.

Reichhaltiges Kochbuch erhält jeder Käufer gratis

Für die Fasten-Zeit

Kostproben auf Wunsch gratis

Delicatess-Fischsülze
Pfund **50** Pf. (ausserordentlich billig).

Delicatess-Seeaal
in Aspic, sehr fein, in Dosen zu 8 Pfd. **3,75** M., 4 Pfd. **2** M., ausgewogen **60** Pf.

Fisch-Cotelettes in Dosen 17 Pfd. à M. 3,50, 8 Pfd. 2 M., 4 Pfd. 1,25 und ca. 1½ Pfd. 50 Pf.

Bratschellfische, gebraten und mariniert, in Blechdosen zu 17 Pfd. 3,75, 8 Pfd. 2,25, 4 Pfd. 1,30 und ca. 1½ Pfd. 50 Pf.

Diverse frisch geräucherte Seefische.

Täglich frische Zufuhr von **Silberlachs, Zander, lebenden Hummern, Ia Holländer und Helgoländer Austern, Seemuscheln etc. — Billigste Tagespreise.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
Gen.-Bevollm.: Johs. Skorczyk.

Hauptfiliale: **Bahnhof Börse,** Bogen 9—10.
II. Lüneburgerstr. (Ecke Paulst.) Stadtbahnbögen 388/89. | **III. Prinzenstr. 80** am Moritzplatz. | **IV. Madaistr. 22** im Schlesisch. Bhf.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leid, in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lokales.

Die Ehrung der März-Gefallenen.

Als vor nunmehr fünfundfünfzig Jahren die Opfer des Freiheitskampfes im Friedrichshain zur Ruhe gebettet wurden, folgte ganz Berlin der Bahre. Bürgermeister und Magistrat, der Rektor der Universität in Amtstracht samt seinen Kollegen, darunter Koryphäen der Wissenschaft, wie Alexander v. Humboldt, gaben dem langen Zug der Särge voll Ehrerbietung das Geleite, und die Berliner Presse feierte die Gefallenen ebenso schwungvoll als Helden wie die Magistratserlasse, die ihnen den höchsten Preis nationaler Tugend zuerkannten. Daß der König vor den Toten den Hut gezogen hatte, sei nur nebenbei erwähnt.

Wenn sich heute der nationale Ehrentag jährt, belebt sich auch der idyllisch stille Winkel, in dem die Märtyrer der Freiheit ruhen. Aber keine prunkende Amtstracht zieht die Blicke des Besuchers von dem Kranzschmuck ab, der die schlichten Gedenktafeln mit dunklem Grün und leuchtendem Rot bedeckt. Die Bourgeoisie hat ihre Freiheitskämpfer vergessen. Kaum daß sich zwischen dem proletarischen Rot ein paar schwarzrotgoldene Kranzschleifen verstecken, Spenden jener mehr und mehr im Aussterben begriffenen kleinbürgerlichen Demokratie, die in ein paar Bezirksvereinen ein dürftiges Dasein fristet. Wohl aber bewegt sich alljährlich vom frühesten Morgen an ein ununterbrochener Zug von Proletariern und Proletarierinnen zwischen den Gräbern entlang, die sich mit pietätvollem Stolze an der Unzahl der Kränze erfreuen, die ihre Klassengenossen mit ihnen an dieser geweihten Stelle niedergelegt haben. Peinlich nur fällt es jedem auf, der an diesem Tage zum erstenmal die Grabstätte besucht, daß nicht nur eine Anzahl Uniformierter den Zugang zu dem Friedhofe säumen, sondern daß auch über den Gräbern selbst die Pickelhauben funkeln. Als ob die Pietät der Besucher nicht selbst ausreichen würde, selbst bei dem größten Andrang feierlichste Ordnung zu wahren! Oder sollen die auf dem Friedhofe postierten Schutzleute dafür sorgen, daß nicht irgend eine Schleife an einen Kranz geheftet wird, die nicht die Censur des vor der Eingangspforte getreu seines Amtes waltenden Polizeilieutenants passiert hat?

Diese Censur an den Kranzwidmungen ist wohl so ziemlich das Sonderbarste, was preußischer Polizeigeist jemals verübt hat. Selbst in Oestreich dürfen unsre Genossen auf dem Friedhof der März-Gefallenen Gedenkfeiern veranstalten und Reden halten. In Berlin jedoch dürfen nicht einmal Widmungen auf den Gräbern niedergelegt werden, die Citate aus klassischen Dichtern enthalten. Jede Inschrift, in der das Wort Freiheit oder Revolution vorkommt, verfällt der Schere des Polizeilieutenants. So sind auch diesmal an zahlreichen Kränzen derartige den Staat gefährdende Verse und Sprüche sauber abgetrennt worden. Die Censur übt dabei strenge Gerechtigkeit. Nur die anstößige Stelle fällt der Schere zum Opfer, der Rest der Inschrift darf passieren. Einige der beanstandeten Widmungen seien hier wiedergegeben.

Der vierte Wahlkreis hatte eine Stelle des Leitgedichts unsrer „Märzzeitung“ gewählt:

Im Lenzmond ist's gewesen, da unsre Saat gesät;
Ueber den grünen Hügeln die rote Fahne weht.
Wo Hundert wehrlos sanken in Tagen tiefer Schmach,
Klingt siegesfrohes Jauchzen heut — klingt millionenfach!

Die letzten beiden Zeilen wurden abgeschnitten! — Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter hatte das Motto gewählt: Den Toten zur Ehr', der Reaktion zum Trotz. Die Schere bewies, daß man zwar die Toten ehren, nicht aber der Reaktion trotzen darf. — Die Widmung der Barbiergehilfen: „Den Elenden“ fand ebensowenig Gnade. Dagegen fand der Polizeilieutenant an der Widmung des „Vorwärts“: „Den Trägern geschichtlicher Offenbarung“ mit erfreulicher Einsicht nichts zu beanstanden. — Die Arbeiter der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft hatten die Widmung gewählt:

Gleich Euch, Ihr tapfern toten Ahnen,
Die Ihr mutig zoget in die Schlacht,
Entrollen wir jetzt unsre Fahnen,
Denn verschwunden ist die Nacht.
Hell strahlt der Freiheit Morgenrot,
Auf denn zum Kampf! Das Jahr ist rot.

Die Censur fand es anscheinend unangemessen, die Gelegenheit zu einer Art Wahlaufruf zu benutzen, sie kassierte also die letzten beiden Verse. —

Bei der Schnelligkeit, mit der der die Censur ausübende Beamte zu arbeiten gezwungen war, ist es nicht weiter wunderbar, daß ihm manche Stelle in einem andren Lichte erschien, als dem Laien. An sich wäre sonst mancher Censurschnitt unverständlich.

So wurde z. B. ein Citat aus dem berühmten Freiligrathschen Gedichte: „Von unten auf“, das die Arbeiter der Firma Weber u. Co. als Gedenkspruch gewählt hatten, beanstandet. Der Vers:

„Der Boden birst, auf schlägt die Flut
Und sprengt Dich krachend in die Luft.“

durfte passieren, nicht aber die folgenden Verse:

„Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unsrer Gruft!
„Wir sind die Kraft! Wir hemmen ganz das alte morsche Ding, den Staat,
„Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!“

Unsrer Ansicht nach hat das Citat durch die Kürzung an epigrammatischer Schärfe nicht gerade verloren!

Freiligrathsche Citate genossen freilich überhaupt nicht die Gunst der Beamten. Selbst dann nicht, wenn Sie nur in einem einzigen Worte bestanden. So wurde die Widmung:

„Trotz alledem, Trotz alledem, Trotz alledem!“

der Arbeiter der Firma Stern, Salinger u. Co. konfisciert, ebenso das umfangreichere Citat aus demselben Gedicht:

„Trotz alledem und alledem!
So kommt denn an trotz alledem.
Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht,
Uns ist die Welt trotz alledem!“

das die Schleife des Kranzes der Arbeiter der Staatswerkstätten in Spandau trug.

Flüchtiges Lesen hinwiederum mag die Ursache zur Konfiskation folgender Widmung der Arbeiter der Firma Mix u. Genest gewesen sein:

„Und schlagt Ihr auch die halbe Welt in Trümmer,
Ja wenn Ihr selbst das edelste verletzt,
Der Freiheit Schranke stürzt Ihr nun und nimmer,
Denn diese Schranke heißt Naturgesetz.“

Vielleicht zielte die Schere in diesem Falle auch nur auf das verpönte Wort Freiheit, das auch im übrigen ebenso wenig Gnade fand wie die Worte Tyrannei und Revolution. Der „Tyrannei“ wegen wurde nämlich auch folgende Widmung der Arbeiter der Hauptwerkstatt der „Großen Berliner“ konfisciert:

„Mit Wetterleuchten und mit Sturmesdroh'n
Bahnt sich der Geist der Freiheit eine Gasse,
Er leuchtet auf in Thälern und auf Höh'n,
Und schleudert seine Funken in die Masse.
Baut Tyrannei auch emsig Pest' um Peste,
Es weichen doch des Menschentums Gebreste
Dem Geist der Freiheit, dem die Welt gehört.“

Nur die ersten drei Verse durften passiren. — —

Es würde zu weit führen, wollten wir auch einige von den Widmungen wiedergeben, gegen die die Censur nichts einzuwenden hatte. Nur der satyrische Spruch des Verbandes der Bäcker mag noch Erwähnung finden. Er lautete:

„Nur harmlos darf die Widmung sein,
Sonst läßt der Herr Lieutenant die Schere walten,
Doch wollen wir Euch unsre Lieder weihn
Und so Eure That den Herzen erhalten.“

Der also besungene Herr Lieutenant hatte nichts dagegen, daß dieser Spruch zur Warnung minder Vorsichtiger niedergelegt werden durfte.

Aufsehen erregte es, daß die Ueberbringer dreier Kränze zur Feststellung ihrer Personalien nach der Polizeiwache gebracht wurden. Und zwar die Deputationen der Arbeiter der Staatswerkstätten in Spandau, des Verbandes der städtischer Arbeiter und des Verbandes der Eisenbahner, welch letztere das sehr zeitgemäße Motto gewählt hatten:

„Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten!“

Da die Widmungen dieser Kränze durchaus nichts Staatsgefährlicheres enthielten als alle übrigen Kränze, so muß die Ursache der Sistierung eine andre sein. Die Polizeibehörde wird hoffentlich Veranlassung nehmen, sich über das Motiv dieser auffallenden Sistierungen zu äußern, da ihr Vorgehen andernfalls allerlei ihr wenig angenehmen Vermutungen ausgesetzt sein könnte.

All diese eigenartigen Zwischenfälle vermochten der imposanten Totenfeier des Proletariats natürlich keinen Abbruch zu thun. Und wenn auch die Parole

„Auf denn zum Kampf: Das Jahr ist rot!“

der Schere des Polizeilieutenants zum Opfer fiel, an dem Grabe der März-Gefallenen leistete jeder der Tausende von Proletariern „trotz alledem“ im Stillen dieses Kampfgelübde!

Nicht nur im Friedrichshain selbst, sondern auch bereits in der Auslage eines Blumenhändlers hat diesmal, wie uns gemeldet wird, die Polizeicensur ihres Amtes gewaltet. Ein für die Leitergerüstbauer angefertigter, in der Wörther Markthalle ausgestellter Kranz wurde von Polizeibeamten beschlagnahmt und erst später unter Zurückbehaltung der Schleife wieder zurückgesandt! Der geschädigte Händler verlangt von dem betreffenden Beamten Schadensersatz und gedenkt im Weigerungsfalle den Prozeßweg zu beschreiten.

Ueber die neueren Verkehrsprojekte hielt Stadtv. Dinse am Dienstag im „Fortschrittlichen Verein vor dem Halleschen Thor“ einen ebenso inhaltsreichen, wie interessanten Vortrag. Er trat darin den Gerüchten energisch entgegen, als wollten die städtischen Behörden von dem Baue der geplanten Straßen- und Unterpflaster-Bahnen Abstand nehmen und bedauerte, daß die Schwebebahn-Gesellschaft mit immer neuen Projekten, sogar mit einer Konkurrenz-Linie „Nord-Süd“ komme, noch bevor die Stadt eine ihrer Bahnen unter Dach und Fach habe. In dem anderthalbstündigen Vortrage waren unter andern die Mitteilungen neu, daß die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft jetzt auch der hiesigen Verkehrsdeputation angezeigt habe, sie werde jedes städtische Verkehrsunternehmen, sei es, daß es sich um eine Bahn über, auf oder unter der Straße handele, gerichtlich anfechten und daß die Mitglieder der städtischen Verkehrsdeputation anfangs Mai eine Studienreise nach Elberfeld-Barmen zu unternehmen gedächten, um die dortige Schwebebahn-Anlage auf ihr Betriebsgeräusch ꝛc. hin zu prüfen.

In der sich an den Vortrag knüpfenden Debatte trat Dr. Matthesius lebhaft für den Bau der städtischen Nord-Süd-Linie, die im Verein mit der geplanten Unterpflasterbahn Potsdamer-—Alexander-Platz das erste Glied in dem künftigen Untergrundbahnnetz Berlins bedeute. Es sei zu bedauern, daß die Fortführung der Hochbahn in das Stadtinnere in den letzten Jahren nicht von der Stelle käme; wenn die Gesellschaft jetzt zu dem Opfer bereit sei, die Bahn geradlinig über den Leipziger Platz unter dem Gebäude des Reichs-Marine-Amtes entlang, nach der Voßstraße zu legen, um den ohnehin verkehrsüberlasteten Potsdamer Platz mit seinen Kanälen und Leitungen nicht monatelang völlig absperren zu müssen, so verdiene diese wahrhaft ideale Lösung der Frage die Unterstützung aller Behörden und es sei zu wünschen, daß die Vertreter Berlins im Reichstage wenigstens in der dritten Lesung des Marine-Etats für diese wichtige Verkehrsfrage einträten. Eine Resolution im Sinne dieser Ausführungen fand Annahme.

Die Nebenklassen für schwachbefähigte Kinder sollen an den Berliner Gemeindeschulen im kommenden Sommer-Halbjahr wieder um zwölf vermehrt werden, so daß ihre Zahl dann auf neunzig steigen wird. In dem laufenden Winter-Halbjahr 1902/03 sind 78 Nebenklassen vorhanden, die sich auf 39 Schulen (von überhaupt 258 Schulen) verteilen. Im Durchschnitt kommen auf jede dieser 39 Schulen zwei Nebenklassen. Es sind aber darunter immer noch mehrere Schulen, die erst je eine Nebenklasse haben, während an manchen andren Schulen bereits vier, fünf, sechs Nebenklassen bestehen, die in aufsteigenden Stufen aneinander gereiht sind. In den 78 Nebenklassen dieses Winterhalbjahres sitzen 1020 Kinder, 552 Knaben und 468 Mädchen. Die Knaben waren in den Nebenklassen von Anfang an viel zahlreicher vertreten als die Mädchen, und diese Erscheinung hat sich bisher in jedem Halbjahr wiederholt. Gegenwärtig sitzen in den Nebenklassen, wenn man die Gesamtzahl der die Gemeindeschule besuchenden Kinder als Maßstab benutzen will, von je 10 000 Knaben 52, aber von je 10 000 Mädchen nur 43.

Avis an den Kriegsminister. Uns geht folgende Nachricht zu, die so auffallend klingt, daß wir erwarten, der Kriegsminister wird nach Kenntnisnahme dieser Zeilen eine Untersuchung veranlassen: Im Garde-Füsilier-Regiment (Maikäfer), 7. Compagnie, deren Hauptmann ein Herr v. Stülpnagel ist, wurde die ganze Compagnie zum Zahnarzt Henike befohlen, der die Zähne der Leute zu untersuchen hatte. Der Zahnarzt besserte aus und plombierte so viel er konnte und die ganze Compagnie freute sich über die Handlungsweise des Herrn Hauptmanns, weil sie annahm, das kostete nichts. Die Freude war aber nur von kurzer Dauer. Dieser Tage wurde den Leuten beim Appell mitgeteilt, daß jeder verpflichtet sei, die Kosten dem Zahnarzt zu bezahlen. Die ausgegebenen Rechnungen belaufen sich von 5 Mark bis 25 Mark. Den Leuten wurde gleichzeitig mitgeteilt, sie möchten an ihre Eltern schreiben und sich das Geld schicken lassen, andernfalls werde der Betrag der Rechnung allmählich von der Löhnung abgezogen. Die letztere beträgt pro Tag 23 Pfennig, wie soll da der Mann von bezahlen? — Wenn dieser Vorgang, wie hier geschildert, richtig ist, so hat sich der Hauptmann v. Stülpnagel Eigenmächtigkeiten erlaubt, die scharfe Zurückweisung erheischen. Von Rechts wegen hätte er allein die Rechnungen zu bezahlen.

Die Leitung des städtischen Schulwesens. Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung für Vorberatung der Wahl eines Stadtschulrates hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung auf Antrag des Genossen Singer beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Die Wahl eines Stadtschulrates öffentlich auszuschreiben,
2. Dem Magistrat zu empfehlen, für die Leitung des Fach- und Fortbildungsschulwesens die Stelle eines Direktors zu schaffen.

In seiner ersten Sitzung hatte der Ausschuß beschlossen, den Magistrat um eine Aeußerung über seine Stellung zur Schaffung einer dritten Schulratsstelle, der dann die Leitung des Fach- und Fortbildungsschulwesens übertragen werden sollte, zu ersuchen. Der Oberbürgermeister teilte in der Sitzung mit, daß der Magistrat aus wohlerwogenen Gründen die Schaffung einer dritten Schulratsstelle ablehnen müsse, dagegen damit einverstanden sein würde, die Leitung dieses Teiles des Schulwesens einem besonderen Beamten zu übertragen. Der erste Antrag soll noch in der heute stattfindenden Sitzung als dringlicher Antrag am Anfang der Tagesordnung behandelt werden.

Eine Jahresrente der Stadt Berlin an die Gemeinde Boxhagen-Rummelsburg, die seit der am 1. April 1889 erfolgten Umwandlung der ehemaligen „Kolonie“ Boxhagen-Rummelsburg in eine selbständige Landgemeinde an diese gezahlt werden mußte, ist jetzt in Wegfall gekommen und wird damit voraussichtlich für immer beseitigt sein. Nach dem damals abgeschlossenen Vertrage vom 25. Februar 1889 war die Rente von Berlin zu zahlen, so lange in Boxhagen-Rummelsburg der jährliche Sollbetrag der Personal-Staatseinkommensteuer unter 45 000 M. bliebe, doch sollte schon vorher nach Maßgabe der fortschreitenden Leistungsfähigkeit der Gemeinde Boxhagen-Rummelsburg eine allmähliche Verringerung der Rente eintreten. Anfangs belief sich diese Rente auf jährlich 5000 M., für 1902 war sie nur noch auf 2000 M. festgesetzt. Da aber das Soll der Personal-Staatseinkommensteuer Boxhagen-Rummelsburgs im Jahre 1902 zum erstenmal die Höhe von 45 000 M. überschritten hat — es beläuft sich auf 46 611 M. —, so fällt nun die Rente ganz weg. In dem Berliner Etat für 1903 ist sie zum erstenmale nicht mehr in Ansatz gebracht worden. Es ist kaum anzunehmen, daß in Boxhagen-Rummelsburg der Sollbetrag der genannten Steuer noch einmal — etwa infolge außergewöhnlicher Umstände — wieder unter 45 000 M. zurückgehen wird.

Eine schwere Gasexplosion rief gestern, Mittwochnachmittag, in der Lymarstraße eine große Aufregung hervor. Auf dem Grundstück Nr. 5/6 wurde vor einigen Jahren für Dr. Paul Meyer eine vierstöckige Fabrik für elektrische Apparate nach allen Anforderungen der modernen Technik erbaut. Die Anstalt nimmt das Quergebäude ein und enthält in allen vier Stockwerken Arbeitssäle mit großen Fenstern. Ein Schornstein, der einen Meter im Geviert mißt, geht etwa 2½ Meter über das Dach hinaus. Im Keller steht ein besonders eingerichteter Ofen, der der ebenfalls hier untergebrachten Werkzeugfabrikation dient. In ihm werden Stahl und Eisen, aus denen die Werkzeuge gearbeitet werden, besonders gehärtet. Um einen größeren Heizdruck zu erreichen, führt man dem Gasofen noch Luft zu. An diesem Gasapparat muß nun irgend ein Fehler gewesen sein, den man nicht wahrnehmen und auch noch nicht feststellen konnte. Gestern nachmittag kurz nach 3 Uhr wollten Arbeiter den Gasofen zum Stahlhärten benutzen. Sobald sie ihn anzündeten, explodierte das angesammelte Gas und der Luftdruck riß den Schornstein in allen vier Stockwerken auseinander. Der 2½ Meter hohe Teil, der sich über dem Dach erhob, stürzte mit großem Gepolter auf den Hof hinab und erschlug dort den mit der Ausbesserung des Pflasters beschäftigten Arbeiter Gustav Gödel von der Asphaltgesellschaft Kopp u. Co. in der Kaiserin Augusta-Allee. Dem Unglücklichen wurde von dem herabfallenden Gestein der Schädel zerschmettert, sodaß er auf der Stelle verschied. Der furchtbare Knall und das Gepolter der herabfallenden Steine versetzte die ganze Nachbarschaft in Angst und Schrecken. Die Feuerwehr, die von allen Seiten herangefahren kam, mußte sich, da kein Brand entstanden war, darauf beschränken, die Trümmer des Schornsteins wegzuräumen. Die Leiche des Erschlagenen, der jung verheiratet und Familienvater war und in der Emdenerstraße wohnte, wurde einstweilen auf dem Hofe geborgen, um nach Aufnahme des Sachverhalts dem Schauhause zugeführt zu werden.

Mit Cyankali vergiftet hat sich der 28 Jahre alte Chemiker Friedrich Wölbling aus der Köpnickerstr. 184. Der junge Mann kehrte am Montagvormittag zwischen 10 und 11 Uhr von einem Besuche seines Bruders, des Magistratsassessors Wölbling, in der Pfuelstr. 3 nach seinem Laboratorium im elterlichen Hause in der Köpnickerstr. 184 zurück und schloß sich ein. Als er nicht zum Frühstück erschien, suchte man ihn und fand ihn im Laboratorium, das man durch einen Schlosser mußte öffnen lassen, tot auf einem Stuhle sitzen. Vor ihm auf dem Tische stand ein Gefäß mit Cyankali. Wölbling schien in seinem Berufe nicht mehr zufrieden zu sein und hat wahrscheinlich deshalb Hand an sich gelegt.

Im Tiergarten erschossen hat sich ein Oberlieutenant a. D. Böttcher aus Posen, der Sohn eines Militär-Oberpfarrers. Der Lebensmüde ging längere Zeit im Tiergarten auf und ab, u. a. auch durch die Sieges-Allee. Dann stieg er hinter dem Denkmal Kaiser Wilhelms I. auf einen Haufen zusammengekehrter Blätter und schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Schwerverwundet von einem Schutzmann mit einer Droschke nach der Charité gebracht, starb er bald nach der Aufnahme, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Böttcher war vermutlich gerade erst von Posen hierher gekommen und scheint in Berlin noch keine Wohnung gehabt zu haben.

Bau-Unfall. Der Maurer Hermann Luhm aus Charlottenburg verunglückte am Montagnachmittag auf dem Bau der Firma H. Gericke in der Potsdamer- und Dankelmannstraßen-Ecke. Luhm war auf der Suche nach Arbeit und mußte, um zum Polier genannten Baues zu gelangen, von dem Vorderhause durch den etwas höher gelegenen Seitenflügel gehen, da der Polier auf dem Quergebäude beschäftigt war. Im Begriff, den Seitenflügel zu besteigen, stürzte er rückwärts nach der Balkenlage des Vorderhauses, welche noch nicht gestakt, leider aber auch so ungenügend abgedeckt war, daß er eine ganze Etage tief herabfiel. Hierbei brach er einige Rippen und einen Arm. Der Schwerverletzte wurde auf einem gewöhnlichen Steinwagen nach dem Krankenhaus befördert. Der Verunglückte hat eine Familie mit 9 Kindern zu ernähren. Wenn nun auch gesagt werden könnte, daß L. weder Auftrag noch ein Recht hätte, diesen Weg zu beschreiten, so steht doch fest, daß eine große Gefahr auch für die auf dem Bau Beschäftigten darin besteht, daß die Balkenlage, auf der eine Rüstung angebracht war, auf welcher die Maurer arbeiteten, weder gestakt noch genügend abgedeckt war, so daß die Gefahr auch für die Arbeitenden darin bestand, daß sie bei eventuellem Unglücksfall 1½ Etagen tief fallen konnten. Dieser Zustand des Gerüstes ist im höchsten Grade ungenügend und fahrlässig. Wären die Arbeitenden gegen Absturz durch genügende Abdeckung der Balkenlage gesichert gewesen, so wäre auch der Absturz von Luhm verhütet worden. — Ein zweiter Unfall, der leicht größere Folgen hätte haben können, ereignete sich am Dienstagnachmittag auf dem Bau Dankelmannstraße 12 in Charlottenburg, ausgeführt von dem Unternehmer Müller aus Friedenau. Der Bau ist von Accordmaurern hochgeführt und waren dieselben noch beim Aufbau der massiven Treppe beschäftigt. Bei der Auffattelung (Stufenmachen) des Treppenlaufes stürzte das Gewölbe mit lautem Krach zusammen. Hierbei wurde der bei der Arbeit beschäftigte Maurer glücklicherweise nur leicht verletzt. Der Arbeiter Moldenhauer erlitt eine schwere Kopfverletzung durch herabfallende Steine. Hier ist zu den vielen vorliegenden ein weiterer Beweis für die Schädlichkeit der Accordarbeit gebracht, welche die Gäste der Arbeit so beeinflußt, daß nicht nur eine Gefahr für die Arbeiter, sondern auch für die späteren Mieter solcher Häuser entsteht.

Zeitungsbestellung. Auf Wunsch der Posthehörde weisen wir unsre Bezieher bei dem bevorstehenden Vierteljahrswechsel wiederum

auf die seit einiger Zeit bestehende Einrichtung hin, daß die Zeitungsgelder von den Briefträgern, die zur rechtsgültigen Quittungsleistung berechtigt sind, eingezogen werden können. Eine weitere Bequemlichkeit für die Bezieher liegt darin, daß man die Einziehung der Zeitungsgelder bei Neubestellungen schriftlich beantragen kann. Man wirft nur einen Benachrichtigungszettel in den nächsten Briefkasten, und am nächsten Tage erscheint der Briefträger zur Entgegennahme der Bestellung und Abholung des Geldes. Kosten entstehen durch dieses Verfahren nicht.

Das leidige Citieren. Die „Kreuz-Zeitung" schreibt: Es ist ganz merkwürdig, daß die Leute von heute viel schöner dichten können, als die alten Dichter, wenigstens ihrer eignen Meinung nach. Goethes Gedicht „Wandrers Nachtlied" ist ja ein ganz nettes Stückchen, aber für die heutige Zeit entschieden nicht mehr ganz geeignet. Dies hat den Musikkritiker eines hiesiges Blattes veranlaßt, es in seinem Berichte über ein Konzert, wo es gesungen worden war, abzudrucken aber mit den von tiefer Poesie zeugenden Aenderungen, die sein moderner Genius ihm eingegeben hatte. Bei ihm lautet es folgendermaßen:

Unter allen Wipfeln ist Ruh,
In allen Zweigen hörest du
Keinen Laut;
Die Vöglein schlafen im Walde;
Warte nur, balde
Schläfst auch du!

Eine Vergleichung mit dem Urbilde zeigt, daß die Umbildung ebenso gründlich wie umfassend ist: kaum ein Wort ist verschont geblieben. In demselben Berichte macht uns der betr. Herr auch mit einem „Schlußpräludium" bekannt. Er verdient mindestens eine Anstellung bei der „Vossischen Zeitung".

Der Frühjahrsmarkt im Südwesten der Stadt ist heute eröffnet worden. Der Markt ist reich beschickt, auch an Umfang hat er zugenommen. Von der Yorkstraße an sind die Gneisenaustraße hinunter bis zur Bärwaldstraße, alle Nebenstraßen mit Ständen und Buden besetzt. Der Verkauf ließ sich bei dem schönen Wetter bereits recht gut an.

Der Krach im Tierschutzverein. Gegen die Gültigkeit der letzten Generalversammlung des Deutschen Tierschutzvereins wird von einer größeren Anzahl Mitglieder Protest erhoben werden, und zwar mit der Begründung, daß, abgesehen von den bekannten Vorkommnissen in der Geschäftsleitung der Sitzung, nur eine beschränkte Zahl von Mitgliedern vom Vorstande aus eine direkte Einladung zur Generalversammlung erhalten hat, mit der Aufforderung, bei der Sitzung im Sinne des Vorstandes zu stimmen. Die Mehrzahl der Mitglieder hat keine besondere Einladung zu der Generalversammlung erhalten. Uebrigens werden die Vorkommnisse im Bürgersaale des Rathauses auch noch die Gerichte beschäftigen. Die polizeiliche Feststellung der Frau Geh. Hofrätin K. erfolgte wegen Beleidigung eines früheren Vorstandsmitgliedes des Vereins, der bereits die Privatklage angestrengt hat.

Die Anlage eines Friedhofs an der Schönholzer Heide ist nunmehr gesichert. Trotz der Einsprüche der Reinickendorfer Grundbesitzer und der Gemeinde Nieder-Schönhausen hat gestern die Landes-Polizeibehörde der Gemeinde Pankow die Genehmigung zur Anlage eines Friedhofs an der Schönholzer Heide erteilt.

Zu dem Doppelselbstmord in Potsdam erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Der junge Mann, welcher sich in dem Hotel „Deutsches Haus" in Gemeinschaft mit seiner Geliebten vergiftete, ist der Dr. phil. Wilhelm Dittenberger, Assistent bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt zu Charlottenburg, Marchstr. 25. Er ist ein Sohn des bekannten Altertumsforschers Professor Dr. Dittenberger in Halle a. S. und unterhielt mit der aus Kassel gebürtigen, in Berlin in einer Klinik, Königgrätzerstraße 46, thätigen Diakonissin A. Kerwien, welche dem Roten Kreuz-Orden angehört, ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben sein soll. Das Gift, mit dem sich das Paar tötete, war Morphium und zwar hatte Dr. Dittenberger davon acht Fläschchen mitgebracht, welche sich geleert auf dem Tische vorfanden. Das ganze Zimmer erfüllte ein betäubender Geruch. Die Hotelrechnung hatte Dr. Dittenberger schon am Montagabend, nachdem er zuvor mit der Schwester, welche Ordenskleidung trug, ausgegangen war, beglichen. Beide nahmen das Abendessen alsdann in ihrem Zimmer ein und scheinen bald darauf den Selbstmord vollführt zu haben. Die Schwester lag angekleidet auf einem Bett, während Dr. Dittenberger mit ihrem Bild in der Hand auf dem Sofa den Selbstmord vollführt hat. Er steht im Alter von 33 Jahren.

Die alte „Paddengasse", wie die Kleine Stralauerstraße früher hieß, wird nun bald verschwinden, da, wie kürzlich gemeldet worden ist, die Klosterstraße nach Süden zu bis zur Spree und zu der hier geplanten Uferstraße fortgeführt werden soll. Die alte Paddengasse, ein Name, an den noch das in ihr befindliche Restaurant „Zum Paddenwirt" erinnert, war ursprünglich ein Gang nach dem sumpfigen Ufer der Spree, wo früher ein alter Festungsturm stand.

Der „König der Taschendiebe" ist wieder einmal der hiesigen Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Der ungefähr 40 Jahre alte „Kaufmann" Laibel Weinstein aus Minsk ist unsrer Polizei schon vom Jahre 1899 her als ein besonders sicherer Taschendieb bekannt. Er hatte damals eine Reihe von Theatern mit Erfolg heimgesucht, bis er endlich erwischt wurde. Nach Verbüßung seiner Strafe blieb er verschwunden, bis er am Sonntagabend im Thalia-Theater wieder auftauchte. Es gelang ihm, einem Herrn aus der zugeknöpften hinteren Hosentasche das Portemonnaie herauszuholen, ohne daß der Bestohlene selbst es wahrnahm. Aber andre sahen es. Weinstein wurde festgenommen. Selbstverständlich erklärte er, er sei gerade erst aus seiner Heimat gekommen. Aber er scheint eine Wohnung in Berlin zu haben, denn man fand bei ihm einen Schlüssel, der nur ein Berliner Hausschlüssel sein kann. Weinstein behauptete, es sei ein russischer Hausschlüssel. Als man ihm vorhielt, daß in Rußland nur die Pförtner Hausschlüssel zu haben pflegen, meinte er, dann müsse es wohl ein Stallschlüssel sein. In seinen Taschen fand die Polizei eine silberne Uhr mit zwei goldenen Reifen, eine goldene Kette, deren Anhängsel ein schwarzer Stein schmückt, einen goldenen Cigarrenabschneider, ein hellbraunes Portemonnaie mit einem großen Betrag in deutschen und französischen Münzen und einen goldenen Herrenring mit dem eingravierten Zeichen S. A. 21. 5. 00. Da Weinstein auch schon von andren Behörden, u. a. aus Stendal und Magdeburg, gesucht wurde, so wird er wohl so bald nicht wieder freikommen. Wahrscheinlich ist er auch einer von den Spitzbuben, die sich auf ihren Reisen zwischen den Großstädten des Kontinents ihre Opfer auch in den D-Zügen suchen.

Ein rätselhafter Todesfall. In voriger Woche starb nach einer Zahnoperation, bei der sie narkotisiert worden war, die Ehefrau des Hotelbesitzers Schröder in Spandau. Da die Todesursache durch die Leichenschau nicht erkennbar war, so ordnete die Staatsanwaltschaft Beschlagnahme der Leiche und deren Obduktion an. Die ursprüngliche Annahme, daß der Tod infolge der Narkose eingetreten sei, wurde hierdurch nicht bestätigt; dagegen wurde der Verdacht rege, daß die Frau an Blutvergiftung gestorben und letztere durch eine Lippenpomade verursacht worden sei, die die Frau nachgewiesenermaßen zur Anwendung gebracht hat. Der noch vorhandene Rest der Lippenpomade, die ein Sohn der Verstorbenen in Berlin gekauft hat, ist konfisciert worden und wird gemäß Anordnung der Staatsanwaltschaft auf seine Bestandteile untersucht.

Welch naive Anschauungen über die Arbeiterschutz-Gesetze für jugendliche Arbeiter noch selbst in Kreisen herrschen, die praktisch gebildet sein müßten, bewies eine Verhandlung wider den Buchdruckereibesitzer Walter Rennó aus Neu-Weißensee, der vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung angeklagt war. Der Angeklagte beschäftigt in seiner Druckerei drei Lehrlinge, die das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht haben. Diese Lehrlinge hat der Angeklagte täglich länger als 8 Stunden beschäftigt und ihnen auch die vorgeschriebenen Erholungspausen während der Arbeitszeit nicht bewilligt. Der Angeklagte führte zu seiner Rechtfertigung an, er habe die Lehrlinge länger beschäftigt, um sie für unordentliche Arbeit zu bestrafen. Außerdem habe er in seinem Betriebe die englische Arbeitszeit von 7—5 Uhr eingeführt und demgemäß nur mit kurzen Pausen arbeiten lassen. Dies sei aber alles erst geschehen nach Uebereinkunft mit den Eltern und deren ausdrücklicher Zustimmung. Der Gerichtshof belehrte den Angeklagten, daß Gesetze dazu erlassen werden, um gehalten zu werden. Durch private Verträge oder Abmachungen könne ein Gesetz nicht außer Kraft gesetzt werden. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe.

Eine große Fischerei-Ausstellung veranstaltet der Fischereiverein für die Provinz Brandenburg zu seinem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum vom 16. Mai bis 7. Juni d. J. im Landes-Ausstellungspark. Sie umfaßt 16 Abteilungen. Besondere Anziehungskraft auf das große Publikum dürfte dabei eine „Fisch-Kosthalle" ausüben. In dieser werden Fische unter Aufsicht erster Fachleute geschlachtet, zubereitet und dann zu mäßigen Preisen an das Publikum verabreicht. Hier sollen auch Vorträge über die zweckmäßigsten Arten der Zubereitung, den Nährwert der Fische u. a. m. stattfinden, um das Interesse weitester Kreise für Ernährung durch Fischfleisch zu wecken.

Theater. Im Apollo-Theater wird Sonntagnachmittag 3 Uhr bei ermäßigten Preisen „Lysistrata" aufgeführt. Heute geht „Frau Luna", morgen „Nakiris Hochzeit" in Scene. — Im Luisen-Theater wird Freitag „Der Raub der Sabinerinnen" zum erstenmal gegeben. — Dienstag nächster Woche geht im Thalia-Theater die Ausstattungsposse „Der Posaunen-Engel" zum erstenmal in Scene.

Im Berliner Aquarium werden von den Besuchern einige Fische bewundert, welche zwei der größten Seewasserbassins bewohnen und durch ihre staunenswerte Größe und Stärke auffallen. Der Fischkundige erkennt in ihnen Aalfische, und zwar verschiedene Exemplare des See-Aals, die aus dem Mittelmeer gekommen sind und sich von dem Flußaal besonders durch ihre Größe und Stärke unterscheiden; auch hat der See-Aal ein gröberes und weniger schmackhaftes Fleisch, er wird aber trotzdem — in Südeuropa gilt er als Nahrungsmittel der unteren Volksschichten — auch bei uns schon in den Handel gebracht. Viel kostbarer im Fleisch, das im Altertum bei den Römern als Delikatesse hochgeschätzt wurde, und wertvoller für eine wissenschaftliche Schau-Anstalt wie das Aquarium ist jedoch ein andrer, ebenfalls im Mittelmeer heimischer Aalfisch, von welchem das Institut zwei Exemplare besitzt, für die ihm schon hohe Preise geboten wurden. Es sind Muränen, eine Art Fische, die man früher überhaupt nicht im Binnenlande zu sehen bekam. Sie fallen auf den ersten Blick auf durch das beständige Offenstehen des mit spitzen Zähnen ausgerüsteten Maules, durch die starr und wild blickenden Augen, den in ihren Verstecken (Felshöhlen und Röhren) schlangenartig sich legenden Leib und die lebhafte Färbung. Im Aquarium bewohnen sie ein großes Becken im sogenannten Achteck.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. In der heutigen öffentlichen Versammlung des Wahlvereins, die im Volkshause, Rosinenstr. 3 stattfindet, spricht Genosse Schwartz-Lübeck über: „Socialpolitische Zukunftsmusik".

Wilmersdorf. Die Agitation um Verleihung des Stadtrechtes wird zur Zeit an unsrem Ort mit Hochdruck betrieben. Zum Dienstagabend hatten sechs kommunale Vereine eine Versammlung einberufen, in der die Landtags-Abgeordneten Ring und Felisch sich verpflichteten, im Abgeordnetenhause mit aller Kraft für die Stadtwerdung einzutreten. Früher standen diese beiden Herren der Stadtwerdungsfrage ziemlich lau gegenüber, und ob der jetzt von ihnen angekündigte Eifer praktischen Wert haben wird, bleibt zu bezweifeln. Denn so viel an der Arbeiterschaft liegt, wird dafür gesorgt werden, daß die beiden Herren die längste Zeit im Parlament des Dreiklassenwahl-Unrechts gewesen sind. Die Versammlung richtete eine Resolution an die Gemeindevertretung, in der diese ersucht wird, baldigst von neuem die Stadtwerdung zu beantragen.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 21 März, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Kasubke, Friedrichstraße 61 statt. Den Vortrag hält Herr Dr. Bruno Wille. Thema: „Der Streit um Babel und Bibel." Ferner findet die Wahl der Delegierten zur Kreiskonferenz statt. — Der Beschluß der letzten Vereinsversammlung, daß alle Mitglieder, die länger als sechs Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, in der nächsten Versammlung ausgeschlossen werden sollen, wird hiermit in Erinnerung gebracht. — Auch Frauen haben zu dieser Versammlung Zutritt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Friedrichshagen. Der Gemeindehaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1903 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 337 300 M. (gegen das Vorjahr ein Mehr von 32 300 M.). Die einzelnen Positionen der Einnahme setzen sich zusammen: aus den Vorjahren 14 100 M., gewerbliche Unternehmungen 29 030 M., Gebühren 2050 M., indirekte Steuern 40 850 M., direkte Steuern 217 785 M., aus Kapitalien 15 037,75 M., aus Grundstücken 2465 M., für die Gemeinde- und Amtsverwaltung 2482 M., Kurparkverwaltung 2500 M., Schulverwaltung 8997 M., Armenverwaltung 402 M., insgemein und zur Abrundung 1601,25 M. — Die Positionen der Ausgaben ergeben: für Vorjahre 1000 M., für die Gemeinde- und Amtsverwaltung 56 895 M., Gemeindeschulen 103 526,48 M., höhere Schulen 18 467,89 M., Gesundheits- und Armenpflege 18 703 M., Pflasterung, Besprengung und Beleuchtung der Straßen 25 875,75 M., Feuerlöschwesen 1760 M., Baupolizei-Verwaltung 1200 M., für Grundstücke 1880 M., gewerbliche Unternehmungen 21 186 M., Kurpark-Verwaltung 2458 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeschulden 34 800,04 M., Kreissteuer 41 200 M., insgemein und zur Abrundung 3338,84 M. — Das Gemeindevermögen (Kapitalwerte, Grundstücke, gewerbliche Anlagen, Entwässerungskanal, Utensilien) beträgt 997 301,24 M., die Gemeindeschulden betragen 809 949 M. Es bleibt somit ein Vermögensüberschuß von 187 355,24 M.

Aus Rixdorf. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist der Arbeiter Hugo Reiß aus der Jahnstraße in Britz verunglückt. Beim Entladen eines Güterwagens trat R. fehl und stürzte vom Wagen herab, wobei er sich außer schweren Kopfverletzungen einen Bruch der linken Schulter zuzog. Nachdem der Verunglückte in der Unfallstation XII die erste Hilfe erhalten, wurde er nach dem Britzer Kreis-Krankenhaus geschafft. — Auf dem Neubau Ecke Kaiser Friedrich- und Hertzbergstraße hatte der Zimmermann Karl Mielitz aus der Schöneweiderstraße 23 das Malheur, aus dem ersten Stock herabzustürzen, wobei er sich den linken Fuß brach. Der Verunglückte wurde nach Anlegung eines Verbandes nach seiner Wohnung transportiert. — Einbrecher suchten nachts das Fahrradgeschäft von H. Scheller, Berlinerstraße 88 heim, wobei sie 5 Fahrräder im Werte von über 1000 M. erbeuteten. Bisher fehlt von den Dieben jede Spur. — Im Hause Richardstraße 10 wurde die 9jährige Tochter des Arbeiters König von einem unbekannten Manne überfallen. Auf das Geschrei des Kindes eilten Hausbewohner herbei, welche den Wüstling an der Ausführung seiner schändlichen Absicht hinderten. Leider entkam der Bursche und konnte bisher auch nicht ermittelt werden.

Von einem Eisenbahnzuge geköpft wurde ein junges Mädchen, das vorgestern auf dem Damm der Wetzlaer Bahn als Leiche aufgefunden wurde. Es hat sich wahrscheinlich mit Absicht überfahren lassen. Die unbekannte Tote ist etwa 20 Jahre alt, hat dunkelblonde Haare und trug schwarzen Mantel, Bluse und Cheviotrock, blaue Strümpfe, Schnürschuhe mit Lackbesatz, einen blauschwarzen Filzhut mit schwarzem Sammetband und ein Taschentuch mit dem Zeichen K. N.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. März 1903.
Zunächst ziemlich warm, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später aufklarend, jedoch etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Vermischtes.

Ueber die Leidensgeschichte eines von Zigeunern geraubten Kindes, der Else Kassel in Hannover, die nach 1½jähriger Gefangenschaft endlich wieder ins Elternhaus zurückgekehrt ist, werden haarsträubende Einzelheiten bekannt. Der „Weser-Zeitung" wird darüber folgendes aus Hannover berichtet:

Am Sonntagmittag wurde das siebenjährige Kind vom Kriminalinspektor Konrighausen in Gegenwart des Vaters, des Kutschers Kassel, ausgefragt. Das aufgeweckte Kind entsinnt sich immer mehr des Jammerlebens, das es bei verschiedenen Zigeunertrupps zu führen gezwungen war. Bekanntlich herrscht bei den Zigeunern der Aberglaube, daß blonde Kinder Glück bringen. Daher der Kinderraub! Glückt ihnen der Raub, so wenden sie alle Mittel und Kniffe an, daß ihnen das vermeintliche „Glückskind" nicht wieder entrinnt; denn mit ihm, so meinen sie weiter, wendet sich auch das Glück. Die Mittel, die sie anwenden, um sich das Kind zu erhalten, sind aber nicht Zuckerbrot und liebevolle Behandlung, sondern Peitsche und unmenschliche Lieblosigkeit. Und davon kann die kleine blonde Kassel eine wahre Leidensgeschichte erzählen. Sie wurde in erster Linie auf das Betteln abgerichtet, und ihr freundliches Bitten und gutherziges Wesen machte viele rauhe Herzen weich. So zog sie mit den Zigeunern über die hannoversche Grenze ins Münsterland, in die Gegend von Paderborn und Hörter, in die Soester Börde, ins Sauerland, ins Siegerland und in die große Zigeunerkolonie bei Berleburg. Ueberall mußte sie betteln gehen und wehe ihr, wenn die Zigeuner mit dem klingenden Lohn nicht zufrieden waren! Sie war das reine Aschenbrödel! Die nötigste Nahrung wurde ihr entzogen, Schläge gab es und dazu noch barbarische Gefangenschaft. Sie wurde in Ketten gelegt, mußte im Hundewagen oder im Stall kampieren, den schlimmsten Entbehrungen und Wind und Wetter ausgesetzt. Einmal ist das Kind auch längere Zeit krank gewesen; es hat dann hilflos im Hundewagen gelegen, nur mit der notdürftigsten Kleidung bedeckt. Es ist geradezu ein Wunder, daß das Kind an Körper und Geist verhältnismäßig gesund in die Arme der Eltern zurückgekehrt ist. In tiefer Nacht wurde das Kind, mit langen Ketten oder Stricken behaftet, in den Wald geführt, um Holz zu sammeln. Auch hier war der Lohn Prügel und Mißhandlung, wenn man mit dem Ertrag nicht zufrieden war. Bei polizeilichen Durchsuchungen der Wagen wurde das arme Kind in einen Sack gesteckt; auf die Frage der Polizei, was darin sei, hieß es Hafer oder Stroh. Man begnügte sich mit dieser Auskunft, und das arme Kind blieb einem weiteren qualvollen Geschick überlassen! Verschiedene Fluchtversuche des Kindes wurden derartig roh geahndet, daß ihm die Neigung zu weiteren Versuchen verging. Das Kind ist wiederholt verkauft worden; zuletzt hat es in Arpke der Stuhlflechter Visiorech von einem Zigeuner gekauft.

Der Mississippi. Wie schon gemeldet, haben einige Nebenflüsse im Oberlauf des Mississippi große Ueberschwemmungen verursacht und das Flußbett des Mississippi selber ist so voll Wasser, daß seine Schutzdämme jetzt eine ernste Probe zu bestehen haben. Wenn die Deiche der ungeheuren Wassermenge, die augenblicklich nach Süden strömt, widerstehen können, so würden die höchsten Hoffnungen der Baumeister erfüllt sein. Das Wasser hat in Memphis den höchsten bis heute gekannten Stand erreicht, und man nimmt an, daß es noch weiter steigen wird. Die Lage in und um Memphis ist dadurch ernst geworden. Hunderte verlassen ihre Heimstätten, und man versucht in fieberhafter Hast Kähne aufzutreiben zum Fortschaffen von Personen und Eigentum nach höher gelegenem Gebiet. An vielen Stellen arbeitet man an der Verstärkung der Dämme. Viele Farmer haben gemeldet, daß ihre Wohngebäude weggerissen wurden. Im Mississippi- und Yazu-Thale, die auf meilenweite Strecken unter Wasser stehen, ist der Verkehr völlig unterbrochen. Die Hochflut beginnt indes bereits zu fallen.

Briefkasten der Redaktion.

P. in B. Wir haben Ihre Einsendung dem „Volksboten" in Stettin übergeben.

Spandau Sch. 4. Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands, Sitz Offenbach a. M. Vorsitzender W. Hinz, Berlin, Prinzenstr. 66.

A. R. 14. Ja. — **Hildesheim.** Italien hat die stärkere Flotte. — **H. R. 61.** und **F. L. 102.** 1. Verein gegen Verarmung, Deutscher Dom Gendarmenmarkt. 2. Frauenverein, Vorsitzende Frau Ida Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18.

Wiener 100. Das hiesige Bureau des Vereins deutscher Schuhmacher ist Waßmannstr. 10, parterre. Daselbst können Sie sich anmelden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Max J. 1. Ja. 2. Nein. 3. Aufforderung ist nicht erforderlich. 4. Etwa 30 M. — **Erwin 222.** 1. Etwa 20 M. 2. Ja. — **2 Weitende.** Kartenspiel-Fragen werden nicht beantwortet. — **W. L.** Sie könnten sich leider lediglich an den Kassenvorstand wenden. — **W. Schmidt.** 1. Ja. 2. Verwaltungs-Streitverfahren. — **W. G. 100.** Teilen Sie die Verhältnisse der Militärbehörde mit, die Sie aufgefordert hat. Ihr Vater hat recht. — **P. O. 26.** Verjährung liegt nicht vor, wenn mit dem Kauf- ein Leih- oder Mietsvertrag verbunden war, sonst ist die Forderung verjährt. — **A. R. 11.** und **1000.** Darüber bestehen keine gesetzlichen Vorschriften. — **Hinz.** Nein: In der Art der Verweigerung kann aber eine Beleidigung gefunden werden. — **O. W.** Nein. — **H.** Ja. — **Kupferschmidt.** Die Aufnahme eines Deutschen in den preußischen Staatsverband ist kostenfrei. Die Beschaffung des Staatsangehörigkeits-Ausweises kann etwa fünf Mark Kosten in Ihrem Fall verursachen. — **Charlottenburg 333.** Klagen Sie die Forderung beim Gewerbegericht ein und suchen Sie dann durch Pfändung des Guthabens des Zwischenmeisters an den Konfektionär Ihr Geld zu erhalten. — **Helmchen.** 12 bis 25 Mk. monatlich wird gerichtsseitig als angemessen erachtet. — **Kündigung.** 6 Wochen zum Quartalsersten. — **Remin.** Leider wäre in beiden Fällen eine Klage aussichtslos. Die Klage wegen der Wohnung hätte vor Ihrem Auszug nach Aufforderung, die Schäden zu beseitigen, angestellt werden müssen. — **H. A.** Beantragen Sie nach erhaltener Klage, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen und erheben Sie Widerklage. Gebt die Widerklage durch, so dringen Sie auch mit den andern Ansprüchen durch. — **K. 100.** Sie möchten der Klage gegenüber die von Ihnen dargelegten Einwände erheben. Ergiebt sich aus der Beweisaufnahme, daß thatsächlich eine Schenkung und kein Darlehn vorlag, so ist die Klage abzuweisen. Anders liegt es, wenn die Anschaffung der Sachen lediglich das Motiv für die Hergabe des Geldes war. — **Oberstr. 35.** Der Schwiegersohn hat keine Rechtspflicht zur Unterstützung der Schwiegermutter. — **P. 44.** 1. und 2. Ja. — **Hippler.** War kein fester Preis vereinbart, so lag noch kein Kauf vor, Sie können also vor der Zustimmung zu Ihrem Angebot von dem Kauf zurücktreten. — **Posnan 03.** 1. Wenden Sie sich an das Amtsgericht in Rixdorf. 2. Ja. 3. Es müsse schleunigst beim Amtsgericht geklagt werden. — **H. 25.** Für die Entbindung werden 6—20 M., für jeden Gang 1—3 M. als angemessen erachtet. — **C.** Ja. — **R.** Nein. — **F. S.** 1. Wird die Ehe wegen Ehebruchs geschieden, so sind auf Antrag des schuldlosen Teils die Ehebrecher mit Gefängnis bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Der Ehemann gilt so lange als Vater des von seiner Frau in der Ehe geborenen Kindes, bis die Unehelichkeit des Kindes auf seine Klage hin festgestellt ist. 2. Sitzt noch. — **M. K.** Leider nein. — **A. L. 21.** Nein. — **Landtagswahl.** Der Antrag um Aufnahme in den preußischen Staatsverband ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in der Provinz an den Regierungspräsidenten zu richten. — **Z. 84.** 1. Sechs Wochen. 2. Ja. — **C. H. 15.** 1. Nein. 2. Eine Grenze ist nicht gegeben. 3. Wenden Sie sich an die Polizeibehörde (Baupolizei). — **F. 102.** 1. Ist nicht ausdrücklich die Kündigungsfrist ausgeschlossen, so haben Sie Anspruch auf Lohn für 14 Tage, sonst für einen Tag. 2. Zuständig ist das Gewerbegericht. — **A. G. 999.** Ja, die Mutter kann aber eine gerichtliche Verfügung dahin erwirken, daß die Erziehung des Kindes ihr bleibt, weil die Erziehung des Kindes durch den Ehemann dem Kinde unzuträglich ist. — **Lautenbach.** Können Sie beweisen, daß die Sachlage so liegt, wie Sie sie darstellen, so könnten Sie mit Aussicht auf Erfolg durch einen Rechtsanwalt Klage erheben lassen. — **Radach.** Berufung wäre aussichtslos. Die Sonntagsruhe-Vorschrift gilt auch für Sie. — **Luth.** 1. Durch Schuld des Arbeiters verursachter Schaden ist von ihm zu ersetzen. Ein Abzug vom Lohn ist jedoch unzulässig. Sie können also auf Zahlung des Lohnes klagen. 2. Welche Sonntagsruhe-Bestimmungen an Ihrem Orte gelten, erfahren Sie auf der Polizeibehörde. 3. Es kann jeden Tag gekündigt werden.

Briefkasten der Expedition.

K. E. Betrag von 1,35 M. erhalten und Ihrem Auftrage gemäß verwendet.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132—135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27—29. — Oranienstr. 52—55.

Extra-Preise

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
soweit der Vorrat reicht:

Knaben-Garderobe

	passend für das Alter von ca.	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–8	8–9 Jahr.
Anzug	hochgeschlossene Façon, wie Abbildung, grau meliert Buckskin	4.60	5 Mk.	5.40	5.80	6.20	6.60	7 Mk.
Blusen-Anzug	blau Cheviot, mit Satin-Ueberkrag., Beinkleid gefüttert	5.75	6.25	6.75	7.25	7.75	8.25	8.75 Mk.
Pyjack	wie Abbildung, blau Cheviot, mit abnehmbar. Matrosenkragen	5.50	6 Mk.	6.50	7 Mk.	7.50	8 Mk.	8.50 Mk.

Beinkleider mit Leibchen, aus blauem Cheviot — 7 Grössen für ca. 3—9 Jahre **1.25**, Qualität I, gefüttert **2.35** Mk.

Barchentblusen dunkel gestreift „ „ **1.75** Mk.

Einsegnungs-Anzüge ebenfalls zu **Extra-Preisen.**

Herren-Garderobe

Frühjahrs-Paletots	Havelock	Jackett-Anzüge	Beinkleider
grau und grau gestreift, mit Raglantaschen	marengo Lodenstoff, imprägniert	grau gestreift. Cheviot, schräge Taschen	dunkel gestreifte Muster
24.50 Mk.	13.50 Mk.	27 Mk.	4.40, 6.75, 9.50

Herrenhüte weiche Form 1.60, 2.90 steife Form 2.40, 2.90 Mk. **Haarfilzhüte** weiche und steife Form 4.75 Mk.

Einsegnungshüte 1.25 und 1.70 Mk.

Heute und morgen den beiden letzten Inventur-Schluss-Tagen

900L

gewähre noch **5% Extra-Rabatt** auf die bereits im Preise bedeutend herabgesetzten

Restbestände!

Teppich-Special-Haus Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraliste und Katalog 1903 mit 600 Illustrat. | gratis und franco.

Gänzlicher Ausverkauf.

Niemand sollte versäumen,

seinen Bedarf an Schuhwaren bei **Altschüler, Leipzigerstr. 82**

zu decken, da zu **aussergewöhnlich billigen Preisen,** um das Lager vollständig zu räumen, verkauft werden muss.

Soweit der Vorrat reicht, verkaufe ich:

weiter unter den bisherigen Preisen:

Chevreaux-Damen-Promenadenschuhe, elegante Façon . . . . . **5,90** M.
Chevreaux-Damen-Knopf- und **Schnürstiefel,** elegante Façon . . . . . **6,90** M.
Lackbesetzte Damen-Knopf- und **Schnürstiefel,** elegante Façon . . . . . **7,90** M.
Boxcalfleder Damen-Knopf- und **Schnürstiefel,** elegante Façon . . . . . **8,90** M.

Noch grosse Auswahl in gelben Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel, aussergewöhnlich billig, sowie auch in Einsegnungs-Stiefeln.

Herren-Besatz-Zugstiefel, darunter erstklassige Fabrikate . . . . . von **5,90** M. an
Herren-Knopfstiefel, Vachettebesatz, elegante Façon . . . . . von **6,90** M. an
Herren-Boxcalf-Schnürstiefel, elegante Façon . . . . . von **8,90** M. an
Herren-Kalbleder-Schnürstiefel, elegante Façon, Goodyear Welt . . . . . von **9,90** M. an

Atlas-Schuhe in allen Farben, Wiener Fabrikat, jedes Paar **1,25** M., weit unter dem Einkaufspreise.
Ferner: Schwarze und farbige **Chic-** und **Spangenschuhe,** Fabrikate F. Pinet-Paris, zu **3** M., **4** M., **5** M. und höher, bedeutend unter dem Einkaufspreis. 890L

R. Altschüler, 82 Leipzigerstrasse 82
zwischen Jerusalemer- und Markgrafen-Strasse.

Ziehung 24. und 25. März zu **Berlin** im **Kaiserhof.**

Berliner Loose à 1 ℳ

d. techn. Commission f. Trabrennen. 11 Loose 10 ℳ, Porto u. Liste 20 ₰. Pferde-Gewinne mit 70% d. angegeb. Werthes **sofort** verkäuflich gegen

Baar-Geld.

6039 Gewinne im Gesammt-Werthe von ℳ

100000
1 à ℳ **10000**
1 à ℳ **6000**
1 à ℳ **5000**
1 à ℳ **4000**
2 à **3000** = **6000**
5 à **2000** = **10000**
6 à **1500** = **9000**
2 à **1000** = **2000**
6000 à 15, 10 u. 5 ℳ **44000**
20 Fahrräder = **4000**

Loose versendet der General-Debit:

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestrasse 5.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Eigne Werkstätten!

Möbelfabrik.

Für bestes und trockenes Material garantiert!

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister, **Skalitzerstrasse 6,** BERLIN SO., am Kottbuser Thor. 674L*

Knaben-Garderobe
für das Alter von 2 bis 18 Jahren
empfiehlt in reichhaltigster Auswahl
zu den **billigsten Preisen** die
Knaben-Garderoben-Fabrik
von **Karl Hustädt,**
O., Koppenstr. 85.
2 Min. v. Schles. Bahnh.
Herren-Garderobe nach Mass.

Besteht seit 1841.

Mehlhandlung von Johannes Friese

Lindenstr. 2 (am Belleallianceplatz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39) empfiehlt ihre anerkannten **besten Mehle** als;

Kaiser-Auszug (reines Pester)
1/4 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.

Weizenmehl 00 (halb Auszug) 2354L*
1/4 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pf. = 0,18.

do. 0 (Haynau 00)
1/4 Ctr. = 1.75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16

Gutkochende, sauber verlesene **Hülsenfrüchte** zu soliden Preisen.

897L*

Dänischer
C R Anker-Kautabak
feinste Marke, 5 u. 10 Pf. Schleifen u. Rolle.
Echt nur, wenn in jedem Stück d. Anker-Zettel liegt.
Ndlge.: **Carl Röcker,** Grüner Weg 8; Amt 7, 3861.
Sämtliche Kau-, Rauch- u. Schnupftabake.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. verf. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,00 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Vereine
können meine renovierten Säle kommende Saison an allen Tagen haben und schon jetzt unter coulanten Bedingungen abschliessen. **Albert Mörner,** Konzerthaus Alexander-Pl.

42—62 Mark
Anzug oder Paletot nach Maß, elegante Ausführung, tadelloser Sitz, **garantiert** reinwollene Stoffe, neueste Muster, feinste Zutaten, **eleg. Hosen nach Maß 10—18 M.**
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47 II, am Alexanderplatz. 706L*

Volks-Versammlung.

Montag, den 23. März, abends 8 Uhr, in Ballschmieders Festsälen, Badstr. 16.

Tages-Ordnung: 284/16

1. Kann der Arbeiter die Wohnungsfrage selbst lösen? 2. Diskussion.

Die Mitglieder der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" werden gebeten, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. **Der Einberufer.**

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung.

Donnerstag, den 26. März 1903, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder u. der Innungsmitglieder

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1902. 2. Bericht der Revisoren. 3. Anträge des Vorstandes auf Gehaltsregelung der Kassenbeamten. 4. Wahl der Kassenbeamten. 5. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. — Das Kassenlokal wird Ende März nach der **Schmidstr. 15** verlegt. **Der Vorstand.**

Gardinen

Neuheiten, Secessions- und **Jugendstil.** circa 250 Muster, **Katalog** (600 Illustrat.) **gratis und franco.**

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Männer-Vortrag

morgen Freitag, abds. 8½, **Kommandantenstr. 20.** Arminhallen, über:

Syphilis, sexuelle Störungen, Gonorrhoe,

wird an gr. Lichtbildern, welche Entstehung u. Heilung veranschaulichen, vom prakt. Naturheilk. **Grundmann** erklärt. Eintritt nebst Broschüre 20 Pf. Kuranstalt Köpnickerstr. 72. Naturarzt. Sprechst. 11–2, 6–8, Sonnt. 10–12.

Montag, den 23. März, dortselbst Frauen-Vortrag.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Specialarzt für [63/16

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12 2–4.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 22. März 1903

im grossen Saale des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer No. 15**

Heinrich Heine-Abend.

Künstler-Konzert . . . . . . Herr **Dr. Franz Kuhlo** (am Flügel).
Fest-Vortrag . . . . Herr **Dr. Hans Landsberg.**
Gesang . . . . Miss **Hilda M. Rose** (Sopran). Frl. **Meta Schönfeld** (Mezzo-Sopran).
Recitationen . . . . Herr **Eugen Albu.**

Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Billet 50 Pf. inkl. Programm und Liedertexte. Rauchen nicht gestattet. Garderobe frei. Während der Vorträge bleiben die Saalthüren geschlossen. Jede Störung muss vermieden werden.

Nach dem Konzert: **TANZ.** Herren zahlen 30 Pf. nach.

Billets sind in der Schule, bei **Horsch**, Engel-Ufer 15; **Gottfr. Schulz**, Am Kottbuser Thor; **Reul**, Barnimstr. 42; **Vogel**, Demminerstr. 32; **Krause**, Müllerstr. 7a, und an der Kasse zu haben.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5

empfiehlt **Einrichtungen** in **Nußbaum** und **Mahagoni von 240 bis 5000 Mark** zu äußerst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. **Coulanteste Bedingungen.** 6162*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. — Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 22. März 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokale „Neue Welt", Hasenheide 108–114:

Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Erledigung der von der letzten ordentlichen Generalversammlung zurückgestellten Anträge betreffend die Erhöhung des Lokalbeitrages und Errichtung eines Bureaus im Norden. 2. Unsre Anträge zum Verbandstage. 3. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegiertenwahlen zum Verbandstage.

Zu dieser Versammlung werden keine Laufzettel ausgegeben. 113/15*

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Empfehle **äußerst preiswert** alle Sorten 8732*

Roh-Tabake

zur **Cigarrenfabrikation,** als:

Sumatra, Java, Vorstenlanden, Havanna, Java-Cuba, Domingo, St. Felix-Brasil, Carmen, Seedleaf und **Losgut** 2c.

Versand in Postpaketen wie Bahnkolli jeglicher Größe **nur unter Nachnahme!** Preisnota gratis und franco.

C. Bathmann, Bremen.

Lager Freibezirk, Comptoir u. verzolltes Lager: Hinterm Schütting 12.

NATROGAT

feinster Karlsbader Kaffeezusatz in Portionswürfeln, unter ständiger Kontrolle des bekannten Nahrungsmittel-Chemikers Herrn Dr. **C. Bischoff, Berlin,** hergestellt, ist ein **wirkliches** Kaffeeverbesserungsmittel, das von maßgebendster Seite als 8342

vollkommenstes Fabrikat

bezeichnet wurde. Die Vorteile, die **NATROGAT** bietet: bedeutende Ersparnis, guter Wohlgeschmack, angenehmes Aussehen, vorzügliche Bekömmlichkeit, hoher Nährwert, bequeme und einfache Handhabung, machen es für jede Küche **unentbehrlich.** Kartons a 25 und 50 Pf. in fast allen Kaffee- und Kolonialwaren-Handlungen sowie einschlägigen Geschäften zu haben. Generalvertreter für Berlin:

Robert Küpper, Berlin-Schöneberg, Belzigerstrasse 10. Fernsprecher IX, 7577.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochvornehme Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Maßstoffen herrührend 18–38, Beinkleider 7–11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 1526K*

Specialfabrik für Knaben-Garderobe, Berlin NW., Turmstraße 85, zeigt den Eingang der neuen Frühjahrs-Muster an. Verkauf in Dutzenden und im einzelnen zu streng festen, billigen Preisen. Ein Posten vorjähriger Anzüge steht zu Taxpreisen zum Ausverkauf. Lieferant des Sparvereins Nordwest. 1544K*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Möbelfabrik Oranienstraße 173, am Oranienplatz, liefert geschmackvolle Einrichtungen von 285,00, 428,00, elegant 650,00–5000. Englisches Schlafzimmer 310,00, Taschensofa 65,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, geschnitztes Büffett 125,00, Muschelbettstelle mit Matratze 45,00, Trumeau 45,00, Schreibtisch 52,00, Spiegelspind 25,00, Plüschgarnituren alle Farben 100,00, auch Teilzahlung. 1550K*

Möbelangebot. Im Auktions-Möbelspeicher, Möckernstraße 25, Hochbahn-Haltestelle Möckernbrücke, sollen verschiedene gediegene Nußbaummöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salongarnituren, Paneelsofas, Nußbaumpianio, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbuffets, Schreibtische 26,00, funkelnagelneue Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, hocheleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Salonteppiche, schon 18,00, Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten spottbillig. Lidecke, Auktionator. 1534K*

Zwei Mark einviertelbutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Barchendhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Dirksenstraße 21, Nähe Polizeipräsidium. 86/20

Kanarienroller, Weibchen verkauft **Scholz**, Schönleinstraße 20. †120

Kanarienroller, gute Zuchthähne 6 Mark. Klick, Beusselstraße 61. †95

Kanarienhähne. Zuchtweibchen verkauft Krause, Beusselstraße 38. †96*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82, I, und Große Frankfurterstraße 43. †141*

Möbelverkauf. In meinem Möbel-Kaufhaus, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. 1566K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Pianino, gut erhalten, sofort verkäuflich Ritterstraße 120, I. 57/10*

Milchkübel, Milchkannen Luisen-Ufer 27. 2927b

Milchverkaufs-Kübel, Kannen, Milchsiebe, Wiegeschalen billigst. Jordan, Kleine Markusstraße 28. *

Hobelbänke, gebrauchte Schraubzwingen, Schraubböcke, Schraubknechte, Werkzeug billig. Otto, Lebuserstr. 15.

Ausverkauf, Uhren, Goldwaren, spottbillig, Manteuffelstraße 76. 2878b

Tandem, Abessinierbrunnen verkauft Siewert, Muskauerstraße 45. †27*

Halbrenner 40, Schädel, Schmidstraße 11a. 66/18*

Möbelmagazin Meyer, Invalidenstraße 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigsten Preisen. Teilzahlung gestattet. 1516K*

Möbelsuchende Brautleute. Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel verkauft Möbeltischlerei zu Fabrikpreisen. Weitgehendste Garantie. Reell billig. Auch Teilzahlung. Besichtigung erbeten. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 121. Nur Keller, kein Laden. 1499K*

Spottbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Stores, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Wäsche, Sommerpaletots, Anzüge, Remontoiruhren, Regulatoren, Uhrketten, Möbel, Spiegel, Bilder. Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 67/3*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion (Rotations-Bobbin), Vesta, Tambourier, Elastic, Säulen- und Biesen-Maschinen. Elegante Ausstattung, billige Preise, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Beißmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1469K*

Abessinierpumpen, Sauger, Rohre sehr billig. Schröder, Hochstraße 43. 2703b*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II 1536K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Legehühner. Kastanienallee 61. *

Metallbetten, 10 neue hochelegante, inklusive Fateraustagen, Stück 43 bis 70,00, sofort verkäuflich. Rappold, Markgrafenstraße 18, Quergebäude II. Besichtigung bis abends 9 erbeten.

Schreibtisch (Nußbaum) Schröder, Blumenstraße 46. 2988b

Nähmaschinen, Singer, Ringschiffchen, 25,00, fast neu. Brunnenstraße 91. †147

Möbelausverkauf. Wegen Geschäftsverlegung und um die großen Umzugskosten zu sparen, verkaufe in meinem großen Möbelspeicher (am Alexanderplatz) Neue Königstraße 59 zu bedeutend herabgesetzten Preisen viele Wohnungseinrichtungen eventuell auf Teilzahlung. Beamten besondere Vergünstigung. Passendste Gelegenheit für Brautleute. Durch große Gelegenheits-Einkäufe bin ich imstande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hochelegante Ausstattungen von 1000 bis 10 000 Mark; um zu räumen, empfehle großen Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu sind, zu staunend billigen Preisen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Diwan mit Auszug 33, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 35, Plüschgarnituren 60, 105, Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze 40, Säulentrumeau 45, Muschelsofa mit Satteltaschen 65, Bücherschränke, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Büffetts in jeder Größe, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons äußerst billig. Musterbuch gratis und franco. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. 1570K*

Schlafsofa 15 Mark, Markusstraße 40, Tapezier. 67/8

Wirtschaft verkaufe sofort, auch einzeln, darunter Säulentrumeau 35,00, Taschensofa 38,00, Muschelspiegel 9,00, Muschelschrank, Vertiko 25,00, Paneelsofa 45,00 noch neue Bettstellen, Tische, Stühle, Teppich, Bilder, preiswert. Gartenstraße 85, I links (Stettiner Bahnhof). Kann bis Ende April stehen. †134*

Auflösungshalber, Möbel-Total-Ausverkauf zu staunend billigen Preisen. Thiele, Ackerstraße 120, am Gartenplatz. 1492K*

Laubenbesitzer! Fensterrahmen, Bogenfenster jeder Größe sind zu haben bei Schulz, Weinstraße 28. [*

Grünkramgeschäft, Materialwaren, Rolle, krankheitshalber, 500. Charlottenburg, Schillerstraße 75.

Kanarienroller 4,00, Vorschläger 8,00, Neanderstraße 7. 67/9

Säulenwirtschaft sofort verkäuflich, Garnitur, Säulentrumeau auch einzeln. Händler ausgeschlossen. Bergstraße 2, I. 67/10

Verschiedenes.

Rechtsbureau Jabisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Langjährige Erfolge! *

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 2965b*

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz, bis abends neun. 2811b*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Betten reinigt gründlich täglich Rexlaff, Alte Jacobstraße 57–59. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Jeden Sonntag Voigtländer Klöße Neanderstraße 30, Zum gemütlichen Sachsen. 2974b*

Vereinszimmer, großes frei. Simeonstraße 23, Flück. 1484K*

Vereinszimmer, Pianino, Fernsprecher, Annenstraße 16, Klubhaus.

Steuerberufung, Klagen usw. Pelsch, Brunnenstraße 97. 1560K*

Steuerreklamationen. Rechtsbureau Adalbertstraße 22. 2988b

Weißbierflaschen (gebraucht) kauft Kommandantenstraße 65. 2992b

Wäsche wird sauber, ohne Anwendung scharfer Mittel, gewaschen. Bezug 0,15, Leibwäsche 0,10, 3 Handtücher 0,10. Abholung und Lieferung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 2985b

Ehrenerklärung. Die Beleidigung, die ich über Fräulein Wanda Peter zu meinen Kollegen ausgesprochen habe, nehme ich zurück und erkläre die Beleidigung für unwahr. A. Bloch.

Ober-Schöneweide, Spreeschloß, sind noch mehrere Plätze zu Würfelbuden 2c. zu vergeben. 2995b

Vermietungen.

Wohnungen.

Ober-Schöneweide, Siemensstraße 19, schöne, gesunde Balkonwohnungen 2 Stuben, Küche 24 Mark an. 2996b

Schlafstellen.

Alleinige Schlafstelle zum 1. April bei Kersten, Pelzgenstraße 100, Hof II.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker Feiertage noch frei! Elsholz, Gropiusstraße 7. 2916b*

Stellenangebote.

Steinmetzen auf Marmor verlangt. Weißensee, Wilhelmstraße 13. *

4–6 tüchtige Bauarbeiter stellt sogleich ein A. Weidell, Baugeschäft, Rummelsburg. 2967b

Packer sofort verlangt C. Ruthenberg, Neu-Weißensee, Lehderstr. 16–18

Vergolder-Lehrling verlangt Oskar Jentsch, Waldemarstraße 15. †28

Lehrling, im Zeichnen geübt, verlangt Chromolithographisches Atelier, Soldinerstraße 112. Probezeichnungen erbeten. †147

Knabenblusen-Arbeiterin dauernd verlangt Stochetzky, Pappel-Allee 14, II.

Achselschluß-Hemdennäherin verlangt Richthofenstraße 31. Reibetanz.

Zusammensetzerinnen auf Blusen außerm Hause verlangt A. Rabau, Blusenfabrik, Alexanderstraße 25. 87/1

Arbeiterinnen auf Kinderkleidchen verlangt A. Rabau, Kinderkleidchen-Fabrikation, Alexanderstraße 25. 87/2

Blusen-Arbeiterinnen werden sofort gesucht für Posten, Probearbeit zeigen. Beuthstraße 9, II. 2987b*

Kartonarbeiterin, geübte, verlangt C. A. Anders Nachf., Adalbertstraße 7. 2984b

Belegerin sucht Goldleistenfabrik Barthels, Michaelkirchstraße 17. [2989b

Geübte Prägerinnen verlangen Heymann & Schmidt, Schönhauser Allee 164. †100*

Lehrmädchen, jetzt schulentlassen, mit guten Schulzeugnissen, zur Pultfeder-Fabrikation, sucht Freystadt, Kommandantenstraße 14. 2993b*

Töpfer!

Von einem Ofenlager wird **ein** älterer, gesetzter, zuverlässiger Mann als Lagerverwalter gesucht. Off. unter **L. M. 100** postlag. **Postamt 18** erbeten. 8882

Zwei tüchtige Walzer

finden lohnende u. dauernde Stellung.

Goldleistenfabrik B. Gross, A.-G., Leipzig-Reudnitz. *

Achtung!

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!

Die Kollegen folgender Werkstellen befinden sich im Streik:

Rose u. Sohn, Gr. Frankfurterstr. 16.
R. u. A. Roller, Königsbergerstr. 26/27.
Ring, Warschauerstr. 13.
Seifert u. Wolf, Fruchtstr. 38.

Wegen Verweigerung der Streikarbeit sind die Kollegen folgender Werkstätten **ausgesperrt:**

Bristaff u. Bieger, Fruchtstr. 29.
A. Hoch, Andreasstr. 32.
Kurzweck, Fruchtstr. 29.
Groschkus, Gollnowstr. 19.
Fr. Nadelsohn, Pallisadenstr. 76.
Wagner u. Dünnebeil, Gr. Frankfurterstr. 86.
Henne u. Co., Ritterstr. 11.
W. Kümmel, Frankfurter Allee 117a.
Friedrich, Fruchtstr. 30.
Lennig u. Jahtn, Küstrinerplatz 4.
Hagenow u. Bierbrauer, Elisabeth-Ufer 11.
Heckert, Demminerstr. 6.
Kiesel u. Co., Bellermannstr. 93.
Wm. Keller, Königsbergerstr. 4.
Haberer, Brunnenstr. 79.
Zelder u. Plathen, Frankfurter-Allee 117.
Barth, Fruchtstr. 8.
Gebr. Neukirch, Langestr. 9.
Ferd. Haselhof, Pallisadenstr. 83.
Reichelt, Swinemünderstr. 79.
Raabe, Usedomstr. 31.
Gebr. Heim, Pallisadenstr. 47.
Röhn, Reichenbergerstr. 57.
Schneider Nachf., Manteuffelstr. 80.
August Hoffmann, Blücherstr. 35.
Heinemann, Schulstr. 71.
Zipfel, Fruchtstr. 8.
Köhlert, Pallisadenstr. 77/78.
Richter, Rüdersdorferstr. 26.
Becker, Oranienstr. 189.
Kuske, Pallisadenstr. 78.
Berliner Holz-Comptoir, Küstriner Platz 9.
Espich, Oranienstr. 22 und 185.

Der Vorstand.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von **Geissler, Neu-Weißensee,** Langhansstr. 100, haben sämtliche Tischler und Möbelpolierer wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 80/4

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zahlstelle Weißensee.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.